ISSN 1864-0982

Rundbrief

2/2007

Forum Umwelt & Entwicklung

Alle reden vom Klimaschutz

Aber wer weiß wo es lang geht?

Alle reden vom Klimaschutz

Aber wer weiß wo es lang geht?

Inhalt

Editorial **2**
Jürgen Maier

Schwerpunkt: Klima

Die klima-allianz - Breites Bündnis für den Klimaschutz **3**
Dr. Bernd Bornhorst

G8 und die Globale Partnerschaft für Bioenergie - Neue Wege für eine nachhaltige Bioenergienutzung? **4**
Gerald Knauf

CSD 2007 endet ergebnislos Analyse eines Scheiterns **6**
Jürgen Maier

Mit Vollgas in den Klimakollaps - Die Energiepolitik der Weltbank **8**
Daniela Setton

Nicht ohne meine Kohle? - Asiatische Entwicklungsbank fördert fossile Energien **9**
Daniel Mittler

Urwälder und Klima - Der G8-Gipfel in Heiligendamm hätte eine Trendwende einleiten sollen – auch beim weltweiten Schutz der letzten Urwälder **10**
Martin Kaiser

Energie raus aus der WTO? - Die Debatte um Klima, Energie und Welthandel **12**
Jürgen Knirsch

Klimawandel und Ernährungssicherheit - Zahl der Hungernden wird durch den Klimawandel steigen **15**
Sven Harmeling/Bernhard Walter

Weiter runter mit den Verkehrsemissionen - Stagnation der Verkehrsnachfrage positiv gestalten **17**
Manfred Treber

Pro & Contra

Option, Übergangslösung oder Krücke der Kohlewirtschaft - Kann die Erderwärmung durch CO_2-Abscheidung und -Lagerung gebremst werden? **18**
Regine Günther
Dr. Werner Neumann

Aktuell

G8 in Heiligendamm - Ein halbvolles Glas Wasser und lauter Gewinner **20**
Jürgen Maier

Vom Ringen um eine andere Welt - Der G8-Alternativgipfel in Rostock **23**
Michael Frein

Themen & AGs

Internationales Networking für Biodiversität - Die UN-Konferenz zur Biologischen Vielfalt in Bonn 2008 ..... **24**
Günter Mitlacher/Bettina Lange

Internationales NRO Treffen in Berlin zur landwirtschaftlichen Biodiversität **25**
Susanne Gura und Ursula Gröhn - Wittern

Das globale Steak - Können die Vereinten Nationen die tiergenetischen Ressourcen retten? **26**
Susanne Gura

Leipziger Allerlei - Neues aus der AG Habitat **28**
Knut Unger

Frauen als Airbags des Sozialabbaus - Klima der Gerechtigkeit aus feministischer Perspektive **29**
Juliane Grüning

Öffentliche Güter - Kontroverse Debatte vor feministischem Hintergrund **31**
Tanja Mölders/Daniela Gottschlich

Veranstaltungen / Termine / Veröffentlichungen .. **32**

Forum Umwelt und Entwicklung

Impressum:
Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmöller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober (www.diesigns.com)

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2007.

Jürgen Meier

Liebe Leserinnen und Leser,

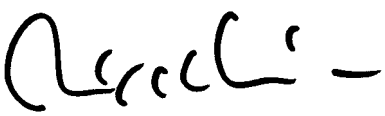
Der G8-Gipfel ist vorbei, und während es für eine ausführlichere Auswertung noch zu früh ist, stellt sich nun die Frage: was bleibt davon? Welche Auswirkungen hat Heiligendamm auf die internationale (und nationale) Politik? Aber es geht dabei nicht nur um die offizielle Politik: die erste politische Großdemonstration in Deutschland seit Jahren und eine die Erwartungen deutlich übertreffende Besucherzahl beim Alternativ-Gipfel, aber auch des McPlanet-Kongresses vier Wochen davor zeigen, dass wieder mehr Menschen sich engagieren für Ziele wie globale Gerechtigkeit und aktiven Umweltschutz.

Die bunte Vielfalt, die sich in all diesen Aktivitäten ausdrückt, ist dabei mindestens genauso wichtig. Die Ideenarmut so mancher Funktionärsrunde in den zahlreichen Vorbereitungssitzungen war teilweise erschreckend, und dass ideologischer Ballast aus den 1980er Jahren oft genug mit »Radikalität« verwechselt wurde, nervte (mindestens hinter vorgehaltener Hand) auch ganz schön. Aber es war eine positive Erfahrung, dass die gegenseitige Toleranz gegenüber den unterschiedlichsten Politik- und Aktionsformen diesmal erfrischend groß war – aber auch konsequent gegenüber den Hooligans vom Schwarzen Block eine Grenze gezogen wurde.

Der Gipfel stand mehr denn je im Zeichen der Klimapolitik – und wenn er schon im Gipfeldokument selbst erwartungsgemäß nicht den großen Durchbruch gebracht hat, so hat er doch demonstriert welchen Stellenwert diese globale Herausforderung inzwischen hat. Die Zeiten sind definitiv vorbei, in denen Klimapolitik ein Spezialgebiet für Umweltminister und Umwelt-NGOs war. Heute ist Klimapolitik Chefsache. Der Start der deutschen Klima-Allianz (www.die-klima-allianz.de) im April und ihre inzwischen auf über 50 Organisationen angewachsene Mitgliederzahl zeigt, dass breite Kreise der Gesellschaft, weit über Umweltverbände hinaus, die Herausforderung einer Klima-Wende anzunehmen bereit sind und nicht mehr länger den Kopf in den Sand stecken.

Das ist auch dringend notwendig: Während sich die Kanzlerin in Heiligendamm als Klimaschutz-Vorkämpferin betätigte, hatte zeitgleich der Bundesrat nichts besseres zu tun, als neue Sonderprivilegien für den Klimakiller Nr.1 Braunkohle zu fordern. Die Klima-Allianz wird im zweiten Halbjahr und insbesondere am internationalen Aktionstag 8. Dezember nun an die Mobilisierungs-Erfahrungen von Heiligendamm anknüpfen müssen. Wenn wir die ambitionierten Reduktionsziele erreichen wollen, die für einen wirksamen Klimaschutz nötig sind, müssen wir dafür sorgen, dass es sehr bald einem politischen Selbstmord gleichkommt, wenn man solche Initiativen wie die NRW-Landesregierung im Bundesrat startet. Das schaffen wir mit Lobbypolitik alleine nicht. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Heiligendamm im Ergebnis nicht nur die internationalen Klimaverhandlungen voranbringt, sondern auch national für eine konsequente Klimapolitik aus einem Guss einen großen Schritt nach vorne bedeutet.

Eine interessante Lektüre wünscht



Schwerpunkt

Die klima-allianz

Breites Bündnis für den Klimaschutz

Klimaschutz ist in! Zeitungen, Zeitschriften, Talkshows und Nachrichten sind voll davon. Spätestens seit der Publikation des Stern im Oktober 2006 reden und schreiben alle vom Klima. Jeder will den Klimawandel aufhalten und die Umwelt schützen, angefangen bei unseren Politikern, die sich in guten Absichtserklärungen überbieten bis hin zur Wirtschaft, die ihr grünes Herz entdeckt hat. Alles wird also gut!?

Schaut man genauer hin, wird in vielen Bereichen ein Handeln oder auch Unterlassen deutlich, welches im Widerspruch zu den großen Ankündigungen steht. Als Stichworte seinen nur genannt: CO_2-Grenzwerte von Autos, die Diskussion um die Versteigerung von Emissionszertifikaten sowie die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel oder der weitere Ausbau der Braunkohlekraftwerke. Schon diese Beispiele machen deutlich, dass den Worten nur dann die notwendigen Taten zur Verhinderung der Klimakatastrophe folgen werden, wenn deutlich wird, dass dies von einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit erwartet wird. Notwendig ist so etwas wie eine Bürgerinitiative zur Vermeidung des Klimawandels.

Um diese Idee voranzutreiben, ist die *klima-allianz* gegründet worden, die nach einigen Monaten Vorlaufzeit am 24. April 2007 auf einer Pressekonferenz in Berlin erstmals mit einem gemeinsamen Aufruf an die Öffentlichkeit trat.

Was macht diese *klima-allianz* so einzigartig? Sie ist angetreten als ein breites Bündnis von Vertretern der beiden großen Kirchen, Entwicklungsorganisationen wie dem EED, Brot für die Welt und MISEREOR, Umweltverbänden wie der BUND, DUH, Greenpeace, NABU und dem WWF sowie weiteren Organisationen, wie z. B. dem Deutschen Alpenverein, attac oder Germanwatch. Bisher sind 55 Organisationen, Institutionen und Verbände der *klima-allianz* beigetreten und weitere 30 haben einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Getragen von den jeweiligen Mitgliedern, Förderern und Unterstützern vertritt die *klima-allianz* Millionen von Menschen. Sie ist damit mehr als nur Expertengremium oder Lobbyverband, denn sie ist vor allem auch ein Bündnis, das auf kommunaler und nationaler Ebene wirken kann, in der Lobbyarbeit, in den Medien, in den Kirchengemeinden und in der persönlichen Ansprache einzelner Bürger. Hinzu kommt der einzigartige Einbezug von Nord- und Südbelangen durch die enge Kooperation von Umweltverbänden und Entwicklungsorganisationen. Die *klima-allianz* kann somit zu einem gewichtigen gesellschaftlichen und politischen Akteur in der aktuellen Klimadiskussion werden.

Forderungen der klima-allianz

Dieses Gewicht nutzt die *klima-allianz,* um in der allgemeinen Vielfalt und Beliebigkeit an Forderungen zum Thema Klimawandel deutliche und klare Positionen zu beziehen, die nicht von kurzfristigen wirtschaftlichen oder politischen Interessen geleitet werden, sondern klar die notwendigen Schritte benennen. So fordert die *klima-allianz* die Bundesregierung auf, ein neues Klimaschutzprogramm vorzulegen, damit bis 2020 die klimaschädlichen Emissionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 verringert werden. Als Grundlage hierfür werden die Verbesserung der Energieeffizienz und der entschlossene Ausbau erneuerbarer Energien anstatt neuer Kohlekraftwerke gefordert. Weiterhin spricht sich die *klima-allianz* für strenge Verbrauchlimits für Pkw und ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, dem Festhalten am Atomkonsens und einem Fördergesetz für erneuerbare Energien im Bereich der Gebäudeheizungen aus. Mit Blick auf die Klimaschäden im Süden fordert die *klima-allianz* zusätzliche Finanzierungsmittel zur Armutsbekämpfung und für Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern. Um dies zu erreichen, wird die Einführung einer Flugticketabgabe unterstützt und gefordert, umgehend mit der Versteigerung von CO2-Zertifikaten beim Emissionshandel zu beginnen und nicht erst nach 2012, wie es derzeit die Bundesregierung vorsieht.

Klimawandel trifft die Ärmsten am heftigsten

Warum macht ein kirchliches Hilfswerk wie MISEREOR in der *klima-allianz* mit? Warum mischt sich MISEREOR in umweltpolitische und nationale Fragestellungen ein? Weil für MISEREOR und seine Partner im Süden Klimawandel kein abstrakter Begriff ist oder lediglich eine Prognose, die uns heute noch nicht berühren muss. Vielmehr ist der Klimawandel schon heute traurige Realität für viele Menschen im Süden. Die Zunahme von Umweltkatastrophen wie Hurrikans und Überschwemmungen, das Vordringen von Dürrezonen oder die Zunahme von Krankheiten, die auf veränderte klimatische Bedingungen zurückzuführen sind, all dies trifft die Ärmsten der Armen am heftigsten. Die, die diesen Wandel am wenigsten verschuldet haben, sind am stärksten betroffen und können sich am wenigsten schützen. Wenn bei uns der Meeresspiegel steigt, können wir uns durch höhere Deiche schützen. In Bangladesh fehlt dafür das Geld.

Lebensstile müssen grundlegend geändert werden

Mitverantwortlich für diese Klimaveränderungen und damit auch für die dramatischen Folgen in den Entwicklungsländern ist unser Lebensstil in den Industrienationen und der damit verbundene hohe Energieverbrauch. Auf der anderen Seite wird nun – vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Klimaveränderungen - deutlich, dass viele Politiker im Norden nach wie vor nicht verstanden haben, welch grundlegender Wandel notwendig ist. Stattdessen wird erneut versucht, unseren Energiehunger auf Kosten der armen Weltbevölkerung zu befriedigen. Bioethanol aus Brasilien oder Palmöl aus Indonesien können für saubere Energie stehen, gleichzeitig kann der massive Ausbau dieser Produkte aber auch zu einer weiteren Verdrängung von Kleinbauern und abnehmender Ernährungssicherheit

der Landbevölkerung führen, während die Macht von Großgrundbesitzern erhöht wird. Und schließlich geht es um die Frage, wie eine klimaverträgliche Energieversorgung für den Süden sichergestellt werden kann, so dass auch dort das Recht auf Entwicklung garantiert werden kann, ohne dass die gleiche (selbst)zerstörerische „Entwicklung" wie im Norden kopiert wird. Gerade die Situation in den sogenannten Schwellenländern macht diese Fragestellung sehr deutlich und sehr akut.

Daher muss sich Entwicklungspolitik auch mit der Klimafrage beschäftigen, wenn sie es mit der Armutsbekämpfung und dem gleichen Recht auf Entwicklung für alle Menschen ernst meint.

Der Auftrag von MISEREOR ist es, den Armen zu helfen und den Mächtigen ins Gewissen zu reden. MISEREOR muss daher darüber sprechen, dass es eine Frage der Gerechtigkeit ist, die Armen bei den notwendigen Anpassungen an den Klimawandel zu unterstützen und gleichzeitig weitergehende Schäden durch ein drastisches Umsteuern in den Industrieländern zu vermeiden. Deswegen macht die Zusammenarbeit in der *klima-allianz* für MISEREOR viel Sinn.

So herausfordernd und unbequem es auch sein mag, letztendlich geht es für MISEREOR wie für die ganze *klima-allianz* um die Frage, ob unser Lebensstil für den Planeten und für unsere Mitmenschen weltweit sowie für die kommenden Generationen noch länger tragfähig ist. Es kann also nicht nur um das Auswechseln von Glühbirnen oder das Ersetzen fossiler durch nachwachsende Rohstoffe gehen. Anstelle einer ausschließlichen Suche nach technischen Lösungen muss zunächst die Frage gestellt werden, ob unser Lebensstil und unser (Wirtschafts-)System tatsächlich ein gemeinsames Leben und Überleben für alle garantieren kann oder ob ein grundlegender Wandel notwendig ist.

Vorhandene Motivation jetzt nutzen

Um diesen Wandel einzuleiten, ist eine breite gesellschaftliche Unterstützung für die unausweichlichen politischen, wirtschaftlichen und technischen Entscheidungen notwendig. Damit dies erreicht wird, kann die *klima-allianz* es nicht nur bei der Veröffentlichung eines Aufrufes belassen. Erarbeitet wird z.Zt. ein Aktionsplan, der perspektivisch zunächst bis 2009 ausgerichtet sein wird. Eingesetzt werden sollen bei den verschiedenen Aktionen sowohl zentrale oder bundesweite Elemente durch die gesamte *klima-allianz* wie auch dezentrale Vorhaben, die durch einzelne Mitglieder der *klima-allianz* vorangetrieben werden. Als ein zentrales Ereignis in diesem Jahr wird auch der 8. Dezember als Internationaler Klimaaktionstag eine wichtige Rolle in den Aktivitäten der *klima-allianz* spielen. Nach einem guten Start muss es der *klima-allianz* nun gelingen, die bestehende Motivation und den entstandenen Druck aufrecht zu erhalten und in konkrete politische Entscheidungen zu kanalisieren. Jede/r, der dieses Vorhaben unterstützen möchte, ist herzlich eingeladen. Weitere Informationen findet man auch unter *www.die-klima-allianz.de*

Dr. Bernd Bornhorst

Der Autor ist Abteilungsleiter Entwicklungspolitik bei MISEREOR.

G8 und die Globale Partnerschaft für Bioenergie

Neue Wege für eine nachhaltige Bioenergienutzung?

Die Globale Partnerschaft Bioenergie (GBEP) beruht auf einer Initiative Italiens, die diese 2005 beim britischen G8-Gipfel in den ‚Gleneagles Aktionsplan für Klima und Energie' eingebracht hat. Bei der Gründung wurde die nachhaltige Entwicklung von Bioenergie nicht einmal benannt. In der internationalen Diskussion war dieses Thema noch zweitrangig, was sich aber in der Zwischenzeit mit einer beeindruckenden Geschwindigkeit geändert hat.

Zum Zeitpunkt der Initiierung war der folgende Text eher als Platzhalter zu verstehen gewesen, da es bis dahin noch keine konkrete Ausrichtung der Inhalte gab. „Wir werden den weiteren Ausbau und die Vermarktung von erneuerbarer Energie fördern, indem wir eine Globale Partnerschaft für Bioenergie in Folge des Internationalen Workshops Bioenergie in Rom auf den Weg bringen, um einen verstärkten, kosteneffizienten Einsatz von Biomasse und Biokraftstoffen zu unterstützen, insbesondere in Entwicklungsländern, in denen die Verwendung von Biomasse weit verbreitet ist".

Minimalbotschaft

Ein Jahr später, unmittelbar vor dem G8-Gipfel in Russland, wurde GBEP dann offiziell gegründet. Auch in Sankt Petersburg blieb es bei einer Minimalbotschaft, da die Initiative immer noch in einer strukturellen Findungsphase war: „Wir begrüßen die neu geschaffene Globale Partnerschaft für Bioenergie." Inzwischen hat das Steering Commitee Arbeitsschwerpunkte formuliert. Besonders die Entwicklung von Nachhaltigkeitskriterien im Arbeitsprogramm hat für Aufmerksamkeit gesorgt und auch die potenzielle Rolle der Initiative als Akteur der Gestaltung eines globalen und nachhaltigen Bioenergiemarktes deutlich gemacht.

Bisher gibt es nur fragmentierte Ansätze einer globalen Diskussion zu Nachhaltigkeitsstandards und auch noch keine Initiative, die die nötige Unterstützung und Autorität hätte, einen solchen Dialog mit anzuführen. GBEP als G8-Initiative, die zusätzlich einige wichtige Länder wie Mexiko, China und Brasilien einbindet, hat für diese „Leadership" ein großes Potential.

Chance nicht genutzt

Der G8-Gipfel in Heiligendamm hätte nun die Möglichkeit gehabt, das Arbeitsprogramm von GBEP mit einer klaren Botschaft zu unterstützen und damit für die globale

Diskussion über nachhaltige Bioenergieproduktion und -nutzung die entscheidenden Weichen zu stellen. Leider wurde daraus nichts!

In der Gipfelerklärung von Heiligendamm wurde diese Chance vertan. Wieder einmal konnte nur ein Minimalkonsens zu Papier gebracht werden, der eine willkürliche Interpretation möglich macht. Für GBEP wird es nun schwierig, konsequent und vor allem mit der nötigen Autorität einen globalen Dialog zu nachhaltigen Bioenergiestandards zu initiieren. Immerhin, und das sollte auch anerkannt werden, ist der unter dem Absatz Verkehr aufgeführte Absatz zu GBEP eine deutliche Steigerung zur St. Petersburger G8-Erklärung: „Wir rufen die Globale Bioenergie Partnerschaft auf, ihre Aktivitäten zur Entwicklung bewährter Verfahren im Hinblick auf Biokraftstoffe fortzusetzen und die erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung der Bioenergie voranzubringen und die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zu überwachen und die Fortschritte alle zwei Jahre während der Konferenz über umweltfreundliche Fahrzeuge, deren Ergebnisse den G8-Chefs berichtet werden, zu erörtern."

Oft liegt die eigentliche Botschaft zwischen den Zeilen. Auch in dieser Erklärung ist das nicht anders. Es lässt sich einiges daraus interpretieren, was eine positive Entwicklung möglich erscheinen lässt. Nachhaltige Entwicklung von Bioenergie wird benannt, sogar deren Kontrolle angesprochen. Was will man mehr? Leider war durch den vor einigen Wochen durchgesickerten Entwurf der Gipfelerklärung, inklusive Kommentierungen durch die US Regierung, bereits deutlich geworden, wie wenig Spielraum für eine positive Bewertung des Textes übrig bleiben sollte. Der ursprüngliche Entwurf der G8-Erklärung beinhaltete einen sehr konkreten Auftrag für GBEP, der aber in der Kommentierung durch die US Administration gestrichen wurde. Der ursprüngliche Text lautete an dieser Stelle: „The G8 will promote sustainability standards in biomass cultivation. We [G8] invite the Global Bioenergy Partnership (GBEP) to make recommendations on criteria for the sustainable development of bioenergy." Mit dieser Formulierung hätte GBEP ein klares Mandat erhalten, welches auch eine deutliche Botschaft für alle anderen Initiativen hätte sein können.

Wunsch und Realität wurden durch diese Streichung aber sehr deutlich. Das GBEP-Sekretariat hat ambitionierte Vorstellungen über die zukünftige Arbeit formuliert und hat bereits mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) eine Kooperation zur Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards begonnen. Auch die beiden deutschen, für GBEP zuständigen Minister Seehofer und Gabriel haben vor kurzem GBEP noch im Kabinett vorgestellt. Danach muss es Ziel sein, die "Entwicklung von internationalen Standards für die umweltgerechte Erzeugung der Biomasse und darauf aufbauend Zertifizierungssysteme einzuführen". Auf der anderen Seite treten Partner der Initiative aber auf die Bremse, wie der gestrichene Text aus der G8-Erklärung deutlich macht. Die Partner scheinen sich über den Arbeitsauftrag von GBEP nicht einig zu sein. Wie aber soll die Initiative eine starke Rolle bei der globalen Entwicklung von Kriterien für Bioenergie bekommen, wenn einige Partner dass nicht wünschen?

Mangelnde Kooperation mit der Zivilgesellschaft

Ein weiterer Punkt lässt Zweifel über eine potenziell führende Rolle bei der globalen Diskussion um Nachhaltigkeit von Bioenergie aufkommen. Beim Betrachten der GBEP- Webseite (www.globalbioenergy.org) werden einem gleich beim Starten der Seite die drei Gruppen der „Partnerschaft" präsentiert: öffentlich, privat und zivilgesellschaftlich. Wenn man sich die Liste der bisherigen Partner ansieht, sind folgende „Partner" gelistet: insgesamt 10 Länder (u.a. alle G8-Länder), Institutionen der Vereinten Nationen (z.B. FAO, UNEP, UNDP, etc.), die UN Foundation, der europäische Biomasseverband EUBIA und der World Council for Renewable Energy.

Die zivilgesellschaftliche Gruppe scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Erst kürzlich hatte das Sekretariat am Rande der 15. Sitzung der Commission for Sustainable Development in New York zum Dialog mit der Zivilgesellschaft geladen. Dabei sollte es gezielt um die Frage der Partnerschaft und der Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen gehen, einer Partnerschaft wurde aber eine klare Absage erteilt. Auch hier wurde als Erklärung das Interesse einiger gewichtiger Partner ins Spiel gebracht. Eins muss den Akteuren aber klar sein, eine Diskussion um Nachhaltigkeitsstandards kann nur ein positives Ergebnis bringen, wenn zivilgesellschaftliche Akteure gleichberechtigt in die Diskussion eingebunden werden. Dies gilt besonders für Bioenergie, wo der Erfolg eines weiteren Ausbaus von der gesellschaftlichen Akzeptanz abhängt.

Besonders die Partner, die die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards in ihren eigenen Ländern vorantreiben, sollten sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Diskussion um Nachhaltigkeitsstandards in GBEP konsequent weiter entwickelt wird. Ein Verzicht dieser Diskussion würde GBEP ein Stück weit beliebig machen und die berechtigte Frage erlauben, warum diese Initiative überhaupt nötig ist? Zu oft haben die G8 Gipfel Initiativen gestartet, wie z.B. die G8 Renewable Energy Task Force, die nach kurzer Zeit wieder in Vergessenheit gerieten.

Außerdem ist es kein Geheimnis, dass die Einbindung der verschiedenen Akteure, ob Produzenten oder Betroffene, eine maßgebliche Rolle für die erfolgreiche Entwicklung des Bioenergiesektors spielt, der dem Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung gerecht wird. Dazu gehören zivilgesellschaftliche Gruppen ebenso wie Industrieverbände, aber auch die Produzenten, die ebenfalls nicht in GBEP repräsentiert sind.

Auch nach dem G8-Gipfel von Heiligendamm bleibt GBEP also ein vages Unterfangen, was noch auf die notwendige Unterstützung seiner Partner warten muss. Bleibt zu hoffen, dass die globale Dynamik des Bioenergiemarktes bald zu mehr Einsicht führt und GBEP doch noch zu einer globalen Initiative wird, die es auch verdient, so genannt zu werden.

Gerald Knauf

Der Autor ist Bioenergiereferent beim Forum Umwelt und Entwicklung.

CSD 2007 endet ergebnislos

Analyse eines Scheiterns

Das gab es noch nie: Die Kommission für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen machte Schlagzeilen auf den Titelseiten der Tagespresse und schafft es sogar in die Radionachrichten. Ein Grund zum Feiern war dies allerdings nicht. Für die Medien war es eine der zahlreichen Veranstaltungen, die »UN-Klimakonferenz« genannt werden. Und da Klima ein Topthema ist, war es plötzlich wichtig, dass die diesjährige CSD am 11.Mai erstmals ohne Ergebnis endete. Die EU verweigerte ihre Zustimmung zum Schlussdokument, und damit gab es aufgrund des Konsensprinzips kein Dokument.

Thema der diesjährigen CSD war in erster Linie Klima und Energie. Nachdem im letzten Jahr eine Bestandsaufnahme gemacht wurde, stand nun die Verabschiedung politischer Leitlinien an. Genau eine Woche zuvor hatte in Bangkok das Klimawissenschaftler-Gremium der UN (IPCC) seinen neuen Bericht angenommen, wonach es zu verheerenden Schäden kommen werde, wenn die gegenwärtige Energiepolitik so weitergeht. An Gelegenheiten, daraus Konsequenzen zu ziehen, mangelt es der Staatengemeinschaft in diesem Jahr nicht. Die CSD war die erste. Vor diesem Hintergrund ist es schlichtweg unverantwortlich, wie eine ganze Reihe von Regierungen bei der diesjährigen CSD für eine Blockade gesorgt haben.

Scheitern keine Überraschung

Dieses Scheitern war allerdings keine Überraschung. Im letzten Jahr wurde Abdullah bin-Hamad al-Attiyah, Energieminister des Erdgas- und Erdölemirats Qatar zum Vorsitzenden der CSD-2007 gewählt. Wie er sich die globale Energiepolitik vorstellt, wurde im März deutlich, als er das Ergebnis der Vorbereitungssitzung in seinem »Chairman's Summary« zusammenfasste: »Given that fossil fuels will continue to play a dominant role in the energy mix in the decades to come, the development and use of advanced and cleaner fossil fuel technologies should be increased. More efforts should go into supporting the further development and dissemination of these technologies.«

So manche Delegation hatte zwar ihre Bedenken gegen diesen Text, aber offenbar wurden diese nicht sehr deutlich. Und so nahm das Unheil seinen Lauf.

Wie konnte es passieren, dass jemand mit derart massiven ökonomischen Interessen Vorsitzender der CSD werden konnte? Die dahinterliegenden Gründe liegen an der im UN-Hauptquartier seit Jahrzehnten intensiv kultivierten »Nord gegen Süd«-Blockmentalität. In kaum einer Fragestellung verlaufen die wirklichen Trennlinien aber so drastisch anders als in der Energie-Klima-Problematik, nämlich quer durch »Nord« und »Süd«. Was haben die USA und die EU klimapolitisch gemeinsam? Welche gemeinsamen energiepolitischen Interessen haben Saudi-Arabien und Singapur? Gar keine.

Viele Länder in Nord und Süd haben aber eine wichtige Gemeinsamkeit: Sie hängen auf Gedeih und Verderb am Tropf der importierten fossilen Energieträger. Aber dennoch betreiben die Ständigen Vertretungen in New York und damit letztlich die Aussenministerien ihre »G77 gegen den Norden«-Politik weiter. In der Konsequenz können die OPEC-Länder von links bis rechts, von Iran und Venezuela bis Saudi-Arabien und Kuwait, Einfluss in einem Ausmass ausüben, der sonst undenkbar wäre. Dies geht in erster Linie zu Lasten der ölimportierenden Entwicklungsländer.

Unheilige Allianz

Die OPEC-Staaten tun dies durchaus in enger Zusammenarbeit mit ihren nördlichen Verbündeten. Bei der CSD hat eine unheilige Allianz aus erdölabhängigen Ländern von der OPEC bis zu den USA, Canada, Sudan, Russland und anderen den Rest der Welt zur Geisel gemacht, um das fossile Zeitalter so lange wie möglich erhalten zu können. Welche scharfen Gegensätze sonst auch zwischen den USA und Iran oder Venezuela bestehen, oder mit Russland und dem Sudan – wenn es um Öl geht, haben sie weitgehend eine gemeinsame Politik. Der Vorsitzende aus Qatar sagte es ganz treffend im Plenum am 10. Mai: »I am a gas man from a gas country, and I want to sell gas because gas has made Qatar what it is today.«

Es ist ermutigend, dass die (ölimportierende) EU sich weigerte, sich dem Diktat dieser unheiligen Allianz zu beugen. Aber man muss sich auch einmal fragen, wie lange eine so grosse Zahl ölimportierender G77-Staaten dies noch mitmachen und der OPEC noch erlaubt, die vielbeschworene »Solidarität der Entwicklungsländer« zu missbrauchen. Dies wird zunehmend zum Problem in einer großen Zahl von Verhandlungsforen, und stellt damit die Rolle der UN in Frage, mit globalen Herausforderungen umzugehen.

Politisches Kräftemessen

Die Frage ist natürlich, warum so viele Regierungen scheinbar gegen ihre eigenen Interessen handeln. Am Druck aus Washington liegt es jedenfalls nicht. Die US-Delegation hatte bei der CSD nicht viel zu tun, sie konnte weitgehend der OPEC bei der Arbeit zusehen. Ein Umweltminister aus einem großen Schwellenland sagte in einem nichtöffentlichen Treffen, die G77 sollten vor der Klimakonferenz im Dezember in Bali (COP-13) nichts tun, was als Konzession ausgelegt werden könnte. In Bali sollen die Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen beginnen, und einige Schwellenländer kommen inzwischen unter Druck der EU und der G8, Klimaschutzverpflichtungen einzugehen. Da aber keine Nation gerne Verpflichtungen eingeht, wollen sie dies so lange wie möglich hinausschieben, und den politischen Preis dafür so hoch wie möglich treiben. Das ist nichts Neues – entwickelte Schwellenländer wie Südkorea oder Mexiko treten stolz der OECD bei, dem Klub der reichen Industrieländer, aber in den Klimaverhandlungen geben sie sich immer noch als Entwicklungsländer aus. Die Türkei will in die EU, aber bei Klimaverhandlungen reiht sie sich gemeinsam mit Ländern wie Afghanistan und Kambodscha als »Entwicklungsland« ein. Mit anderen Worten: Politisches Kräftemessen.

Energiepolitik

Allerdings ist die CSD eben doch keine Klimakonferenz, wie alle Delegationen betonten, sondern es ging um Energiepolitik. Die Frage ist also, haben wir eigentlich Zeit für solche poli-

tischen Manöver? Ist es so ein grosses Opfer, ambitionierten erneuerbaren Energieprogrammen zuzustimmen, oder zumindest die multilateralen Entwicklungsbanken aufzufordern, diese zu finanzieren? Ist es ein Zugeständnis an die EU, der Aussage zuzustimmen, dass fossile Brennstoffe gefährlichen Klimawandel verursachen und die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen ein massives Entwicklungshindernis ist, und wir daher erneuerbare Energien massiv ausbauen müssen? Kann man ernsthaft glauben, dass so etwas von der EU machiavellistisch benutzt wird, armen Entwicklungsländern Emissionsreduktionsverpflichtungen abzupressen, mit denen sie ihre Entwicklungschancen gefährden? In der Realität sind die hohen Ölpreise längst Entwicklungsbremse Nr.1. Mit dieser Geisteshaltung kommen wir nicht mehr weiter.

> Die Frage ist natürlich, warum so viele Regierungen scheinbar gegen ihre eigenen Interessen handeln.

Dabei erkannten viele Entwicklungsländer-Regierungen bei der CSD durchaus das Problem, so etwa Indonesien: »With a view to substantially increasing the global share of renewable energy supply, we recognize the need to setting voluntary national and regional targets taking in to account national condition and effort. International cooperation to achieve this voluntary target is critically important.«

Oder die Philippinen: »We support the promotion of clean and environmentally friendly energy sources, as well as the diversification of the energy mix through the development and use of indigenous, alternative and renewable energies. This strategy does not only reduce greenhouse gas emissions, but will also facilitate energy access especially in remote and isolated areas common to archipelagic states such as the Philippines.« Ähnliche Statements gab es noch viele. Aber auf die Politik der G77 als Block hatten sie keinen Einfluss.

Kanadische Öldiplomaten wurden dabei beobachtet, wie sie einen Delegierten aus dem Süden aufforderten, der »kolonialistischen Haltung« der EU entgegenzutreten, die seinem Land Zielvorgaben für erneuerbare Energien aufzwingen wolle. Da fragt man sich schon, ob Jamaika nun eine europäische Kolonie ist, wenn es die internationale Gemeinschaft auffordert, Jamaika dabei zu unterstützen, seine ambitionierten Ziele für erneuerbare Energien zu erreichen.

Aber selbst kleine Länder müssen sich nicht von der OPEC erpressen lassen, beispielsweise Barbados, eine Karibikinsel mit 280 000 Einwohnern. Energieministerin Elizabeth Thompson erklärte bei der CSD »Since the 1970s, the Government of Barbados has invested in a Solar Water Heater Industry based on private sector entrepreneurship and innovation, government commitment, and creation of a regulatory and fiscal incentive framework which has stimulated the development of an industry with the highest per capita penetration in the world. … Barbados remains committed to providing technical assistance and cooperation to other developing countries and particularly Small Island Developing States in the furtherance of solar water heater development. … Given our experience, Barbados has much to offer and is keen to participate and we look forward to a response from the relevant agencies to our expression of interest.«

Die CSD war tagelang faktisch blokkiert, weil die G77 in endlosen internen Sitzungen keine Verhandlungslinie zu Energie festlegen konnte. Der offizielle Text der G77 am 10. Mai war schliesslich erneut stark von den Interessen der fossilen Lobby geprägt.

Schlussdokument von fossilen Interessen geprägt

Am Ende präsentierte der Vorsitzende aus Qatar ein Schlussdokument, das die Energiepolitik des vergangenen Jahrhunderts repräsentierte, mit anderen Worten: stark von seiner nationalen Interessenlage geprägt war. Die Notwendigkeit eines neuen Energieparadigmas, mit dem die doppelte Herausforderung des Klimawandels und der Energiesicherheit für ölimportierende Länder angegangen werden kann, kam darin nicht vor. Konsequenterweise erklärte Umweltminister Gabriel als EU-Vorsitzender, die EU könne diesen Text leider nicht akzeptieren.

Aber wie geht es nun weiter, und wer hat den grössten Schaden von einer Blockade der CSD?

Europäischer Vorsprung

Die EU jedenfalls nicht. Sie braucht weder die UN noch die G77 um ihre ambitionierten Erneuerbare-Energien-Ziele zu realisieren. Schon jetzt dominieren europäische Firmen die Erneuerbaren-Weltmärkte, und je länger andere noch den Versuch machen, das fossile Zeitalter zu verlängern, desto länger wird das so bleiben. Aber der Preis, den Entwicklungsländer für diese politischen Fehleinschätzungen ihrer Regierungen zahlen, ist hoch. Sie entscheiden heute, ob sie die Energietechnologien der Zukunft selber herstellen werden oder importieren werden. In einem Riesenland wie Indien kann die Erneuerbaren-Branche auch wachsen, wenn die Regierung eine höchst widersprüchliche Energiepolitik fährt. Die Übernahme des deutschen Windkraftunternehmens Repower durch Suzlon zeigt dies plastisch. Für die meisten anderen Länder gilt dies nicht. Ein Land wie Barbados erweist sich dann als weit voraus gegenüber vielen Schwergewichten der G77.

Ausblick

Zwischenzeitlich steht der CSD neues Unheil ins Haus. 2008 wird es um Landwirtschaft gehen. Die Nominierung von Zimbabwe als CSD-Vorsitzland für 2008 durch die UN-Vertretungen der Afrikanischen Gruppe löste erstmals eine geheime Wahl des CSD-Vorsitzes aus. Zimbabwe gewann sie mit der überzeugenden Mehrheit von einer Stimme. Kaum eine Regierung hat ihre Landwirtschaft gründlicher ruiniert als Zimbabwe – und die restliche Wirtschaft und Zivilgesellschaft gleich mit. Der künftige CSD-Vorsitzende Francis Nhema hat sich nach südafrikanischen Presseberichten persönlich eine produktive Farm unter den Nagel gerissen und seitdem verfallen lassen.

Allenthalben wird nun darüber nachgedacht, wie es mit der CSD weitergeht. Der Reformbedarf ist unverkennbar. Solange allerdings für viele der New Yorker UN-Vertretungen Sachfragen eine derart geringe Rolle spielen, dürfte auch eine noch so ausgeklügelte Reformidee nicht sehr weit tragen.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Mit Vollgas in den Klimakollaps

Die Energiepolitik der Weltbank

Seitdem die Weltbank auf dem G8-Gipfel in Gleneagles (2005) den Auftrag erhalten hat, eine Führungsrolle bei der Entwicklung eines internationalen „Investitionsrahmenwerks für saubere Energie und Entwicklung" (Clean Energy and Development Investment Framework – CEIF) zu übernehmen, präsentiert sich die größte internationale Finanzierungs- und Entwicklungsorganisation als Klimaschützerin par excellence.

Mit dem CEIF sollen Milliardeninvestitionen in die Energiesysteme von Schwellen- und Entwicklungsländern mobilisiert werden, um den rasant wachsenden weltweiten Energiebedarf zu decken; zugleich will die Weltbank diese Investitionen in ‚saubere Technologien' lenken, um den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft einzuleiten. Ein weiteres Ziel ist es, den Zugang zu Energie für die 1,6 Mrd. Menschen, die weltweit von Energiearmut betroffen sind, zu verbessern.

Auf der letzten IWF-Weltbank Frühjahrstagung im April 2007 verabschiedete der Entwicklungsausschuss der beiden Internationalen Organisationen einen Aktionsplan zum CEIF. Wie schon in den vorherigen Papieren vom April und September 2006 wird mit dem Aktionsplan eine globale politische Agenda vorangetrieben, die wenig mit effektivem Klimaschutz oder der Bekämpfung von Energiearmut zu tun hat, aber viel mit dem weiteren Ausbau fossiler, zentraler und nichtnachhaltiger Energiestrukturen – und deren klimapolitischer Weichspülung. Denn unter ‚sauberen Energien' versteht die Weltbank in erster Linie fossile Energien wie Gas und Kohle (hier vor allem die Abscheidung und Einspeicherung von Kohlendioxid – CCS) sowie Großstaudämme – ungeachtet der damit verbundenen immensen sozialen und ökologischen Kosten.

Was wird gefördert?

Zwar werden im Aktionsplan auch Erneuerbare Energien und Energieeffizienz als Bausteine für den Übergang in eine kohlenstoffärmere Wirtschaft benannt. Während jedoch von Klimaschutz geredet wird, geht die Produktion von klimaschädlichen Treibhausgasen mit Weltbankgeldern unvermindert weiter. Die Weltbankgruppe (WBG) hat ihre Finanzierung für fossile Energien von 2005 auf 2006 um satte 93% gesteigert (von 450,8 auf 869 Mio. US-$). Gleichzeitig stagniert die Förderung Erneuerbarer Energien mit 153 Mio. US-$ (2006) bei nur 4% ihrer Energieinvestitionen. Die Ausgaben für Großstaudämme lagen gleichzeitig bei 186 Mio. US-$.

Zur Mobilisierung der Milliardeninvestitionen in die Energiesysteme in Entwicklungsländern setzt die Weltbank vor allem auf den Privatsektor und auf umfassende Sektorreformen wie Liberalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung, um „optimale Investitionsbedingungen" für ausländische Konzerne zu schaffen. Die Erfahrungen mit den marktorientierten Energiesektorreformen der 1990er Jahre zeigen jedoch, dass dabei vor allem die Umwelt und die Armen das Nachsehen haben.

Auch wird im CEIF der weltweite Handel mit Kohlendioxid (carbon trade) als eines der zentralen Finanzierungsinstrumente für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Ökonomie propagiert. Carbon Trade ist jedoch weder ein geeignetes Instrument zur Förderung erneuerbarer Energien noch ist es bisher bei der Reduktion der CO_2-Emissionen besonders erfolgreich gewesen und kann deshalb allenfalls ein Instrument unter vielen anderen sein.

Investitionsrisiken minimieren

Das CEIF wird derzeit im Rahmen einer ‚Öffentlich-Privaten Partnerschaft' weiterentwickelt und umgesetzt, bei der neben den multilateralen Entwicklungsbanken die Creme de la Creme der internationalen Wirtschaftslobby – wie dem World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) – mit am Tisch sitzt. Das WBCSD vertritt die Interessen der konventionellen Energiewirtschaft, CCS sowie die Atomenergie werden als die zentralen Zukunftsmärkte angesehen. Die Entwicklungsbanken sollen helfen, die Investitionsrisiken der milliardenschweren Energiekonzerne bei CCS zu minimieren. Bei dieser Agenda wird nicht nur die dringende Versorgung armer Menschen mit Energie an den Rand gedrängt, sondern auch ein effektiver und schneller Klimaschutz.

Grundlegender Kurswechsel nötig

Innerhalb der nächsten drei Jahre sollen die Energieinvestitionen der WBG um 3 Mrd. US-$ auf deutlich mehr als 10 Mrd. US-$ angehoben werden. Es ist nicht mehr weiter hinnehmbar, dass knappe öffentliche Mittel, die für Armutsbekämpfung und Umweltschutz vorgesehen sind, in die Förderung eines rückwärtsgewandten Energiemodells und die Subventionierung großer Öl- und Energiekonzerne fließen. Es muss ein grundlegender Kurswechsel in der Politik der Weltbank und anderer multilateraler Entwicklungsbanken vorgenommen werden: Erneuerbare Energien und die Bekämpfung der Energiearmut müssen im Zentrum stehen.

Daniela Setton

Die Autorin ist Weltbankexpertin bei WEED.

Nicht ohne meine Kohle?

Asiatische Entwicklungsbank fördert fossile Energien

Die Asiatische Entwicklungsbank gibt sich beim Klimaschutz zwar fortschrittlich, fördert aber weiter den klimaschädlichsten Energieträger: Kohle. Das ergab die Jahreshauptversammlung der Bank, von der kein Aufbruchssignal für den Klimaschutz ausging. Wenn die deutsche Bundesregierung ihre Klimarhetorik ernst meint, muss sie sich in Zukunft bei der Bank dafür einsetzen, dass keine Entwicklungsgelder in die Förderung des Klimakillers Kohle fließen.

Deutsche Steuergelder finanzieren klimaschädliche Projekte in Asien. Deutschland besitzt ca. 5% der Asian Development Bank (ADB), der größten Entwicklungsbank in Asien. Bisher investiert die Bank nur einige Prozent ihrer Energieinvestitionen in nachhaltige erneuerbare Energien – der Rest geht in die direkte und indirekte Förderung fossiler Energien – und damit des Klimawandels.

Vom 4.-7. Mai fand im selben Konferenzzentrum, in dem 1997 das Kyoto-Protokoll geboren wurde, die Jahreshauptversammlung der ADB statt. Die Zivilgesellschaft erwartete und forderte, dass von Kyoto erneut ein Signal für mehr Klimaschutz ausgehe. Mehrere Tausende forderten auch die deutsche Gouverneurin der ADB, Karin Kortmann (Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, BMZ) auf, der klimafreundlichen Rhetorik der Merkel-Regierung Taten folgen zu lassen. Konkret forderten sie, dass die ADB:

- die Förderung fossiler Brennstoffe einstellt, angefangen mit jeglicher Förderung der Kohleenergie
- 100% ihres Energieportfolios in den Ausbau erneuerbarer Energien und echter Energieeffizienz steckt
- die 2006 zugesagte 1 Milliarde US $ pro Jahr für "saubere Energien" nur in wirkliche Lösungen für den Klimawandel investiert und um 10% pro Jahr aufgestockt wird. Jegliche – direkte oder indirekte – Förderung von Kohle sollte explizit aus diesem "Saubere-Energien-Fonds" ausgeschlossen werden.

Gemessen an diesen Forderungen, war die Jahreshauptversammlung in Kyoto kein Erfolg. Die ADB hält weiter an der Förderung der Kohle fest. Angeblich ist sogar für den "Saubere-Energien-Fonds" mindestens ein Kohleprojekt vorgesehen.

Erfolge der Zivilgesellschaft

Trotzdem gab es in Kyoto aber Bewegung. Es wurden eine Reihe neuer Klimainitiativen und Fonds von der Bank vorgelegt[1]. Einige davon sind reine Rhetorik, andere unzureichend. So setzt die Bank z.B. zu einseitig auf den Ausbau von "carbon markets" (Kohlenstoffmärkten). Ohne den richtigen regulativen Rahmen liefern diese Initiativen keinen gesicherten Beitrag zur Reduktion von Emissionen. Der Trend aber ist positiv: Die Bank bewegt sich unter dem Druck der Zivilgesellschaft. Sie erkennt auch explizit an, dass sie mehr in erneuerbare Energien wie Wind und Sonne investieren muss. Zwei weitere Erfolge der Zivilgesellschaft ergaben sich erst während der Jahreshauptversammlung. So schockierte der japanische Gouverneur Omi die versammelten Exzellenzen mit der Forderung, die ADB solle wieder Atomkraftwerke finanzieren. Die ADB hat seit 1986 (!) explizit die Förderung der Kernenergie ausgeschlossen. Am letzten Tag der Jahreshauptversammlung versicherte der ADB-Präsident Kuroda nach intensiven Protesten gerade auch der japanischen Zivilgesellschaft, dass er keinen Wiedereinstieg der ADB in die Atomenergie für möglich halte. Immerhin. Das richtige Signal wäre es nun, wenn die ADB auch weiterhin die Förderung von Atomenergie in ihrer Energiestrategie explizit ausschließt. Die Energiestrategie wird gerade überarbeitet und soll bis zum Herbst neu beschlossen werden[2].

Außerdem sagte die Bank während der Jahreshauptversammlung zu, dass sie die Expansion des Kohlekraftwerkes Mae Moh in Thailand nicht fördern werde. Die Bank hat in den Bau dieses Kohlemonsters viele Millionen investiert. Dass sie sich nun an der Expansion nicht beteiligen wollen, ist ein Fortschritt.

Trotzdem bleibt festzuhalten, dass von Kyoto kein Aufbruchssignal für den Klimaschutz ausging.

Klimarhetorik im Test

Die nächsten Tests der Klimarhetorik der Bank stehen nun bevor. So wird die Bank in den nächsten Wochen über die Förderung des 'Mong Duong 1 Thermal Power Project' in Vietnam entscheiden. Greenpeace hat die ADB aufgefordert, diesem Projekt nicht zuzustimmen. Stattdessen solle die ADB es Vietnam ermöglichen, eine ergebnisoffene Alternativenprüfung durchzuführen. Auch die Evaluierungsabteilung der ADB forderte in Kyoto, dass die Bank bei jedem Energieprojekt zunächst prüfen solle, ob eine Expansion der Energieproduktion wirklich nötig ist, oder ob Effizienzsteigerungen die Produktion der Energie ersetzen können[3]. Wenn die Notwendigkeit des Zubaus an Kapazitäten bewiesen ist, sollten zunächst alle umweltfreundlichen Energieformen geprüft werden – auch unter der Berücksichtigung der externen Kosten von fossilen Energien. Im Falle von Vietnam hat all dies aber nicht stattgefunden. Das muss nun dringend geschehen.

Wenn die Bundesregierung ihre Klimarhetorik ernst meint, muss sie sicherstellen, dass keine Entwicklungsgelder in die Förderung des Klimakillers Kohle fließen. Frau Kortmann hat zugesichert, dass sie sich um die Alternativenprüfung in Vietnam kümmern will. Dies begrüßen wir. Deutschland sollte sich aber gleichzeitig dafür stark machen, dass die Überarbeitung der Energiestrategie in den nächsten Monaten die Forderungen, die in Kyoto nicht erfüllt wurden, endlich umsetzt. Die neue Energiestrategie wird nur einen Fortschritt darstellen, wenn sie den ADB-Boykott der Atomenergie explizit bestätigt und einen Boykott der Kohleförderung beginnt. Entwicklungsgelder müssen Zukunftstechnologien fördern, nicht den Klimawandel. Deswegen muss die neue Energiestrategie eine Förderungsstrategie für nachhaltige erneuerbare Energien werden.

Daniel Mittler

Der Autor leitet die Arbeit zu internationalen Finanzinstitutionen bei Greenpeace International.

1 Greenpeace hat eine Analyse dieser Initiativen vorgelegt, die vom Autor bezogen werden kann: daniel.mittler@int.greenpeace.org
2 Siehe www.adb.org/clean-energy/strategy.asp
3 Siehe www.adb.org/AnnualMeeting/2007/ngos/bmurray-presentation.pdf

Urwälder und Klima

Der G8-Gipfel in Heiligendamm hätte eine Trendwende einleiten sollen – auch beim weltweiten Schutz der letzten Urwälder

Für den Erhalt des Lebens auf der Erde und die Eindämmung der Klimakatastrophe ist der Erhalt der letzten intakten Urwälder elementar wichtig. Dort leben über drei Viertel aller Pflanzen- und Tierarten. Auch sind hier riesige Mengen Kohlenstoff gebunden. Mit bis zu einem Viertel der globalen Treibhausgas-Emissionen tragen Brandrodung und die Ausbeutung der Wälder zur globalen Erwärmung bei. Das sind mehr Emissionen als im Straßen-, Luft- und Schiffsverkehr zusammen. Den Kampf gegen die Klimazerstörung werden wir nur dann gewinnen, wenn neben einer massiven Reduzierung der Treibhausgasemissionen auch die Urwaldzerstörung gestoppt wird. Die Politik hat dies endlich erkannt, wenn auch viele Fragen offen bleiben.

Wälder befinden sich in einem „Klima-Teufelskreis". Zum einen trägt die Urwaldzerstörung massiv zur Klimaerwärmung bei, zum anderen führt der Klimawandel zu Dürren, Stürmen, Überschwemmungen, veränderten Vegetationsperioden und zu Waldzerstörungen, die wiederum vermehrt zu CO2-Freisetzung führen. Hauptverursacher der Urwaldzerstörung in den Tropen sind jedoch der illegale Holzeinschlag sowie die drastische Umwandlung von Urwald in Ackerland.

Fast die Hälfte des weltweiten Kohlenstoffs an Land ist in Wäldern gespeichert, mehr als in allen anderen Ökosystemen. Werden diese zerstört, wird der gespeicherte Kohlenstoff freigesetzt. Heute ist nur noch ein Fünftel der ursprünglichen Urwäldfläche mit großen intakten Urwäldern bewachsen. Und auch diese sind massiv durch Abholzung bedroht. Drei Beispiele:

Amazonien

Brasilien ist der viertgrößte Emittent von Kohlendioxid weltweit. Nicht wegen des Energieverbrauchs der Industrie, sondern hauptsächlich durch die Entwaldung und Brandrodung in Amazonien. In den letzten drei Jahren sind mehr als 70.000 Quadratkilometer Urwald verloren gegangen, das entspricht einem Fußballfeld pro Minute. Diese Flächen werden zu Rinderweiden oder Sojafeldern (Futtermittel) umgewandelt, um den Fleischhunger in Europa zu stillen.

Indonesien

Indonesien ist der drittgrößte Kohlendioxid-Produzent weltweit. Dies ist wiederum hauptsächlich auf Regenwaldabholzung und Brandrodung zurückzuführen. Alle zwölf Sekunden wird hier Wald in der Größe eines Fußballfeldes vernichtet. Rund 72 Prozent der Urwälder und 40 Prozent des gesamten Waldes sind in Indonesien bereits verloren.

Kongo

Die Abholzung des Regenwalds im Kongo nimmt immer weiter zu. Über 50 Millionen Hektar Regenwald in Zentral Afrika sind in der Hand von Holzfirmen. Dies entspricht einer Fläche die so groß ist wie Spanien. 30 Prozent hiervon sind unter der Kontrolle von Firmen der Demokratischen Republik Kongo (DRC), deren Verträge zur Abholzung illegal unterschrieben wurden, nachdem 2002 ein Moratorium zu neuen Verträgen und der Erneuerung oder Ausweitung bereits existierender Verträge ausgesprochen wurde. Der Kongo riskiert damit den Verlust von 40 Prozent seiner Wälder bis 2050. Dieses würde bis zu 34,4 Milliarden Tonnen CO_2 freisetzten. Das ist vergleichbar mit dem CO_2-Ausstoß Großbritanniens in den letzten 60 Jahren.

© Solvin Zankl / Greenpeace

Indonesischer Regenwald.

Auswirkungen der Klimakatastrophe auf die Wälder

Wälder werden von der globalen Klimaveränderung massiv beeinträchtigt, was zu einer zusätzlichen Waldzerstö rung führt. Ein Anstieg der globalen Temperatur um zwei Grad Celsius wird zu einem unwiederbringlichen Waldflächenverlust in vielen Regionen führen und einen Verlust von 20 bis 30 Prozent der Pflanzen und Tiere zur Folge haben.

Die Kosten des Nicht-Handelns

Neben den ökologischen, sozialen und kulturellen Folgen des Klimawandels werden die ökonomischen Kosten auf atemberaubende Höhen geschätzt. Der Ökonom Sir Nicolas Stern warnte in einem Report an die britische Regierung, dass der Klimawandel die globale Wirtschaft um 20 Prozent schrumpfen lässt. Insbesondere beleuchtete Stern „die Drosselung der Entwaldung als einen sehr kosteneffektiven Weg zur Reduzierung von Treibhausgasen" und schätzt, dass zwischen zehn und 15 Milliarden US-Dollar Investitionen pro Jahr die Hälfte der Emissionen durch Entwaldung einsparen könnten, was uns mehrfach in der Zukunft zurückgezahlt werden wird.

Der politische Prozess ist gestartet

Auf Initiative von Papua Neu Guinea, Costa Rica und anderen Entwicklungsländern wurde auf der Klimakonferenz in Nairobi ein Prozess zur Vorbereitung eines Verhandlungsmandats unter der Klimarahmenkonvention bzw. im Rahmen des Post2012-Prozesses gestartet. Der Subsidiary Body der Konvention hat dann im Mai 2007 in

© Vinai Dithajohn / Greenpeace

Waldbrände in Indonesien

Bonn die Bali-Konferenz im Dezember vorbereitet. Dort in Indonesien, einem der größten Urwaldzerstörerländer, soll der Startschuss für Verhandlungen gegeben werden. Die Idee der Entwicklungsländer ist, dass Urwälder Teil des Emissionshandels werden und somit diejenigen Länder von dem Handel profitieren, die die Entwaldung gegenüber dem langjährigen Mittel absenken können (und umgekehrt). Der Nachteil könnte sein, dass der Emissionshandel überfrachtet bzw. dessen Preise zu anfällig werden.

Brasilien ist total gegen eine Einbeziehung in den Emissionshandel, da dies eine Festlegung auf ein nationales Reduktionsziel nach sich ziehen würde. Das lehnt Brasilien mit dem Hinweis ab, dass zunächst mal die großen Industrieländer reduzieren müssten. Brasilien schlägt einen internationalen Fonds vor, in den die reichen Länder einzahlen und bei dem sich die Waldländer freiwillig bedienen können.

Zudem wird die Option diskutiert den Emissionshandel generell mit einer Steuer zu belegen und die Einnahmen für die Anpassung an die Klimakatastrophe sowie für Waldschutz zu verwenden.

Die G8-Staaten müssen Verantwortung übernehmen

Die reichsten Nationen mit dem größten Verbrauchsniveau von Fleisch, Holz, Papier und Bioenergie auf der Welt, die G8-Länder, haben die Verantwortung die Klimakatastrophe und den Verlust der letzten Urwälder konsequent zu verhindern. Die G8-Staats- und Regierungschefs müssen einen Stopp der Entwaldung und Walddegradierung für die letzten intakten Urwälder bis 2010 entscheiden.

Greenpeace forderte zum Heiligendamm-Gipfel die G8-Staaten auf:

- Notwendige Gelder zur Verfügung zu stellen, die den Entwicklungsländern helfen die Entwaldung und Degradierung in den letzten intakten Urwäldern, wie in Amazonien, Indonesien und zentral Afrika bis 2010 zu stoppen, sowie für alle Wälder bis 2020.
- Moratorien für industrielle Aktivitäten in den intakten Urwaldgebieten, auch derer in den USA, in Kanada sowie Russland, zu verhängen, bis Landschaftspläne und Naturschutzpläne entwickelt und umgesetzt sind, die ein globales Netzwerk von Schutzgebieten einschließen.
- Ökonomische Alternativen zur Abholzung zu unterstützen und zu finanzieren.
- Das Verbrauchsniveau von Holz und Papier sowie Bioenergien aus den letzten Urwäldern auf ein nachhaltiges Niveau zu reduzieren.
- Die Nutzung und den Verkauf von Holzprodukten aus illegalem Holzeinschlag durch die Verabschiedung von einem Urwaldschutzgesetz zu verbieten, das garantiert, dass nur noch Holzprodukte aus einer sozial und ökologisch gerechten Waldwirtschaft auf ihren Märkten verkauft werden.
- Sich zu einer drastischen Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung zu verpflichten.
- Konkrete Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen zu beschließen: 30 Prozent bis 2020.

Heiligendamm brachte nicht die Wende, aber eine Weltbank Initiative

Die G8-Staaten haben sich nicht ernsthaft mit der Entwaldung auseinander gesetzt. In unverbindlicher Diplomatensprache verweisen sie bei der Frage des illegalen Holzeinschlags und dem damit verbundenen Handel auf bestehende, ineffektive Prozesse. Unter der Überschrift der ‚nachhaltigen Waldnutzung' wird unverblümt der industrielle Holzeinschlag als Lösung des Entwaldungsproblems gepriesen. Die einzige wirkliche Entscheidung wurde über die so genannte Wald-Kohlenstoff Partnerschaft Fazilität (FCPF) getroffen. Mit diesem Geldtopf bei der Weltbank sollen Entwicklungsländer darin unterstützt werden, den Bestand an Kohlenstoffspeicher durch Urwälder zu erfassen sowie Monitoringsysteme für Entwaldung aufbauen. Zudem sollen mit 3-5 Ländern Finanzierungsmechanismen getestet werden, deren Ergebnisse in den Verhandlungsprozess der Klimakonvention eingespeist werden. Vermutlich konnten die G8-Staaten nicht mal das Geld zusammen bekommen, das die Weltbank mit 300 Mio. US-Dollar als absolutes Minimum veranschlagt hatte.

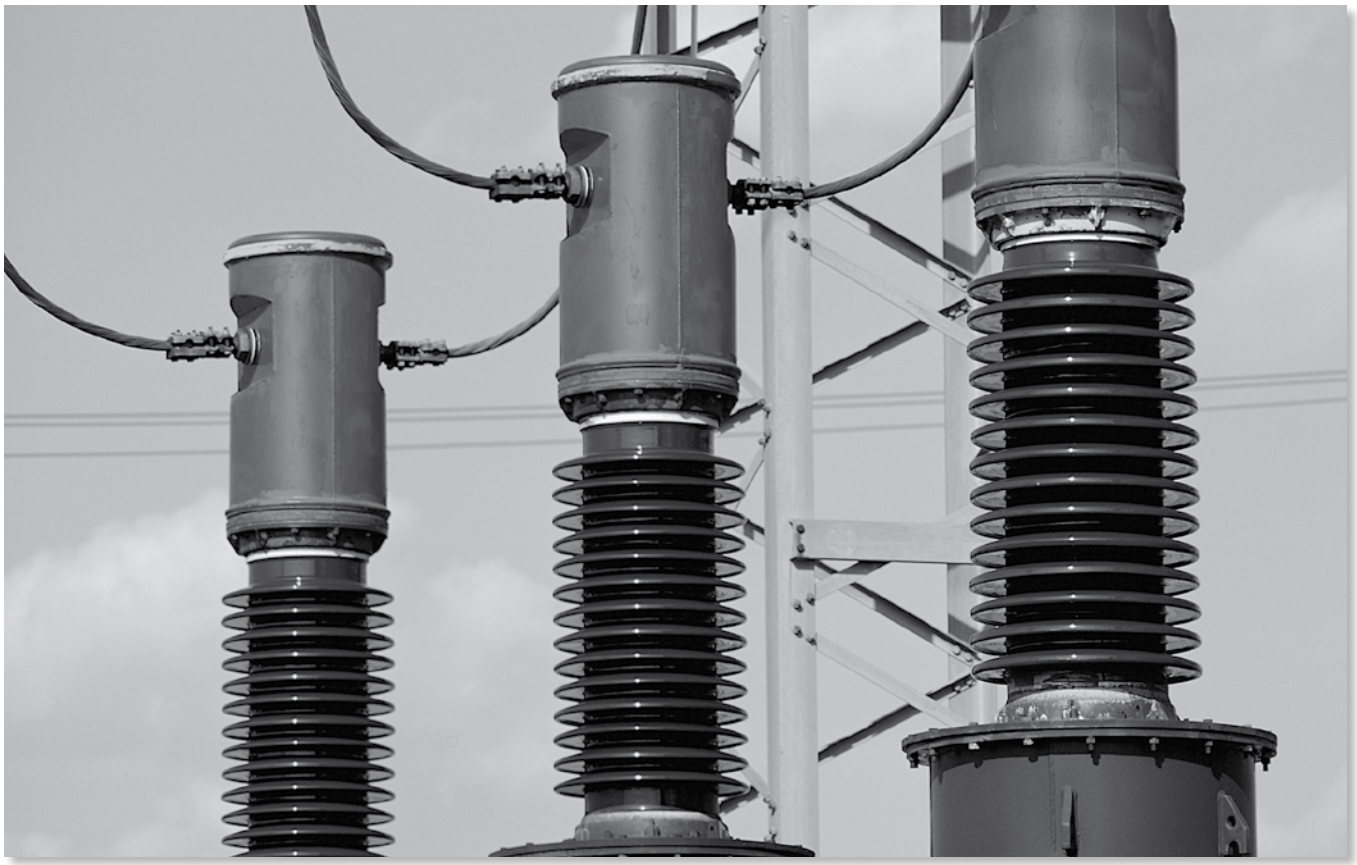
Was nun?

Zwar gelangt das Problem der Entwaldung und Walddegradierung langsam auf die höchste politische Ebene, jedoch fehlt tatsächlich das Engagement, bei der Finanzierung oder gerechten Gestaltung des internationalen Handels ernsthaft voran zu kommen. Es liegt jetzt v.a. an der deutschen Bundesregierung sowohl bei den Verhandlungen zur Klimakonvention als auch zur Biodiversitätskonvention im nächsten Jahr in Bonn den multilateralen Prozess zum Waldschutz auf neue Füße zu stellen. Dabei gilt es beide Konventionen auf allen Ebenen zu integrieren. Das UN Waldforum hat sich erneut als unfähig erwiesen den globalen Trend der Urwaldzerstörung zu adressieren.

Nun gilt es zum einen im Auge zu behalten, dass Urwälder nicht nur eine Akkumulation von Kohlenstoff sind, sondern Leben, zum anderen, dass die vielen Jahre von Verhandlungen durch pragmatischen aber engagierten Urwaldschutz überbrückt werden. Dazu braucht es Engagement von Angela Merkel über den G8 Gipfel hinaus. Wenn sie es nicht schafft, dass die zweitgrößte Quelle von CO_2, die Urwaldzerstörung, rasch versiegt, dann werden die Bemühungen um Klimaschutz insgesamt fragwürdig.

Martin Kaiser

Der Autor koordiniert die Politik zu Wäldern und Biodiversität für Greenpeace.



Energie raus aus der WTO?

Die Debatte um Klima, Energie und Welthandel

Die Debatte ist noch jung, aber die bisher darin geäußerten Statements sind ebenso radikal wie aus anderen Kontroversen um die Welthandelsorganisation (WTO) vertraut: „WTO bedroht den Klimaschutz", „keine WTO-Kontrolle über Energie und Klimaschutz - Energie raus aus der WTO". Mit diesen Positionen und Forderungen bereicherte Victor Menotti vom International Forum on Globalization den von der AG Handel im Forum Umwelt & Entwicklung im Rahmen des Rostocker Alternativgipfels am 7. Juni 2007 durchgeführten Workshop „Trading away our Climate".

Die längst überfällige Debatte über die Zusammenhänge zwischen Handelsregeln, Klimaschutz und Energiesicherheit hat durch den G8-Gipfel in Heiligendamm an Aktualität gewonnen. Denn auch die Erklärung des G8-Gipfels „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft" vom 7. Juni 2007 thematisiert unter anderem Handelsregeln im Zusammenhang mit Klimaschutz und Energiesicherheit.

G8, Energie, Klima und Handel

Es gehört zumindest seit 1999 zur gängigen Praxis der G7/G8-Gipfeltreffen, sich zum Thema Welthandel zu äußern. In den letzten fünf Jahren handelte es sich dabei um Absichtserklärungen, die laufende Welthandelsrunde, die 2001 gestartete Doha Entwicklungs-Agenda (Doha Development Agenda - DDA), zum Erfolg zu führen oder überhaupt zum Abschluss zu bringen.

Die Abschlusserklärung von Heiligendamm mit dem Titel „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft" hat an zwei Stellen einen deutlichen Bezug zum Handelsthema. Es sind dies die Abschnitte zu „Klimawandel, Energieeffizienz und Energiesicherheit" sowie zu der „Verantwortung für Rohstoffe: Transparenz und nachhaltiges Wachstum". In dem Abschnitt, der sich mit dem hart umkämpften Rohstoffmarkt befasst, wird der Freihandel auch für primäre und sekundäre Rohstoffe eingefordert. So werden die Handelspartner davor gewarnt, beim Rohstoffhandel marktwirtschaftliche Prinzipien und die Regeln der WTO zu missachten und Maßnahmen durchzuführen, die den Handel beschränken und den Wettbewerb verzerren. Dies ist eine deutliche Drohung an die Nicht-G8-Handelspartner, den Energie- und Ressourceninteressen der führenden Industrienationen Folge zu leisten.

Der Abschnitt zu „Klimawandel, Energieeffizienz und Energiesicherheit" listet eine Vielzahl an ökonomischen Instrumenten und Anreizmaßnahmen auf - wie Emissionshandel, Standards, Steuern und Abgaben und freiwillige Maßnahmen - die allerdings nicht spezifiziert oder mit konkreten Forderungen verbunden werden. Interessant ist auch, was explizit nicht erwähnt wird. So werden weder Subventionen thematisiert, noch wird die Debatte um eine so genannte Kyoto-Steuer, eine Steuer auf Industriewaren aus so genannten „Umweltsünderländern", aufgegriffen. Dagegen greift die G8-Abschlusserklärung eine explizite Forderung der EU auf, nämlich „im Rahmen der Doha-Verhandlungen der WTO auf den Abbau oder gegebenenfalls die Abschaffung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse für Umweltschutzgüter und –dienst-

leistungen hinzuwirken, was uns ebenfalls dabei helfen wird, unsere gemeinsamen Zielsetzungen im Hinblick auf Energiesicherheit und Klima zu erreichen".

Die Konfliktlinien zwischen WTO-Handelsregeln und Klimaschutzmaßnahmen

Die Rolle der WTO bei den Themen Klima und Energie unterscheidet sich nicht von der Doppelrolle, die sie in anderen Güter- und Dienstleistungsbereichen hat: zu einem forciert sie eine Liberalisierung der Märkte, sprich den Abbau oder gegebenenfalls die Abschaffung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse für Güter und Dienstleitungen im Energie- und Umweltbereich. Zum anderen droht sie, Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz von WTO-Mitgliedern, die einen hemmenden Einfluss auf den Handel haben können, zu untersagen oder mit dem Verweis auf das WTO-Streitfallverfahren bzw. die Androhung eines Streitfalles abzuschwächen.

Marktöffnungen für Energiedienstleistungen

Das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS wird in der laufenden Handelsrunde mit dem Ziel, u.a. die Liberalisierung auch im Bereich der Energiedienstleistungen zu forcieren neu verhandelt. Insbesondere die USA und die EU drängen die Öl exportierenden Länder dazu dazu, ihre Märkte für Ölförderindustrie zu öffnen. Für die USA ist dies ein „breakthrough" Sektor, wenn hier ein Durchbruch erzielt wird ist die USA zu Zugeständnissen im Agrarsektor bereit. Die Position der Nichtregierungsorganisationen zu den Dienstleistungsverhandlungen ist eindeutig: „Entwicklungsländer dürfen grundsätzlich nicht dazu gezwungen werden, ihre Dienstleistungsmärkte zu öffnen. Öffentliche Basisdienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung müssen von den GATS-Verhandlungen vollkommen ausgeklammert werden."

Marktöffnungen für Umweltgüter- und Dienstleistungen

Auf den ersten Blick scheinen diese Liberalisierungsbemühungen positiv zu sein, geht es doch vermeintlich darum, umweltfreundliche Technologien und Dienstleistungen weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Ein genauerer Blick zeigt jedoch doch, dass es primär um die Ausweitung der Exportmärkte für die Umwelttechnologien der Industrieländer geht - unabhängig davon, ob deren Produkte auch immer die beste Lösung für Entwicklungsländer darstellen. Bis heute gibt es keine Einigung darüber, was eigentlich Umweltgüter sind. Dies hindert die jedoch die Industriestationen nicht daran, diese Debatte nun unter einem Klimaschutzmantel zu führen - wie der oben zitierte Satz aus der G8-Erklärung belegt.

Subventionen

Auf globaler Ebene erhalten Straßenbau und Verkehr und der Energiesektor die meisten Subventionen. Schätzungen gehen von bis zu 1.800 Mrd. Dollar jährlich für Straßenbau und Verkehr bzw. von bis zu 311 Mrd. Dollar für den Energiesektor aus. Der überwiegende Teil dieser Subventionen wird als „perverse subsidies" eingestuft - als schädliche Subventionen, bei denen selbst die wirtschaftlichen, aber vor allem die ökologischen und sozialen Folgekosten größer sind als der Nutzen. Als „perverse subsidies" gelten bis zu 66 Prozent der Subventionen für Transport und bis zu 91 Prozent der Energiesubventionen. Während die Subventionsproblematik von einer Vielzahl von internationalen Organisationen verfolgt wird, verfügt einzig die WTO über ein internationales Subventionsabkommen. Der Umgang mit Agrar- und Fischereisubventionen in der WTO hat jedoch gezeigt, dass die WTO nicht in der Lage ist, Subventionen international nachhaltig zu regeln. Dass schädliche Subventionen abgeschafft gehören, ist die Forderung aller Nichtregierungsorganisationen, die Positionierung zu den nicht-schädlichen Subventionen ist dagegen vielfach offen.

Wie schwierig die Debatte um Subventionen auch für NGOs ist, zeigt die jüngste Kontroverse um den subventionierten Export von Biodiesel aus den USA. Die deutschen und europäischen Biodieselproduzenten klagen darüber, dass seit Jahresanfang über 200.000 t Biodiesel aus den USA nach Europa gekommen sind, die dank der Steuervorteile, die den US-Produzenten gewährt werden, konkurrenzlos billig sind. Da dem Biodiesel Spuren von konventionellem Kraftstoff (maximal 0,1%) beigemischt sind, erhalten die US-Produzenten Steuerrückvergütungen in Höhe von 26 Cent pro Liter Biodiesel. Die Biodiesel-Lobby, das „European Biodiesel Board (EBB)", forderte den EU-Handelskommissar Peter Mandelson in einem Schreiben vom 19. März 2007 auf, Maßnahmen gegen diese subventionierten Exporte zu unternehmen, da sie klar gegen WTO-Regeln verstoßen und eine ernsthafte Bedrohung für einen fairen Handel mit Biokraftstoffen darstellen würden. In seiner Antwort an die EBB schrieb Peter Mandelson, dass zwar ein WTO - Streitschlichtungsverfahren möglich sei, zuvor müssten jedoch mehr Informationen eingeholt werden. Auch gelte es, die übergeordneten Interessen der EU in diesem Bereich zu berücksichtigt. Für die US-NGOs wäre eine WTO Klage der EU gegen die USA eine Bedrohung des US-Biofuels-Programms, europäische NGOs würden dagegen die verbilligten Biodieselexporte ablehnen, da sie einer nicht-nachhaltigen Verkehrspolitik Vorschub leisten.

Zölle, Steuern oder Abgaben auf klimaschädliche Produkte

Die vom französische Premierminister Villepin im November des Vorjahres verkündete Idee, Produkte aus Ländern, die keinen Klimaschutz betreiben durch die so genannte Kyoto-Steuer zu verteuern, ist nur der jüngste Vorstoß gewesen, zu versuchen, über den Handel Klima oder Umweltschutz zu betreiben bzw. den Wettbewerbsnachteil derer, die sich an Schutzmaßnahmen halten, zu reduzieren. Nach der Ankündigung setzte sofort eine Debatte darüber ein, ob diese Kyoto-Steuer (in der Fachsprache Grenzausgleich oder Grenzausgleichssteuer bzw. Border Tax Adjustment) mit den Regeln der WTO (Meistbegünstigung, Inländerbehandlung) im Einklang stehen würde oder nicht. EU-Handelskommissar Mandelson reagierte auf diesen Vorschlag scharf und fiel dem Premierminister eines Mitgliedslandes deutlich in den Rücken, in dem er erklärte, eine Kyoto-Steuer verstoße gegen WTO-Regeln. Ohne derartige Grenzausgleichabgaben ist jedoch ein internationales Klimaregime nicht realisierbar.

Energieeffizienz- und Umweltstandards

Der US-Kongress debattiert derzeit erneut über sogenannte CAFE-Standards für die Automobilindustrie. Diese „corporate average fuel efficiency (CAFE)" Standards wurden nach der Ölkrise 1973-74 für Personenkraftwagen und Kleintransporter, mit dem Ziel eingeführt, den Spritverbrauch zu senken. Pro Wagenklasse wird festgelegt, wieweit im Durchschnitt mit einer Gallone (= 3,78 l) Kraftstoff gefahren werden kann. Dieses Ziel muss dann von allen Fahrzeugen dieser Klasse erreicht werden. Hersteller, deren Wagen diese Standards nicht erfüllen, müssen Strafen bezahlen. Anders als die us-amerikanischen und asiatischen Fahrzeugproduzenten, die den CAFE-Standard erfüllen, müssen die europäischen Automobilhersteller, insbesondere die Hersteller von Luxusautos, regelmäßig Strafen zahlen, die sich zwischen 1 und 20 Millionen US-Dollar jährlich pro Hersteller bewegen. Die europäische Automobilindustrie sieht ihren Absatz von Luxusautos durch CAFE und durch andere US-Maßnahmen wie eine Benzinfressersteuer ("gas guzzler tax") und Luxussteuer ("luxury tax") bedroht und sich durch Strafen für die Nichterreichung der Standards diskriminiert. Bereits unter dem alten Streitfallsystem des WTO-Vorgängers GATT hatte die EU gegen diese drei Maßnahmen geklagt, dass Urteil vom 11. Oktober 1994 ist allerdings von den Streitparteien nicht angenommen worden. Seit der Existenz der WTO ist das Streitfallverfahren verschärft worden, Urteile der WTO müssen akzeptiert werden, Deshalb besteht die Befürchtung, dass die neuen CAFE-Standards wie auch andere Standards zum Spritverbrauch, zur Kraftstoffzusammensetzung und zu Emissionen durch einen WTO-Streitfall zu Fall gebracht werden können

Zertifizierung und Labelling von Biokraftstoffen

Als der US-Medien-Mogul Ted Turner auf dem Public Forum der WTO am 25. September 2006 in Genf die Biokraftstoffe als Rettungsanker der kränkelnden WTO-Handelsrunde bezeichnete, schüttelten noch viele verwundert den Kopf. Inzwischen hat der Hype um Kraftstoffe pflanzlichen Ursprungs ein kaum noch überschaubares Ausmaß zwischen Goldgräberstimmung und Wildwest angenommen. Auch wird die Diskussion über die Auswirkungen des Biomasseanbaus immer facettenreicher. Über Biokraftstoffe streiten sich u.a. Stadtwerke, die auf Palmöl als erneuerbare Energiequelle setzen, mit Regenwaldschützern, die den Regenwald durch weitere Ölpalmenplantagen bedroht sehen. In Mexiko wird der Boom um Biokraftstoffe mit verantwortlich für die „Tortilla-Krise" gemacht: seitdem Mais auch als Kraftstoffquelle interessant geworden ist, steigen die Preise für Mais und Tortillas.

Selbst die Weltbank warnt im Entwurf ihres Weltentwicklungsberichts für 2008 davor, dass der aufgrund des Booms bei Energiepflanzen bis 2020 vorausgesagte Preisanstieg für Weizen (30 Prozent), Mais (41 Prozent) und Ölsaaten (76 Prozent) zu Lasten der Armen gehen wird.

Biodiesel und Bioethanol boomen und die Nachfrage wird weiter steigen, weil Regierungen die beinahe vollständige Erdölabhängigkeit verringern wollen und deshalb Beimengungen verordnen.

Die geplanten Anteile können nicht allein aus einheimischer Produktion gedeckt werden, so strebt die EU-Kommission danach, „die Produktion in der EU in angemessener Weise zu entwickeln und die Importmöglichkeiten für Biokraftstoffe und deren Rohstoffe sowie deren Wirtschaftlichkeit zu verbessern". Doch der Handel mit Biokraftstoffen braucht angesichts der negativen Auswirkungen des Anbaus von Energiepflanzen Leitplanken. Zertifizierung und Kennzeichnung wären hierfür eine mögliche Option, und derzeit lässt das deutsche Landwirtschaftsministeriums ein internationales, freiwilliges Zertifizierungssystem entwickeln. Für dieses System gilt wie für alle anderen Zertifizierungssysteme, gleichgültig ob sie verpflichtend oder freiwillig sind, die Frage, ob es kompatibel mit den WTO-Regeln ist oder nicht. Erst wenn ein WTO-Mitglied dazu ein WTO-Streitfall starten wird, wird sich diese Frage beantworten lassen.

Fazit

Aus den erwähnten Beispielen ergibt sich: Die Klimaschutzinstrumente wie Abbau, Begrenzung bzw. Stopp von schädlichen Subventionen, Lenkung und Verteuerung durch globale Verbote, Abgaben oder Steuern und Setzen von Standards stehen im Widerspruch zu Handelsregeln. Oder: Die Instrumente können im Widerspruch zu Handelsregeln stehen. Erst ein WTO-Streitfall wird dies klären!

Es gibt zahllose Bezüge zwischen Energie, Klima und Handel. Energie- und klimapolitische Steuerungs- und Regulierungsinstrumente sind durch die WTO wie auch durch die in diesem Artikel nicht thematisierten bilaterale/regionale Handelsabkommen bedroht. Folglich stellen auch für den Klimaschutz Handelsabkommen ein Problem dar! NGOs aus dem Handels- und Klimabereich sollten sich diesem Problem gemeinsam stellen.

Jürgen Knirsch

Der Autor arbeitet bei Greenpeace zu Handelsfragen und koordiniert zusammen mit Kerstin Lanje die AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung.

(Weiterführende) Literatur
- *Victor Menotti (2006): The Other Oil War: Halliburton's Agenda at the WTO: A Policy Brief on the Energy Services negotiations in the World Trade Organization (WTO). San Francisco, International Forum on Globalization http://www.ifg.org/reports/WTO-energy-services.htm.*
- *Yulia Selivanova (2006): WTO Rules and Sustainable Energy Policies. In: Bridges Monthly November 2006, No. 7, pages 9-10 www.ictsd.org*

Klimawandel und Ernährungssicherheit

Zahl der Hungernden wird durch den Klimawandel steigen

Menschen in armen Ländern sind besonders vom Klimawandel betroffen und müssen die größten Anpassungsleistungen mit den geringsten Ressourcen erbringen. Es wird in Zukunft wichtig sein, neue Anpassungsstrategien und alternative ländliche Entwicklungsprozesse zu erarbeiten.

Die Aussagen des International Panel on Climate Change sind sehr eindeutig. Neben natürlichen Klimaveränderungen findet ein mit über 90prozentiger Gewissheit menschengemachter Klimawandel statt. Selbst wenn es möglich wäre, ab sofort keine menschgemachten Treibhausgase mehr auszustoßen, würde es für einige Jahrzehnte weiterhin zu einer Erwärmung kommen, da die Atmosphäre zeitverzögert reagiert.

Die Temperaturzunahme ist dabei regional allerdings differenziert wahrnehmbar. In den gemäßigten Klimaten auf der Nord- und der Südhalbkugel wie z.B. in Nordeuropa steigt die Durchschnittstemperatur kräftiger als in den Tropen. Jedoch werden gerade Weltregionen wie z.B. Afrika, die die wenigsten Ressourcen haben, um die Folgewirkungen angemessen zu bearbeiten, besondere Anpassungsprobleme bekommen. Daher muss es heute darum gehen, in doppeltem Sinne aktiv zu werden. Es sollte sichergestellt werden, dass die durchschnittliche globale Erwärmung 2 Grad Celsius nicht überschreitet, um besonders gravierende Konsequenzen zu vermeiden. Darüber hinaus müssen die Menschen überall die Folgewirkungen des bereits nicht mehr vermeidbaren Klimawandels bearbeiten.

Klimawandel und Ernährungssicherheit - die Rahmendaten

Der Klimawandel wird in mehrfacher Hinsicht Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit haben: Die steigenden Temperaturen beeinflussen die Wachstumsbedingungen von Pflanzen. Viele Pflanzen werden den Anstieg der Temperaturen in ihren bisherigen Wuchsregionen nicht mitmachen können, und in ihrer Verbreitung entweder nach Norden oder in die Höhe (in Gebirgen) wandern müssen. Der Klimawandel wird in vielen Teilen der Welt die Niederschlagsmuster verändern. Kommt beim Regenfeldbau der Regen nur wenige Wochen zu spät, oder ist die Verteilung auf wenige Starkregenereignisse konzentriert, kann dies gravierende Auswirkungen auf die Ernteergebnisse haben. Neben den Veränderungen in den Niederschlagsmustern wird es ganze Regionen geben, die trockener werden. Die verfügbaren Wasserressourcen werden erheblich knapper werden. Dies betrifft sowohl das Wasser für den persönlichen Bedarf wie für die Landwirtschaft. In zahlreichen Regionen werden zudem die Wetterextreme zunehmen. Der erwartete Anstieg des Meeresspiegels droht eine ganze Reihe der fruchtbarsten Ländereien weltweit, in Küstenebenen und Flussdeltagebieten zu überfluten oder zu Versalzungen im Boden und im Grundwasser beizutragen.

Zu den Zahlen der möglichen Betroffenen gibt es bisher nur Schätzungen:

- Sollte der Temperaturanstieg zwischen einem und drei Grad Celsius liegen, werden die negativen Auswirkungen signifikant zunehmen. Besonders tropische Länder und ohnehin trockene Regionen sind die Leidtragenden durch Rückgänge bei den Ernteerträgen. Bei einem Anstieg von ca. 2,5°C. werden ca. 45-55 Millionen zusätzliche Menschen von Hunger und Unterernährung betroffen sein, bei einem Anstieg oberhalb von 2,5°C 65-75 Millionen Menschen. Bei 3-4°C Temperaturanstieg erreichen die Schätzungen bereits 80-125 Millionen Menschen.
- Besonders wichtig werden die Auswirkungen der Temperaturerhöhung auf die Niederschlagsmengen und die Niederschlagsverteilung sein. Bei einem Temperaturanstieg bis zu 2,5°C werden möglicherweise bis zu 2,4 - 3,1 Milliarden Menschen von zunehmender Wasserknappheit betroffen sein.

Globale und lokale Ernährungssicherheit

Um verlässliche Aussagen treffen zu können, wie sich der Klimawandel im Detail auf die Ernährungssicherheit auswirken wird, ist genau zu klären, welche Personengruppen wo hungern und warum diese Menschen derzeit unterernährt sind. Nur mit einer solchen Grundlage ist es möglich, die Anpassungsmöglichkeiten von Menschen näher anzuschauen.

Die Zahl der Unterernährten ist seit 1996 von 840 auf derzeit 854 Millionen Menschen gestiegen, davon leben 820 Millionen in Entwicklungs-

ländern. Auf der Ebene der globalen Ernährungssicherheit sieht die Situation derzeit bedenklich aus. Das Angebot an Getreide wird dieses Jahr auf den Tiefststand seit einem Jahrhundert fallen. Eine Reihe von Gründen sind hierfür verantwortlich: Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln steigt derzeit schnell. Neben der nach wie vor wachsenden Weltbevölkerung ist es vor allem die schnell wachsende Nachfrage nach Fleischprodukten in China und Indien. Hinzu kommt die wachsende Nutzung von Nahrungsmitteln für die Erzeugung von Biokraftstoffen. Positiv ist dagegen, dass die Weltgetreideproduktion 2006 in einer Reihe der ärmsten Länder signifikant gestiegen ist. Neben der globalen Getreideproduktion sind auch die Entwicklung der Fischerei und der Weidewirtschaft von Bedeutung, beide derzeit mit negativen Tendenzen.

Interessant ist auch ein Blick auf die nationalen Bilanzen zur Ernährungssicherheit. Sie sagen allerdings oft wenig darüber aus, welche Personengruppen tatsächlich hungern. Es gibt Nahrungsmitteldefizitländer, in denen kaum Hunger zu beobachten ist, während ein Land wie Indien, das in den letzten Jahren substantielle Getreideüberschüsse hatte, gleichzeitig das Land mit den meisten Hungernden weltweit ist

Deshalb ist neben der globalen und nationalen die Ernährungssicherheit auf Haushaltsebene von erheblicher Bedeutung. Dabei ist nicht nur relevant, wie viel Nahrungsmittel einer Familie zur Verfügung stehen, sondern auch welche und in welcher Vielfalt. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind derzeit mehr als zwei Milliarden Menschen von Mangelernährung betroffen. Darüber hinaus gilt aber auch, dass die Gesundheitssituation der Familien von großer Bedeutung ist. Haben die Kinder Durchfall kann es auch bei ausreichender Nahrungsmittelversorgung zu Unterernährung kommen.

Bislang sind die meisten Studien zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit auf die globale und nationale Ebene orientiert. Die globalen Verfügbarkeitstrends sind zentral, da sie sich langfristig auf die Preisentwicklung der Grundnahrungsmittel auswirken. Die nationalen Daten lassen deutlich werden, ob Länder in der Lage sind, ihren Importbedarf zu finanzieren. Die nationalen verfügbaren Ressourcen und die handelspolitischen Spielräume von Regierungen sind entscheidende Rahmenbedingungen, um die Anpassungsmöglichkeiten von Ländern an den Klimawandel abschätzen zu können. Zur genauen Analyse der möglichen Anpassungskapazitäten eines Landes sind aber vor allem nationale Trends im Zugang zu Nahrung und Produktionsmöglichkeiten von Bedeutung. Regierungen müssen dabei kleinräumig die besonderen Situationen und Benachteiligungen einzelner Dörfer und Haushalte in den Blick bekommen, da ansonsten keine angemessenen Anpassungspolitiken formuliert werden können.

Anpassungskapazitäten in den Entwicklungsländern

Obwohl gerade tropische und subtropische Länder besonders vom Klimawandel betroffen sein werden, wird in vielen dieser Länder, besonders in Afrika, das Problem Klimawandel in Regierungsinstitutionen kaum angemessen wahrgenommen. Die Vernachlässigung, die ländliche Räume in den letzten zwei Jahrzehnten erfahren haben, prägt weiterhin das derzeitige Regierungshandeln. Zusätzlich fehlen gerade den ärmeren Entwicklungsländern die finanziellen Ressourcen, um entsprechende Anpassungsprogramme durchführen zu können.

Um eine angemessene Reaktion von kleinbäuerlichen Familien auf den Klimawandel zu ermöglichen, wäre es nötig, diese rechtzeitig auf die zu erwartenden Veränderungen hinzuweisen. Innerhalb eines jeden Landes werden manche Regionen besonders vom Klimawandel betroffen sein. Die Reaktionsmöglichkeiten vieler Familien im ländliche Raum sind ebenfalls unterschiedlich. Familien mit Ersparnissen und ausreichender Arbeitskraft werden leichter auf Veränderungen reagieren können als beispielsweise HIV-Aids-betroffene ländliche Familien. Gerade marginalisierte Produzenten werden besondere Probleme haben. Sie leben oft in den geographisch besonders vom Klimawandel verletzlichen Landesteilen, beispielsweise an steilen Hängen, in trockenen Zonen oder in Flussdeltas bzw. Küstenstreifen. Diese besondere Marginalisierung vieler Betroffener wird die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit zusätzlich verstärken. Es gilt daher, die bisherigen strukturellen Benachteiligungen der Betroffenen zu beseitigen. Ländliche Familien müssen z.B. Zugang zu finanziellen Mittel wie beispielsweise Kredite bekommen, um Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Aber es wird auch wichtig werden, für manche Regionen gänzlich neue Konzepte ländlicher Entwicklung zu erarbeiten, wenn beispielsweise die Produktion bestimmter dominanter Agrarprodukte (Kaffee, Bananen etc.) in der Region aufgrund des veränderten Klimas nicht mehr möglich sein wird.

Die größte Herausforderung wird allerdings sein, den nötigen politischen Willen bei den Regierungen zu mobilisieren. An dieser Stelle kommt der Einforderung des Rechts auf Nahrung eine besondere Bedeutung bei. Von Hunger und Unterernährung Betroffene müssen das Recht haben, eine verantwortliche Regierungspolitik einzuklagen. Ein wichtiges Element von Anpassungsstrategien wird es sein müssen, mehr Aufmerksamkeit auf Konzepte ländlicher Entwicklungsprozesse zu richten. Organisationen wie „Brot für die Welt“ und Germanwatch sind dabei doppelt gefordert. Sie können zum einen ihre Partner vor Ort in ihrer Forschungsarbeit zu den Effekten des Klimawandels unterstützen. Dabei wird es unter anderem darauf ankommen, dass nationale zivilgesellschaftliche Organisationen von ihren Regierungen eine angemessene Problembearbeitung einfordern. Zum anderen können sie aber auch ihre Partnerorganisationen direkt bei der Problembearbeitung und bei der Entwicklung geeigneter Strategien zur Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Zentrale Aufgabe wird es sein, effektiven Klimaschutz in möglichst allen Ländern voranzutreiben und parallel sicherzustellen, dass es ein funktionierendes internationales Klimaregime gibt.

Sven Harmeling/Bernhard Walter

Sven Harmeling ist Klimareferent bei Germanwatch; Bernhard Walter ist Referent für Landwirtschaft, Ernährungssicherung und Umwelt bei Brot für die Welt

Dieser Artikel basiert auf Ergebnissen der Studie Klimawandel und Ernährungssicherheit, herausgegeben von Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe und Germanwatch. Zu finden unter http://www.brot-fuer-die-welt.de/downloads/KlimawandelErnaehrungssicherheit75dpi.pdf

Weiter runter mit den Verkehrsemissionen

Stagnation der Verkehrsnachfrage positiv gestalten

In Deutschland stagniert seit 1998 die Verkehrsnachfrage im Personenverkehr zu Lande[1]. Seit 2002, möglicherweise sogar schon vorher, gewinnt der Öffentliche Verkehr (ÖV) jährlich Marktanteile[2] gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) - im letzten Jahr waren es sogar 0,7 % Zunahme im Modal Split. Entsprechend sind Ausbauinvestitionen in den Straßenverkehr bei intelligenter Bepreisung des Straßengüterverkehrs nur noch punktuell notwendig.

In der Politik, die zumeist weiter die enge Windschutzscheibenperspektive hat – vgl. etwa im Februar 2007 beim SPD Parteirat, ist der Rückgang des MIV bedauerlicherweise noch kaum richtig angekommen. Mobilität ist weitgehend nur Automobilität. Hier muss zur Korrektur der eingeschränkten Sicht gesellschaftlicher Druck aufgebaut werden, um sich abzeichnendes weiteres Politikversagen zu verhindern.

Denn die Begrenzung auf die Windschutzscheibenperspektive verkennt nicht nur die Realität, sondern verzerrt den Blick auf eine höchst beachtenswerte Entwicklung in Deutschland, das in diesem Aspekt unter den meisten Industrieländern positiv herausstiecht: Seit fast 10 Jahren sinken die Emissionen des Personenverkehrs zu Lande. Und das trotz des weitgehenden Versagens der Verkehrspolitik, welche sowohl das Fahrrad als klimaverträglichsten Verkehrsträger wie auch den Fußgeher viel zu wenig fördert, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann.

Deutschland als attraktives Beispiel zum Nachahmen

Als altes Industrieland, das bereits seit vielen Jahrzehnten hohe Treibhausgasemissionen aufweist, kann Deutschland seiner Verantwortung dadurch besonders gerecht werden, indem es ein Verkehrssystem entwickelt, das ein Leben ohne Auto ermöglicht und damit attraktiv auf andere Länder ausstrahlt - der PKW kann auf keinen Fall die Verkehrsprobleme der 6,5 Milliarden Menschen auf der Erde lösen.

Das heißt, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, die angelaufene, sich langsam über Jahrzehnte hinziehende, für nachhaltigen Klimaschutz notwendige Verkehrswende weiterzuführen, indem politische Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass sich der viel versprechende Trend der letzten Jahre fortsetzt.

Die bisherigen verkehrspolitischen Entscheidungen fanden in Zeiten statt, in denen für die maßgeblichen Akteure der Klimaschutz noch nicht handlungsleitend war. Nach dem Bericht von Sir Nicolas Stern im Oktober 2006 (‚eine ungebremste Klimaänderung führt zu so hohen Kosten wie die beiden Weltkriege zusammengenommen'), dem neuen Sachstandsbericht des IPCC (AR4) und dem Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Frühjahrsgipfel im März 2007, die Emissionen der Europäischen Union bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken (wenn andere mitmachen[3])[4], muss sich das ändern. Klimaschutz braucht energisches Handeln. Auch im Verkehrsbereich jenseits einer Verminderung der spezifischen Emissionen der einzelnen PKW, was die EU gegenwärtig angeht.

Handlungsnotwendigkeiten

Wo bestehen in Deutschland geographisch in den nächsten Jahrzehnten Handlungsmöglichkeiten? Dazu ist ein Blick auf die sich abzeichnende Regionalentwicklung hilfreich, wo sich mit Schrumpfen, Stagnation oder Wachstum drei Kategorien regionaler Entwicklung abzeichnen. Folgende Schlüsse sind daraus abzuleiten:

In ländlichen Regionen mit Bevölkerungsrückgang wird der ÖV (wie auch der MIV) zurückgehen, vielleicht sogar bis zu völlig anderen Angebotsformen. In großen Orten – besonders in solchen mit Wachstum – wird der ÖV zunehmen können, wenn die Politik die Weichen richtig stellt. Er ist ein relevanter Standortfaktor, der vor allem leistungsfähige junge Menschen anspricht, um deren Zuzug in Zukunft noch mehr geworben wird. So gibt es Beispiele von Universitätsstädten, in den der MIV auf ein Viertel zurückging, nachdem ein Semesterticket eingeführt worden war (H. Monheim auf dem BUVKO). Der Motorisierungsgrad der unter 30 jährigen Männer ist in Deutschland von 1993 bis 2003 um ein Viertel (von 600 auf 450 Pkw/1000 Männer) gesunken. Der Ausbau des ÖV in großen Orten ist als Maßnahme für mehr nachhaltigen und klimaverträglichen Personenverkehr und zur Steigerung der Attraktivität dieser Orte ein Gebot der Stunde (vgl. ‚Die Stadtbahn schiebt den Handel an', http://www.germanwatch.org/kliko/k37sbahn.htm).

Aber auch weitere Investitionen in die Schiene sind notwendig, wie ein Blick auf den Personenverkehr zeigt: Im Jahr 2005 fuhr die schwere Schiene[5] 75 Mrd. Personenkilometer (Pkm) ab. Das macht bei 3,5% Wachstum pro Jahr (so das Wachstum der letzten Jahre; noch vor Peak Oil und engagierter Klimaschutzpolitik im Verkehr) eine Verdopplung auf 150 Mrd. Pkm in 20 Jahren (also 2025). Bei heutiger Nachfrage wäre das ein Marktanteil von 15%, falls der motorisierte Individualverkehr nicht zurückgeht. Selbst bei einem jährlichen Wachstum von nur 2% (das ist sehr bescheiden, wenn man auf die Herausforderungen von Klima und Energiesicherheit eingehen will) käme die Verdopplung in 35 Jahren, also zum Jahr 2040. Selbstredend sind für eine derartige Entwicklung gewaltige Investitionen notwendig - im Verkehr fallen diese im Vergleich zu anderen Sektoren, bezogen auf die eingesparten Emissionen, relativ hoch aus[6]. Das sind viele Arbeitsplätze für den Klimaschutz.

Manfred Treber

Der Autor ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch.

1 D. Zumkeller beim 16. BUVKO in Stuttgart, März 2007

2 vgl. http://www.germanwatch.org/rio/mt06verk.pdf

3 Unabhängig von dem, was andere machen, will die EU ihre Emissionen bis 2020 auf jeden Fall um 20% senken.

4 In Deutschland müssen die Emissionen dann um 40% sinken, wie Umweltminister Gabriel bereits auf dem Klimagipfel letzten November in Nairobi vor der Weltöffentlichkeit gesagt hat.

5 d.h. dort, wo die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) zur Anwendung kommt

6 Als Faustregel für den Nah- und Regionalverkehr ist es nützlich sich zu merken, dass pro täglich neu zu gewinnendem Fahrgast 10 - 30 Tausend € Investitionen zu tätigen sind; man vergleiche dies mit dem Raumwärmebereich, wo man aus dem KfW-Gebäudesanierungsprogramm ableiten kann, dass eine Investition von 10 Tausend € nötig ist, damit jedes Jahr eine Tonne CO_2 weniger ausgestoßen wird. Dabei ist zu bemerken, dass Investitionen nicht identisch mit Kosten sind.

Pro & Contra

Option, Übergangslösung oder Krücke der Kohlewirtschaft

Kann die Erderwärmung durch CO_2-Abscheidung und -Lagerung gebremst werden?

Die Abscheidung und Lagerung von CO_2 (CO_2-Capture and Storage – CSS) wird zunehmend als Option im Rahmen einer Klimaschutzstrategie ins Spiel gebracht. Aber noch sind die Technologie sowie ihre möglichen Vorteile und Nebenwirkungen kaum erforscht. Regine Günther (WWF) plädiert dafür, dass die Technologie dringend als Teil des ‚Lösungsportfolios' weiterentwickelt werden muss, um unter der gefährlichen 2°C Schwelle Temperaturerhöhung zu bleiben; Werner Neumann (BUND) kritisiert die ‚CO_2-Endlager' als Bürde für nachfolgende Generationen und hinterfragt mögliche Risiken der Technologie.

PRO: CCS ins „Lösungsportfolio" einbeziehen

Das große Ziel des weltweiten Klimaschutzes ist die Begrenzung der globalen Erderwärmung unter 2C° gegenüber vorindustriellen Werten. Hierzu müssen die Treibhausgase drastisch begrenzt werden. Gleichzeitig wächst der Energiebedarf dramatisch. Falls die Nutzung fossiler Energieträger zur Deckung dieses Energiebedarfes den heutigen Trend fortsetzt, prognostizieren uns Wissenschaftler - je nach angenommener Klimasensitivität Temperaturerhöhungen bis Ende des Jahrhunderts von bis zu 5,8°C.

Die geforderte globale Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgase um 50% bis 2050 gegenüber 1990 gewährt aber nur eine Chance von 50:50 unter der gefährlichen 2°C Schwelle Temperaturerhöhung zu bleiben und das bei mittlerer Klimasensitivität. Sehr wahrscheinlich müssen global deutlich mehr Emissionen reduziert werden, soll 2°C nicht überschritten werden.

Eine „alternative" Energieversorgung muss natürlich zuerst auf die Steigerung der Energieeffizienz und den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien setzen. Hier besteht Einigkeit unter den Umweltverbänden. Die spannende Frage für die Positionierung hinsichtlich der Notwendigkeit des Einsatzes der Technologie der CO2-Abtrennung und –Ablagerung (CCS - Carbon Dioxide Capture and Storage) ist, ob diese beiden Optionen so schnell und umfassend wie notwendig zur Verfügung stehen, um Reduktionen von 50% zu realisieren. Kommt man zu dem Ergebnis, dass allein durch Energieeffizienz und Erneuerbare Energien diese zu bewerkstelligen sein wird, können wir auf CCS-Technologie verzichten. Einige Studien zeigen auch tatsächlich, dass dies gehen könnte, eben mit einer 50:50 Wahrscheinlichkeit und dem Risiko, dass keine einzige Minderungsoption ausfallen darf. Gehen wir davon aus, dass die Klimasensitivität deutlich höher liegt oder mehr als 50% reduziert werden soll, müssten weitere Minderungsmöglichkeiten eröffnet werden. Auch unter der Annahme, dass Erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz nicht in dem gewünschten und erforderlichen Ausmaß vorankommen, muss CCS als Option der CO_2 Minderung ins „Lösungsportfolio" einbezogen werden. An seiner schnellen Markteinführung führt dann kein Weg mehr vorbei. Soll diese Technologie aber zur Verfügung stehen, müssen wir sie jetzt mit Hochdruck vorantreiben.

Setzen wir voraus, dass CCS notwendig sein wird, hängt der Einsatz jedoch entscheidend davon ab, ob die in diesem Zusammenhang entstehenden Risiken vertretbar sind. Hierzu gehört in erster Linie, dass die sichere Ablagerung von CO_2 im großen Maßstab über lange Zeiträume hinreichend nachgewiesen werden muss. Mit den einzelnen Prozessschritten hat man bisher Erfahrungen, die Funktionsweise des Gesamtsystems ist aber noch weitgehend unerprobt. Es muss in diesen Demonstrationsvorhaben zwingend geklärt werden, dass das gelagerte CO_2 keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt und hier die Biodiversität im Besonderen haben wird. Außer in der maritimen Umgebung, sind nach bisherigem Kenntnisstand keine schwerwiegenden Hinweise auf Risiken oder Gefährdungen bekannt, die CCS schon jetzt diskreditieren würden.

Die Abtrennung des CO_2 und der Abtransport sind grundsätzlich machbar, CCS ist sowohl für die fossilen Brennstoffe geeignet, könnte aber auch im Zusammenspiel mit der Verbrennung von Biomasse dazu beitragen, CO_2 in der Atmosphäre abzubauen.

Um diese noch offenen Fragen zu klären, müssen schnellstmöglich größere Pilot- und Demonstrationsanlagen gestartet werden. Die EU hat dies in ihrem Energiepaket vom März dieses Jahres vorgesehen.

Den Energieversorgern muss bei ihrer heutigen Kraftwerksplanung schon jetzt sehr deutlich gemacht werden, dass sie bei einem positiven Verlauf dieser Pilot- und Demonstrationsvorhaben gesetzlich verpflichtet werden, diese Technologie auch einzusetzen. Spätestens ab 2020 darf kein Kohlekraftwerk mehr ohne solch eine Ausstattung ans Netz gehen. Die bestehenden Kraftwerke müssen verpflichtet werden schnellstmöglich nachzurüsten.

Ein Stemmen gegen die Entwicklung und den Einsatz der CCS-Technologie kann nur begründet werden, wenn nachgewiesen wird, dass ihr Ein-

satz deutlich mehr Risiken birgt als Chancen. Ein solcher Nachweis ist mir aber nicht bekannt.

Regine Günther

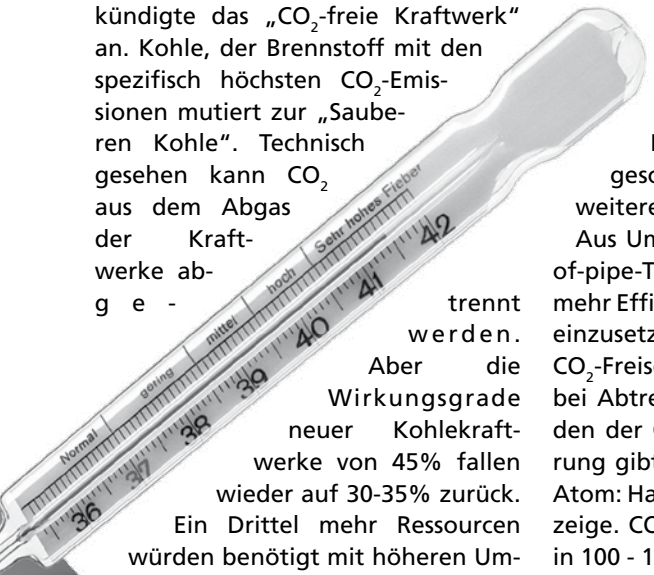
Die Autorin ist Leiterin des Ressorts Klimaschutz und Energiepolitik des WWF (World Wide Fund For Nature) Deutschland und Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung.

CONTRA:

Kohlendioxid-Abtrennung und Speicherung – Brücke oder Krücke ?

CO_2-Emissionen können durch bessere Techniken mit deutlich geringerem Energieverbrauch gesenkt werden. Mit Nutzung der immensen Potentiale der erneuerbaren Energien geht es um die Senkung der CO_2-Emissionen und um den Aufbau regionaler Energienetze, effizienter, wirtschaftlicher und demokratischer – hier und in der ganzen Welt.

Was bietet die Technik der Kohlendioxid-Abtrennung und – speicherung (CCS) in Kohlekraftwerken? Vattenfall kündigte das „CO_2-freie Kraftwerk" an. Kohle, der Brennstoff mit den spezifisch höchsten CO_2-Emissionen mutiert zur „Sauberen Kohle". Technisch gesehen kann CO_2 aus dem Abgas der Kraftwerke abgetrennt werden. Aber die Wirkungsgrade neuer Kohlekraftwerke von 45% fallen wieder auf 30-35% zurück. Ein Drittel mehr Ressourcen würden benötigt mit höheren Umweltschäden (Grundwasser, Landschaftsraum), um hinterher das CO_2 abzutrennen. Die Struktur zentraler Kohlekraftwerke ohne Kraft-Wärme-Kopplung bliebe erhalten.



Wenn überhaupt, dürfte CCS in 20 Jahren verfügbar sein mit aus heutiger Sicht unklaren Bedingungen. Die Kilowattstunde Strom dürfte sich um 2 - 5 Cent verteuern. Kosten und Risiken von Transport und Endlagerung des CO_2 dabei noch gar nicht eingerechnet. Andererseits ist relativ sicher vorherzusagen, dass Energieeffizienz heute schon und alle Techniken erneuerbarer Stromproduktion künftig kostengünstiger sein werden als CCS. Warum also setzt man auf eine Technik, die wahrscheinlich unwirtschaftlich ist?

Kern der Sache ist, die Macht der Kohleenergiewirtschaft abzusichern, in Deutschland, in den USA, Australien, China, weltweit. Die Kohlefirmen in den USA, die Klimafolgen-Skeptiker bezahlten, propagieren nun den Weg ins Kohle-Klima-Paradies. Alle anderen Umwelt- und Gesundheitsschäden der Kohleförderung und – verbrennung sollen vergessen werden. Die CCS-Lobby ist erfolgreich: Volker Hauff vom Nachhaltigkeitsrat beschwert sich über „Bedenkenträger". Ziel von Sigmar Gabriel ist es, dass „ab 2020 der Bau von CCS-Kraftwerken zum Standard wird". Für Prof. Claudia Kemfert vom DIW ist es eine Exporttechnologie, die man fördern sollte. Die EU-Kommission lobt Milliarden Euro für CCS-Forschung aus, auch für „Akzeptanzforschung". Fachinstitute zeigen sich aufgeschlossen, schließlich gilt es, weitere Aufträge zu ergattern.

Aus Umweltsicht ist CCS eine „end-of-pipe-Technologie". Sinnvoller ist es, mehr Effizienz bei der Energienutzung einzusetzen. Über Gefahren durch CO_2-Freisetzung mit Erstickungsfolgen bei Abtrennung, Transport und Schäden der Ökosysteme bei der Einlagerung gibt es kaum Angaben. Wie bei Atom: Haftpflichtversicherung Fehlanzeige. CO_2 kann aus den Lagerstätten in 100 - 1000 Jahren wieder austreten. Ob 10.000 Jahre erreicht werden, ist unklar. Schon gibt es Meldungen über Gesteinsauflösungen durch Kohlensäure in Gaslagern. Durch den schlechteren Wirkungsgrad gelangt dann letztlich mehr CO_2 in die Welt als ohne CCS. „CO_2-Endlager" werden eine Bürde für künftige Generationen sein.

Teuer, ineffizient, gefährlich. Doch vielfach wird behauptet, CCS habe eine „Brückenfunktion" für den Klimaschutz, bis erneuerbare Energien ausreichend entwickelt seien. Tatsächlich wird ein weiterer Ausbau der Kohleverstromung wie alle Großtechnologien, die sich über lange Zeit rechnen müssen, dazu führen, dass Alternativen behindert und verhindert werden.

CCS als Versprechen dient daher zur Legitimation neuer Kohlekraftwerke, die CCS nicht haben werden und über 40 Jahre hinweg den Weg für effiziente Stromnutzung und den Ausbau der erneuerbaren Energien verstellen und zubauen werden. Wer sich für CCS „als Option" ausspricht, falls Energieeffizienz und erneuerbarer Energien nicht ausreichen, behindert genau deren Ausbau. Wer sich für Gleichwertigkeit der Förderung von CCS als „add-on" und erneuerbaren Energien ausspricht, in schon in die Falle getappt. Hier wie weltweit gilt: Auch in den USA und China wäre jeder Dollar oder Yuan für neue Kohlekraftwerke wirtschaftlicher und umweltfreundlicher in Energieeffizienz und erneuerbaren Energien angelegt – heute schon! CCS ist daher keine Brücke ins Solarzeitalter sondern eine Krücke der Kohlewirtschaft, sich vor den machbaren Alternativen zu schützen! Es ist eine „Übergangslösung", die den Übergang zur effizienten Solarwirtschaft verhindert, in dem Gelder aber auch Zeit und Engagement für wirklich nachhaltige Lösungen gebunden werden. Daher ist CCS für den BUND kein Beitrag für eine nachhaltige Energieversorgung

Dr. Werner Neumann

Der Autor ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des BUND, Sprecher Arbeitskreis Energie und mittlere Technologien, Altenstadt (Hessen)

Literatur:
- *BUNDPosition CO_2-Abscheidung in Kohlekraftwerken – Kein Lösungsweg für eine nachhaltige Energieversorgung in Deutschland, BUND, Berlin 2006*
- *Climate Solutions -WWF's Visions for 2050, WWF Global Energy Task Force, 2007 und WWF Position Paper Carbon Capture and Storage From Fossil Fuels*
- *Umweltbundesamt, Technische Abscheidung und Speicherung von CO_2 – nur eine Übergangslösung, UBA Bericht 04/06*
- *Umweltbundesamt, Verfahren zur CO_2-Abscheidung und Speicherung, UBA Bericht 07/06*
- *Deutscher Bundestag, Drucksache 16/5059, Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske et.al und der Franktion Bündnis 90/Die Grünen – CO_2-Abscheidung und Lagerung, 20.4.2007*
- *RECCS – Strukturell-ökologischer Vergleich regenerativer Energietechnologien (RE) mit Carbon Capture und Storage (CCS) – Wuppertal-Institut, DLR, ZSW, PIK, Februar 2007.*

Aktuell

G8 in Heiligendamm

Ein halbvolles Glas Wasser und lauter Gewinner

Am Ende war es fast wie eine der so häufig beschworenen »Win-Win-Situationen«: Alle hatten nach dem Heiligendammer G8-Gipfel irgendwie gewonnen. Die Kanzlerin sowieso, denn wer wegen des »Klima-Durchbruchs«von der Bild-Zeitung zur »Miss World« ernannt wird und auf allen Kanälen die Herrenrunden der Staatschefs dirigiert, braucht den nächsten Bundestagswahlkampf nicht mehr zu fürchten.

Die anderen europäischen Staatschefs auch, hatten sie doch zusammen den Amerikanern, Russen und Japanern mal so richtig gezeigt, dass Europa auch stark und unnachgiebig sein kann. George Bush auch, hatte er sich doch aus der Klima-Defensive gesichtswahrend befreit, ohne allzu viele tatsächliche Zugeständnisse machen zu müssen. Die NGOs auch, denn sie hatten einen erheblichen Anteil daran, eine ehemals »Weltwirtschaftsgipfel« genannte Veranstaltung in einen Gipfel zu transformieren, bei dem es jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung nur noch um Umwelt- und Entwicklungsthemen ging. Die globalisierungskritische Bewegung ebenfalls, waren doch ihre Aktionen und der Alternativgipfel alles in allem deutlich erfolgreicher verlaufen als erwartet und es gelang sogar wider Erwarten, die 16000 Polizisten auszutricksen und die Landwege zum Gipfelgelände stundenlang zu blockieren. Und den Hooligans vom berüchtigten »Schwarzen Block« gelang es, zumindest für 48 Stunden die öffentliche Wahrnehmung zu dominieren.

Afrika

Aber wenn alle gewinnen, stimmt meistens irgendetwas nicht. Zu kurz gekommen sind nämlich die Inhalte, um die es bei dem Gipfel eigentlich gehen sollte. Am lautesten murrte die Afrika-Lobby. Herbert Grönemeyer bezeichnete die G8-Beschlüsse als eine »Unverschämtheit«, anders könne man es nicht bezeichnen, wenn man angesichts von Epidemien und Dürrekatastrophen lediglich erwäge, etwas zu tun.

Beschlossen hatten die G8, 60 Milliarden Dollar für den Kampf gegen Aids, Malaria und Tuberkulose bereitzustellen – Krankheiten, an denen jährlich mehr als 6 Millionen Menschen sterben. Sie erklärten zudem, sie seien »fest entschlossen«, ihr vor zwei Jahren in Gleneagles gegebenes Versprechen zu erfüllen, die jährliche Entwicklungshilfe bis 2010 auf dann 50 Milliarden Dollar zu verdoppeln, wovon die Hälfte Afrika zugute kommen solle. Max Lawson von Oxfam stellte allerdings unmittelbar nach Bekanntwerden der Zahlen fest, diese Zahlen bedeuteten lediglich einen Zuwachs von 3 Milliarden - gegenüber den bereits gegebenen Versprechen einer Verdoppelung der Entwicklungshilfe würde sich die Finanzlücke damit nur von 30 Milliarden auf 27 verringern. ActionAid formulierte es drastischer: »Die G8 liegen 8 Milliarden Dollar hinter ihren Gleneagles-Versprechungen. Diese 60-Milliarden-Nebelkerze kann nicht davon ablenken, dass die G8 bei der Umsetzung ihrer Aids-Versprechen total versagen.«

Investitionen und geistige Eigentumsrechte

Aus entwicklungspolitischer Sicht sollte die G8-Agenda allerdings nicht auf die Frage reduziert werden, wie viel zusätzliches Geld – ob für Entwicklungshilfe allgemein oder für die Bekämpfung von Krankheiten wie Aids und Malaria – auf den Tisch gelegt wird. Mindestens genauso wichtig ist die politische Agenda bei Fragen wie Investitionen oder geistigen Eigentumsrechten. Der einseitige Ausbau der Rechte von Investoren, ohne auf die Pflichten von Investoren überhaupt einzugehen, war jahrelang eines der zentralen Anliegen der Industrieländer in der WTO, von der ersten Ministerkonferenz in Singapur 1996 bis zum endgültigen Scheitern dieses Vorstoßes in Cancún 2003. Investitionen, die nur auf schnelle Profite zielen, sind nicht das, was besonderen Schutz genießen sollte. Investitionen müssen reguliert werden, und dazu benötigen die Staaten die entsprechenden Instrumente. Eine Liberalisierung der Investitionsregelungen ist damit genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen. Auch der Ausbau geistiger Eigentumsrechte (IPRs) und des Patentschutzes ist seit Jahren einer der zentralen Nord-Süd-Streitpunkte in der WTO. 7 Milliarden Dollar fließen nach OECD-Berechnungen jährlich an Lizenzgebühren aus den Entwicklungsländern in den Norden. Diesen Finanztransfer durch verschärfte IPR-Regimes noch zu erhöhen, kann jedenfalls nicht als entwicklungsförderlich bezeichnet werden.

Wenn die G8 in ihrem Gipfeldokument ankündigen, »we need an expanded approach to collaboratively accelerate the widespread adoption of clean-energy and climate-friendly technologies in emerging and developing economies. Therefore, we will stimulate global development, commercialisation, deployment and access to technologies«, dann ist dies zwar schön, steht aber in deutlichem Widerspruch zur IPR-Agenda desselben Dokuments.

In der WTO ist diese Agenda am anhaltenden Widerstand der meisten Entwicklungsländer gescheitert, unterstützt im Übrigen von NGOs in Süd und Nord. Dass diese hochgradig umstrittene Agenda beim G8-Gipfel ohne große Kontroversen durchgewunken werden konnte, erstaunt angesichts der Zusammensetzung der G8 natürlich nicht. Aber dass auch von NGO-Seite dazu praktisch komplett geschwiegen wurde und die entwicklungspolitische Dimension auf die Frage reduziert wurde, wie viel Geld legt ihr für Afrika oder gegen Aids auf den Tisch, sollte auf Seiten der NGOs durchaus auch Anlass für eine selbstkritische Reflexion sein, ob man sich damit wirklich einen Gefallen getan hat.

Immerhin, es gab auch Stellungnahmen der entwicklungspolitischen NGO-Community zu den politischen Beschlüssen des Gipfels. Médecins Sans Frontieres (Ärzte ohne Grenzen) erklärte: »Die G8 widersprechen sich selbst: Einerseits versprechen sie zusätzliche Mittel, andererseits wollen sie das Patentrecht verschärfen, welches ein zentrales Hindernis beim Zugang zu bezahlbaren Medikamenten sind.

Die G8 lassen nicht erkennen, dass sie in Zukunft weniger Druck auf Länder wie Brasilien und Thailand ausüben wollen, die die Flexibilitäten des internationalen Patentrechts ausnutzen, um bezahlbare Nachahmerpräparate herzustellen. Wir sehen die Gefahr, dass so ein Teil des zusätzlichen Geldes nur für höhere Medikamentenpreise ausgegeben wird. Dieser G8-Text fällt noch hinter die Doha-Erklärung der WTO-Ministerkonferenz von 2001 zurück. Der aktuell in der Weltgesundheitsorganisation laufende Prozess zu Innovation, Gesundheit und Geistigem Eigentum wird komplett ignoriert.«

Klima

Auch die Klima-Einigung war nicht der Durchbruch, als den sie die Kanzlerin titulierte. Vor dem Gipfel hatte sie noch erklärt, lieber gar keinen Klimatext zu beschliessen als einen faulen Kompromiss. Aber was ist ein fauler Kompromiss genau? Das ist letztlich nur subjektiv zu beantworten. Im Falle der Heiligendamm-Erklärung haben wir es jedenfalls mit einem zu 50% gefüllten Glas Wasser zu tun, das je nach Standpunkt des Betrachters halbvoll oder halbleer sein kann.

Der Klimateil der Gipfelerklärung enthält einige positive Formulierungen zum weiteren Verhandlungsprozess, allerdings kann man den inhaltlichen Beschlüssen, was eigentlich bei diesen Verhandlungen herauskommen soll, nun wirklich nicht viel neues abgewinnen.

Bush hatte wenige Tage vor dem Gipfel überraschend eine »Klima-Initiative« lanciert, die darauf hinauslief, außerhalb der UNO unter Federführung der USA einen neuen Prozess zu starten. Das wurde in Heiligendamm von den Europäern geschickt abgebogen und diese Gespräche in das UN-Verhandlungssystem eingebunden: »We acknowledge that the UN clima-

NGO-Aktivitäten rund um den G8-Gipfel

Für die deutschen Umwelt- und Entwicklungs-NGOs war dieser G8-Gipfel ebenfalls eine politische Herausforderung. Wie kaum eine andere internationale Großveranstaltung setzte Heiligendamm die NGO-Community unter Druck, ihre eigene Politikfähigkeit zu beweisen. Bei Klimakonferenzen, WTO-Tagungen, Welternährungsgipfeln oder Erneuerbare-Energien-Kongressen engagiert sich meist eine relativ homogene Akteurskonstellation, deren Differenzen weder in Inhalten noch sehr groß sind. Der G8-Gipfel war hier dezidiert etwas anderes. Zwischen Bono und Buko klaffen nun mal Welten, aber auch NGOs agieren nicht im luftleeren Raum und mussten sich dazwischen positionieren. Nur wenige NGOs unterstützten die Demonstration am 2. Juni offiziell, viele beteiligten sich indirekt dennoch, viele waren Mitveranstalter beim Alternativgipfel mit, fast alle machten mehr oder weniger intensive Pressearbeit. Die Übergänge zwischen NGOs und globalisierungskritischer Bewegung wurden sichtbar durchlässiger im Rahmen der G8-Aktivitäten, etwa vermittelt durch die fantasievollen Großpuppenaktionen der von den NGOs initiierten und getragenen Welthandelskampagne »Gerechtigkeit Jetzt«. Nach monatelangen, wenig ergiebigen Koordinationssitzungen in Hannover differenzierte sich das Spektrum etwas auseinander, und letztlich war dies wohl auch die einzig mögliche Arbeitsweise. Die unterschiedlichen Herangehensweise und die Vielfalt an Aktionsformen und Positionen wurde von den meisten Akteuren akzeptiert, statt sich gegenseitig Vorwürfe zu machen und sich mit sich selbst zu beschäftigen.

In der engeren NGO-Community war der G8-Prozess ebenfalls ein Härtetest. G8-Gipfel sind politisch aufgeladenere Veranstaltungen als beispielsweise UN-Klimakonferenzen. Dementsprechend ist die Balance zwischen Druck auf der Strasse und politischem Druck über Presse- und Lobbyarbeit schwieriger. Fast alle Akteure haben zudem ihre wichtigen Themen und Forderungen. Der vom Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung initiierte und letztlich von über 100 NGOs weltweit getragene gemeinsame Forderungskatalog reflektiert diese Breite auch angemessen: wir haben Forderungen zu allen Gipfelthemen formuliert, plus ein Thema das wir als gravierendste Leerstelle der G8-Agenda definierten (Biodiversität).

Aber in der praktischen Arbeit verlangt ein G8-Prozess mehr Prioritätensetzung als sonst üblich, und wer Prioritäten setzt, definiert eben nicht nur zentrale Themen, sondern automatisch auch, welche Themen nicht zentral sind. Eine Botschaft mit 20 Schwerpunkten kommt nicht an, nur eine mit einem oder vielleicht noch zweien. Also muss man 18 oder 19 weglassen. Das fällt NGOs traditionell sehr schwer. Aber bei Veranstaltungen wie dem Dialogforum mit den Sherpas oder dem NGO-Treffen mit der Kanzlerin, bei denen genau festgelegt werden muss was man erreichen will und die zeitlich rigide geplant werden müssen, haben wir das durchaus gut gemeistert.

Eine echte Herausforderung war auch die enge Kooperation mit den internationalen NGOs und NGO-Netzwerken. Es ist zwar eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass bei einem G8-Gipfel NGOs nur etwas bewegen können, wenn sie international an einem Strang ziehen und nicht nur die NGOs des Gastgeberlandes irgendetwas machen. Aber in der praktischen Konsequenz bedeutet das einiges an Zumutungen, nämlich dass von 20 Plätzen bei einem Sherpa-Roundtable oder einem Kanzlerinnen-Termin gerade mal 5 an deutsche NGO-Prominenz gehen und viele sehr wichtige Leute deshalb nicht dabei sein können. Man macht sich zwar nicht beliebt, wenn man dies stringent durchhält, aber es hat geklappt. Auch die bekanntlich nicht immer einfache Kooperation zwischen dem Forum Umwelt & Entwicklung und Venro als Dachverband der Entwicklungs-NGOs hat sich als tragfähig erwiesen. Die deutschen NGOs haben insgesamt gesehen über den G8-Prozess ihre Professionalität verbessern können. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass es uns gelungen ist, gleichzeitig die Professionalität der Lobbyarbeit zu verbessern als auch die Kooperation mit der globalisierungskritischen Bewegung auszubauen. Darauf gilt es nun aufzubauen.

te process is the appropriate forum for negotiating future global action on climate change«, so die Gipfelerklärung. Dass man dies schon wieder als Erfolg feiern muss, obwohl vor erst zwei Jahren beim G8-Gipfel in Gleneagles bereits fast wortgleich vereinbart wurde »We acknowledge that the UNFCCC is the appropriate forum for negotiating future action on climate change«, spricht gleichzeitig auch Bände über den praktischen Wert solcher Deklarationen. Die US-Administration hat der Gleneagles-Text jedenfalls nicht daran gehindert, die UN bei jeder Gelegenheit zu desavouieren.

Wichtiger ist potenziell die Vereinbarung, die Verhandlungen über ein »post-2012 (post-Kyoto) agreement« im Dezember bei der UN-Klimakonferenz in Bali zu beginnen und bis 2009 abzuschließen. Auch die Kyoto-Unterzeichnerstaaten Japan, Canada und Russland hatten dies bisher bei den UN-Klimaverhandlungen nicht unterstützt. Insofern mag die G8-Vereinbarung nun helfen, diese Widerstände im UN-Klimaprozess auszuräumen. Soweit, so gut zum Verhandlungs-Prozess. Was allerdings dann bei den Verhandlungen herauskommt, ist eine andere Frage. Da bleibt weiter alles offen. Weder konnten sich die G8 darauf einigen, den Klimawandel auf 2°C zu begrenzen, noch die globalen Emissionen bis 2050 um die Hälfte zu reduzieren.

Die Gipfelerklärung führt dazu aus: »Taking into account the scientific knowledge as represented in the recent IPCC reports, global greenhouse gas emissions must stop rising, followed by substantial global emission reductions. In setting a global goal for emissions reductions in the process we have agreed today involving all major emitters, we will consider seriously the decisions made by the European Union, Canada and Japan which include at least a halving of global emissions by 2050. We commit to achieving these goals and invite the major emerging economies to join us in this endeavour.« Besonders aufrüttelnd klingt das nicht.

Energieeffizienz

Auch das ausführliche Kapitel über Energieeffizienz ist nicht gerade inspirierend. Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete bereits Monate vor dem Gipfel, es gebe eine Art informelles Stillhalteabkommen: wenn die Deutschen sich bei Erneuerbaren Energien zurückhalten, halten sich die anderen bei Atom zurück. Genau so sieht der Text aus. Daher hofften viele, wenigstens bei Energieeffizienz könnte es etwas Bemerkenswertes geben. Aber das blieb Wunschdenken. In der Erklärung heist es »The global potential for saving energy is huge. According to the International Energy Agency, successfully implemented energy efficiency policies could contribute to 80% of avoided greenhouse gases while substantially increasing security of supply.« Wer nun entsprechende Massnahmen sucht, dieses enorme Potenzial anzuzapfen, findet nur jede Menge Konjunktive. Auch der EU-Vorschlag für ein internationales Energieeffizienzabkommen wird nur »zur Kenntnis genommen«.

Vollkommen zahnlos blieb der Gipfel auch bei der Weltbank. Hatte man noch in Gleneagles kritisch angemerkt, die Energiepolitik der Weltbank müsse mehr für Effizienz und

Ist die 60-Milliarden-Zusage Augenwischerei?

Auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm haben sich die Staatschefs der Welt zum zweiten Mal in drei Jahren mit der Zukunft Afrikas befasst. Am Ende jedoch brachte der Gipfel nicht die nötigen Mittelsteigerungen um die gemachten Versprechungen der Geber von 2005 zu erfüllen. Das Abschlusskommuniqué enthält kaum spezifische und belastbare Zusagen.

Im Abschlusskommuniqué wiederholten die G8 ihre Zusagen von 2005, die Entwicklungshilfe (Overall Development Assistance – ODA) für Afrika bis 2010 um 25 Mrd. US$ pro Jahr zu erhöhen. Allerdings wurde für die Vergabe dieser Mittel kein verbindlicher Zeitplan festgelegt.

Die einzige bedeutende Hilfszusage für Afrika in Heiligendamm war die Verpflichtung der G8-Staaten, eine Gesamtsumme von 60 Mrd. US$ zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria zur Verfügung zu stellen. Obwohl diese Zahl sehr häufig in die Schlagzeilen kam, ist sie weniger bedeutend als es auf den ersten Blick scheint. Die 60-Milliarden-Meldung ist aus drei Gründen irreführend:

1. Obwohl diese Hilfszusage sich im Afrikakommuniqué befindet, handelt es sich um eine globale Verpflichtung, sie gilt nicht nur für Afrika.
2. Der Betrag ist kumuliert und soll über einen nicht genau angegebenen Zeitraum erbracht werden und wird in keinem einzelnen Jahr jemals 60 Mrd. US$ betragen.
3. Der Betrag beinhaltet auch bereits bestehende Ausgaben für die Bekämpfung dieser drei Krankheiten. Es handelt sich nicht ausnahmslos um neues Geld

Die Hälfte der 60 Mrd. US$ wird von den USA kommen, die kürzlich bekannt gegeben haben, dass sie für die Bekämpfung von HIV/AIDS zwischen 2009 und 2013 30 Mrd. US$ ausgeben wollen. Analysen von DATA (Debt AIDS Trade Africa) haben ergeben, dass die 60-Milliarden-Zusage selbst unter besten Umständen höchstens 2,4 Mrd. zusätzlicher Hilfe für Afrika und 3 Mrd. US$ global im Jahr 2010 ergeben wird. Wenn diese zusätzlichen Mittel von 2,4 Mrd. im Jahr 2010 tatsächlich fliessen, wären das knapp 10% der 25 Mrd. Dollar zusätzlicher Hilfe für Afrika, die bis 2010 versprochen wurden. Dies wäre zwar bedeutungsvoll und wünschenswert, aber damit die einzige reale Hilfszusage aus Heiligendamm an Afrika.

Beim Themenkomplex HIV/AIDS bestätigten die G8-Staaten ihre Zusage, den umfassenden Zugang zu Behandlung bis 2010 zu erhöhen und versprachen zusätzlich die Behandlung von 5 Millionen Menschen. Es wird nicht deutlich, ob diese Zusage für die gesamte Welt gilt oder nur für Afrika. Zudem enthält das Kommuniqué keine zeitlichen Zielvorgaben.

http://www.data.org/issues/summitSummary_20070613.html

Erneuerbare tun, blieb man diesmal bei einem freundlichen »we encourage the World Bank and other IFIs to further broaden and improve their financial framework for energy efficiency and clean energy«. Angesichts der Tatsache, dass die Weltbank letztes Jahr ihre Unterstützung für neue erneuerbare Energien zwar um 46% erhöht hat, für fossile Energieträger allerdings gleich um 93%, ist das natürlich nicht problemadäquat.

Fazit

Es war positiv, dass Bundeskanzlerin Merkel den Gipfel so stark zu einem Klimagipfel gemacht hat. Dass Regierungschefs sich derart massiv dafür einsetzen, die festgefahrenen Klimaverhandlungen voranzubringen, ist definitiv zu begrüßen. Aber aus NGO-Sicht kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass klimapolitisch wohl auf G8-Ebene kaum mehr drin sein dürfte, solange Bush noch im Weißen Haus residiert, und die entwicklungspolitisch relevante Agenda größtenteils in die falsche Richtung geht. Bei realistischer Erwartungshaltung war mehr aber auch nicht drin - so gesehen kann man das Glas durchaus als halbvoll bezeichnen.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Vom Ringen um eine andere Welt

Der G8-Alternativgipfel in Rostock

Voller hätte es nicht mehr werden können. Bei der Eröffnung des G8-Alternativgipfels am 5. Juni in der Rostocker Nikolaikirche war kein Stehplatz mehr zu haben. Weit über 1.000 Menschen versuchten dicht gedrängt, irgendwie einen zumindest halbwegs bequemen Stehplatz zu finden. Wem das nicht gelang, der musste sich mit einer Übertragung nach außen zufrieden geben.

Zum Alternativgipfel gerufen hatten rund vierzig zivilgesellschaftliche Organisationen und Bündnisse, darunter Greenpeace, der BUND, attac, die IG Metall, Gerechtigkeit jetzt!, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stifung, INKOTA, VENRO, der Evangelische Entwicklungsdienst und das Forum Umwelt und Entwicklung. In dem Aufruf heißt es: „So kann es nicht weiter gehen. Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen geht anders. Wir wollen eine demokratische Globalisierung von unten. Eine Globalisierung von Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Wir wollen faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Wir wollen eine solidarische Ökonomie. Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Wir wollen einen verantwortungsbewussten und zukunftsfähigen Umgang mit unserer Umwelt. Wir treten ein für Friedfertigkeit und politische Konfliktlösungen."

Die Hoffnung bleibt

Den Aufschlag machte ein Aushängeschild der globalisierungskritischen Bewegung, der Schweizer Soziologieprofessor und UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung, Jean Ziegler. Ziegler ging mit den G8 denn auch gleich hart ins Gericht, deren Afrika-Politik er heftig kritisierte: „Wenn es um Afrika geht", so Ziegler, „ist der erste Punkt stets Investitionssicherheit. Das Wort Hunger kommt nicht vor auf der Agenda der Repräsentanten der reichsten Länder der Welt." Von Willy Brandt, so Ziegler zum Schluss, habe er gelernt, dass am Ende immer auch Hoffnung sein müsse. Die könne ein Zitat von Pablo Neruda machen: „Sie, unsere Feinde, können alle Blumen abschneiden. Aber sie haben keine Herrschaft über den Frühling."

Der zweite Tag des Alternativgipfels war von zahlreichen Podiumsdiskussionen und über 120 Workshops gekennzeichnet, die mehr oder weniger den Bogen über die gesamte Debatte um Umwelt, Entwicklung und Globalisierung spannten. So diskutieren Sunita Narain, Direktorin des indischen Zentrums für Wissenschaft und Umwelt und Elmar Altvater, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac über das Kyoto-Protokoll, woanders ging es um strukturelle Hintergründe von Flucht und Migration, und wieder woanders erklärte Jane Nalunga aus Uganda, Mitarbeiterin von SEATINI, warum Afrika bessere Handelsbedingungen braucht, wie diese aussehen sollten, und warum die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit der EU für Afrika schädlich sind.

Solidarische Weltwirtschaft gefordert

Der dritte Tag begann ebenfalls mit Workshops und endete mit einer Abschlussdiskussion, deren Star fraglos Vandana Shiva aus Indien war. Vor wiederum 800 begeisterten Zuhörer/inn/en rief die Trägerin des Alternativen Nobelpreises die Menschen dazu auf, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen anstatt sie den Konzernen zu überlassen. Sie forderte eine Energie- und eine „Ernährungswende" – weg von konzerngesteuertem Agrobusiness hin zu kleinbäuerlicher, ökologischer Produktionsweise. Das Wirtschaftssystem, so Shiva, müsse total umgebaut werden, hin zu einer solidarischen Weltwirtschaft.

Der Applaus war laut und lang – nicht nur für Vandana Shiva, sondern sicherlich auch für den Alternativgipfel insgesamt. Die Workshops, die zu einem großen Teil in kirchlichen Räumen stattfanden, waren durchweg gut besucht. Mit 2.000 Teilnehmenden war die Veranstaltung ein voller Erfolg – gerade auch viele Rostocker Bürgerinnen und Bürger nahmen den Alternativgipfel als eine Gelegenheit war, sich mit Globalisierungsthemen kritisch auseinanderzusetzen.

Eine andere Welt ist möglich

Und noch etwas unterschied den Alternativgipfel vom G8-Treffen der Staats- und Regierungschefs: es gab keine Abschlusserklärung. Das wäre angesichts der thematischen Breite der Veranstaltungen wie der politischen Breite des Veranstalterkreises vermutlich auch ein abenteuerliches Unterfangen gewesen. Von daher ist die Botschaft des Alternativgipfels nicht ein am Reißbrett entworfenes Szenario einer anderen Welt. Eher könnte sie so formuliert werden: es gibt Alternativen zur neoliberalen Globalisierung, sie umzusetzen ist ein ständiges Ringen, aber eine andere Welt ist möglich.

Michael Frein

Der Autor ist Referent für Handel und Umwelt beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung.

Themen & AGs

Internationales Networking für Biodiversität

Die UN-Konferenz zur Biologischen Vielfalt in Bonn 2008

In Bonn wird vom 19.-30. Mai 2008 die neunte Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die Biologische Vielfalt (CBD) sowie das Treffen der Mitglieder des Protokolls über biologische Sicherheit (MOP4) vom 12.-17. Mai 2008 stattfinden. Für die deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen bietet sich mit den beiden Konferenzen die große Chance, neben der umweltpolitischen auch die entwicklungspolitische Dimension der Erhaltung biologischer Vielfalt besonders zu betonen und in die breite deutsche Öffentlichkeit zu tragen.

Zu diesem „Biodiversitätsgipfel" werden unter deutschem Vorsitz ca. 5000 TeilnehmerInnen aus den 190 Vertragsstaaten der Konvention zu Gast sein. Die Vertragsstaatenkonferenz (COP = Conference of the Parties) bildet das höchste politische Gremium der Konvention und findet alle zwei Jahre statt. Die politischen und organisatorischen Vorbereitungen laufen mittlerweile auf Hochtouren, ebenso die Aktivitäten der NGOs.

„Networking for Biodiversity"

Der DNR und das Forum Umwelt & Entwicklung begannen am 15. April ein Projekt zur Vorbereitung der UN-Konferenzen, das vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesumweltministeriums (BMU) gefördert wird. Es ist in zwei Teile gegliedert:

- die DNR-Informationskampagne, um den Bekanntheitsgrad der Konvention in Deutschland zu erhöhen und deren Ziele und Aufgaben der Öffentlichkeit zu vermitteln,
- das Aktionsprogramm der NGOs, das vom Forum Umwelt & Entwicklung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene koordiniert wird.

Wichtig ist uns insbesondere, die nationale und internationale Beteiligung der NGOs an den Schwerpunktthemen von COP9 und MOP4 effizient zu organisieren, um den Anliegen der Zivilgesellschaft entsprechendes Gehör zu verschaffen. Dazu wollen wir eine breite Beteiligung, Mitwirkung und Unterstützung gerade auch der deutschen Initiativen, Organisationen und Verbände initiieren.

Die zentralen Themen von COP9 und MOP4

Die 4. Konferenz über biologische Sicherheit nach dem Cartagena-Protokoll (MOP4) wird sich schwerpunktmäßig den Haftungsfragen widmen müssen, die beim Ausbringen gentechnisch veränderter Organismen relevant sind (z.B. Umwelthaftung, Eigentumshaftung, Gesundheitshaftung).

Bei der 9. Konferenz der CBD stehen vorrangig folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Schutz der Wälder und Einrichtung mariner Schutzgebiete
- Instrumente zur Finanzierung der Schutzgebietssysteme
- Erhaltung pflanzen- und tiergenetischer Vielfalt in der Landwirtschaft
- Entwicklung eines Regimes zum gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen (z.B. für Arzneimittel)
- Effiziente Umsetzung der Konvention und Erreichen des 2010-Ziels, d.h. den Verlust an Biodiversität weltweit bis 2010 erheblich zu reduzieren bzw. zu stoppen; von diesem Ziel sind erwartungsgemäß allerdings alle Staaten weit entfernt.

Gemeinschaftsprojekt mit zwei Schwerpunkten

Das gemeinsame Projekt unterstützt und verstärkt die Aktivitäten der AG-Biologische Vielfalt im Forum Umwelt & Entwicklung. Hierzu sind thematische Konferenzen zu den zentralen COP9/MOP4-Themen, Veröffentlichungen von Informationsmaterialien sowie NGO-Veranstaltungen zu Beginn von MOP4 und COP9 geplant.

Als Kommunikationsplattform der NGOs wurde die Homepage www.biodiv-network.de eingerichtet. Unter dem Motto „Networking for Biodiversity" werden hier Positionspapiere, Forderung, Hintergrundinformationen und Veranstaltungen der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft für die Öffentlichkeit in den Sprachen Deutsch, Englisch und Spanisch online gestellt.

Im zweiten Teilprojekt soll die Bekanntheit der CBD in Deutschland erhöht werden. Denn gerade die Erhaltung der Biodiversität hat eine Schlüsselrolle für alles Leben und das Wirtschaften des Menschen auf diesem Planeten. Die Bedeutung der UN-Konvention über die Biologische Vielfalt soll durch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit den DNR-Mitgliedsverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen nahe gebracht werden.

Wie können Sie sich beteiligen?

Wenn Sie als Verband, Initiative oder Gruppe in den genannten Themenfeldern arbeiten und selbst Veranstaltungen planen, stellen Sie diese doch unter das Motto "Biologische Vielfalt". Da der Medienfokus bis zur COP9 verstärkt auf die Themenkomplexe Schutz der Artenvielfalt, Biodiversität und genetischer Ressourcen sowie gerechter Vorteilsausgleich gerichtet sein wird, bieten sich gute Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsarbeit. Bitte informieren Sie uns im Gegenzug über Ihre Aktivitäten und Veranstaltungen zu den genannten Themen.

Sie können sich auf unseren Workshops und Fachkonferenzen beteiligen, die auf www.biodiv-network.de angekündigt werden.

Günter Mitlacher/Bettina Lange

Günter Mitlacher ist Ansprechpartner für die NGO-Koordination des Forums Umwelt und Entwicklung, Bettina Lange ist Ansprechpartnerin für die DNR-Informatioskampagne.

Info und Kontakt

Projektbüro CBD COP9/MOP4
c/o DNR/Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel. 0228-92 399 353
www.biodiv-network.de

Ansprechpartner NGO-Koordination Forum UE
Dipl.-Geogr. Günter Mitlacher
Mobil: 0170-839 15 52
mitlacher@forumue.de

Ansprechpartnerin DNR-Informationskampagne
Dipl.-Geogr. Bettina Lange
Bettina.Lange@DNR.de

Internationales NRO Treffen in Berlin zur landwirtschaftlichen Biodiversität

Vorbereitungen zur internationalen Biodiversitätskonferenz

Vom 21. bis 23. Mai 2007 trafen sich 30 VertreterInnen von 25 Organisationen aus 10 Ländern, um ihre Arbeit im Vorfeld der Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die Biologische Vielfalt bzw. zum Cartagena-Protokoll über Biologische Sicherheit (CBD MOP4/ COP9) abzustimmen.

Beide UN-Konferenzen finden im Mai 2008 in Bonn statt. Die vertretenen Organisationen arbeiten zum Thema landwirtschaftliche Biodiversität und wollten ihre Arbeit zur Vorbereitung der NRO Aktivitäten koordinieren. Das Treffen wurde vom Forum Umwelt und Entwicklung und der BUKO Agrar Koordination veranstaltet.

Der Projektleiter für die deutschen NRO-Aktivitäten zur Biodiversitätskonferenz[1], Günter Mitlacher, stellte zu Beginn das Koordinationsprojekt des Forums und die Öffentlichkeitskampagne des DNR vor.

Die TeilnehmerInnen wurden in kurzen Beiträgen über wichtige Themen in der CBD, die die Landwirtschaft betreffen, informiert. Einführend dazu fasste Maria Isabel Manzur (Fundacion Sociedades Sustentabeles, Chile), die Themenfelder in der Konvention zusammen, die einen Bezug zur Landwirtschaft haben.

Themenfelder

Dazu gehört der Agrarökosystemansatz der CBD (Patrick Mulvany , Practical Action, UK). Er bietet eine gute Chance, die Ausrichtung der Landwirtschaft in einem sehr viel holistischeren Ansatz zu diskutieren und viele Kritikpunkte wie die Überbetonung der industriellen und globalisierten Nahrungsproduktion und -Vermarktung, den Verlust an lokaler Kontrolle über die Lebensgrundlagen einer Gesellschaft und den damit verbundenen Verlust von Lebensqualität für alle zu verknüpfen.

Die Ergebnisse der anstehenden FAO Konferenz zu tiergenetischen Ressourcen[2] (Susanne Gura, LPP) müssen besonders in Hinblick auf die Rechte der Tierhalter in die COP einfließen. Besonders der rasant fortschreitende Konzentrationsprozess der Tierzuchtindustrie und die Diskussion im Europäischen Patentamt, Patente auch auf nicht-gentechnisch veränderte Tiere und Pflanzen einzuführen, sind für die Erhaltung der Vielfalt wichtige Aspekte, denn die Industrie übt ihren Einfluss auf öffentliche Mittel und staatliche Regelungen soweit aus, dass kleinbäuerliche Tierhalter kaum noch Marktchancen haben.

Die Terminatorkampagne (Sandra Blessin, BUKO Agrar Koordination) wird weiterhin anstreben, das bestehende Moratorium der CBD aufrecht zu erhalten und zu stärken. Besonders das EU-finanzierte „Transcontainer"-Projekt, das der weiteren Erforschung der Terminatortechnologie und verwandter Technologien dient und deren Akzeptanz erhöhen soll, wird kritisiert.

Im Rahmen des Biosafety Protokoll ist das Thema Haftung und Entschädigung von großer Bedeutung (Christine von Weizsäcker, Ecoropa). Insbesondere gilt es zu verhindern, dass Auskreuzung gentechnisch veränderter Organismen von den Versicherungen als Höhere Gewalt („Act of God") behandelt werden darf und somit die Gentechnikindustrie aus der Haftung entlassen werden könnte. Die aktuelle Koexistenzfrage in Europa ist daher mit den Ergebnissen der Biosafety-Verhandlungen eng verknüpft.

Hartmut Meyer informierte die TeilnehmerInnen über die Bemühungen des Capacity Buildings zur Biologischen Sicherheit in der deutschen EZ.

In Arbeitsgruppen wurden Schwerpunkte in der vorbereitenden Arbeit zur MOP4/COP9 gesetzt und Informationen über bereits laufende Vorbereitungen und weitere Ideen zu Aktionen und Veranstaltungen gesammelt. Eine Gruppe erstellte einen Aufruf an zivilgesellschaftliche Organisationen, die nicht in Berlin dabei sein konnten, ihre Ideen und Aktionen mitzuteilen und sich mit anderen zur Durchführung (über das Forum) zu vernetzen.

Als Schwerpunktthemen wurden ausgewählt:

Quelle: BUKO Agrar

- Haftung und Entschädigung
- Terminator
- Agrar-Kraftstoffe
- Bäuerliche Nachbaurechte und Tierhalter-Rechte sowie ABS[3]

Landwirtschaft der Zukunft

Im Vorfeld von MOP4/COP 9 sollte es eine gezielte Diskussion darüber geben, welche Art Landwirtschaft in der Zukunft gebraucht wird: Eine Landwirtschaft, die gesunde Nahrung, sicheren Lebensunterhalt, lebendige und vielfältige Ökosysteme und lebensfähige ländliche Räume im Norden wie im Süden schaffen kann. Die Begünstigung der industriellen Nahrungsmittelproduktion durch die CBD-Verhandlungen, mit der Privatisierung von Genen, der Natur und die Gentechnik führen uns in Abhängigkeit und in die Kontrolle unserer Ernährung durch multinationale Konzerne. Dieser Weg führt die Biodiversitätspolitik in eine Sackgasse und zu einem weiteren katastrophalen Verlust der Vielfalt. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die lokalen Gemeinschaften in Nord und Süd Kontrolle über ihre biologische Vielfalt, die lokale Ökonomien und Landschaften zugesteht. Dies ist die Grundlage für Biodiversität, Ernährungssouveränität und für mehr Lebensqualität für alle Völker der Erde.

Die TeilnehmerInnen des Treffens befassten sich besonders mit den Agrar-Kraftstoffen, denen in der weltweiten Bekämpfung des Klimawandels derzeit zu pauschal große Bedeutung beigemessen wird, denn deren Netto-Emissionsreduktion ist eher gering. Überdies begünstigen sie durch Entwaldung bzw. Vertreibung von Kleinbauern den Verlust von Biodiversität und Lebensqualität. Der Begriff der „Agrofuels/Agrar-Kraftstoffe" wurde eingeführt, um zu verdeutlichen, dass die Energiepflanzen in Monokultur und Plantagen für die Industrie angebaut werden – im Gegensatz zum bisherigen Anbau dieser Pflanzen durch Kleinbauern, die ohnehin wenig Energie verbrauchen. In den Verhandlungen der CBD soll auf differenzierte Ansätze hingewirkt werden, und darauf, dass den vermeintlich großen Vorteilen der Agrar-Kraftstoffe nicht die Biodiversität geopfert wird.

Zum Abschluss wurde ein gemeinsamer Aufruf an die Zivilgesellschaft verfasst, sich an den Aktivitäten zur landwirtschaftlichen Biodiversität im Vorbereitungsprozess der CBD MOP4/COP9 zu beteiligen. Dieser Aufruf (in 4 Sprachen) und die Powerpoint Präsentationen können auf der Internetseite www.biodiv-network.de heruntergeladen werden.

Susanne Gura und
Ursula Gröhn- Wittern

Ursula Gröhn-Wittern arbeitet bei der BUKO Agrar Koordination zum Thema genetische Vielfalt, www.bukoagrar.de, Susanne Gura ist selbständige Beraterin, derzeit arbeitet sie für die Liga für Hirtenvölker und Nachhaltige Viehwirtschaft(LPP). Sie koordiniert gemeinsam mit Moni Brinkmöller die AG Biodiversität des Forums Umwelt und Entwicklung

1 Meeting of the Parties 4 zum Biosafety Protokoll (12. bis 19. Mai 2008 / Conference of the Parties zur Konvention über biologische Vielfalt (22. bis 30. Mai 2008)
2 Interlaken, Schweiz, 3.-7. September 2007
3 Access and Benefit Sharing bzw. Zugang zu genetischen Ressourcen und der gerechte Vorteilsausgleich aus deren Nutzung

Das globale Steak

Können die Vereinten Nationen die tiergenetischen Ressourcen retten?

In der globalen Landwirtschaft findet Wachstum derzeit – neben dem jüngsten Sektor Energiepflanzen- vor allem in der Tierproduktion und bei Futtermitteln statt, und zwar in erster Linie in Asien und in Lateinamerika, sowie in einigen Transformationsländern. Große Tierzuchtunternehmen haben daher ihre Expansionspläne auf diese Märkte gerichtet.

Diese Unternehmen stammen überwiegend aus Europa und Nordamerika und haben sich in den letzten Jahren strategische Monopolstellungen in der Zucht von industriellen Hochleistungsrassen gesichert (s. Rundbrief März 2007, „Das Tierzuchtmonopoly").

Industrielle Entwicklung auf hohe öffentliche Kosten

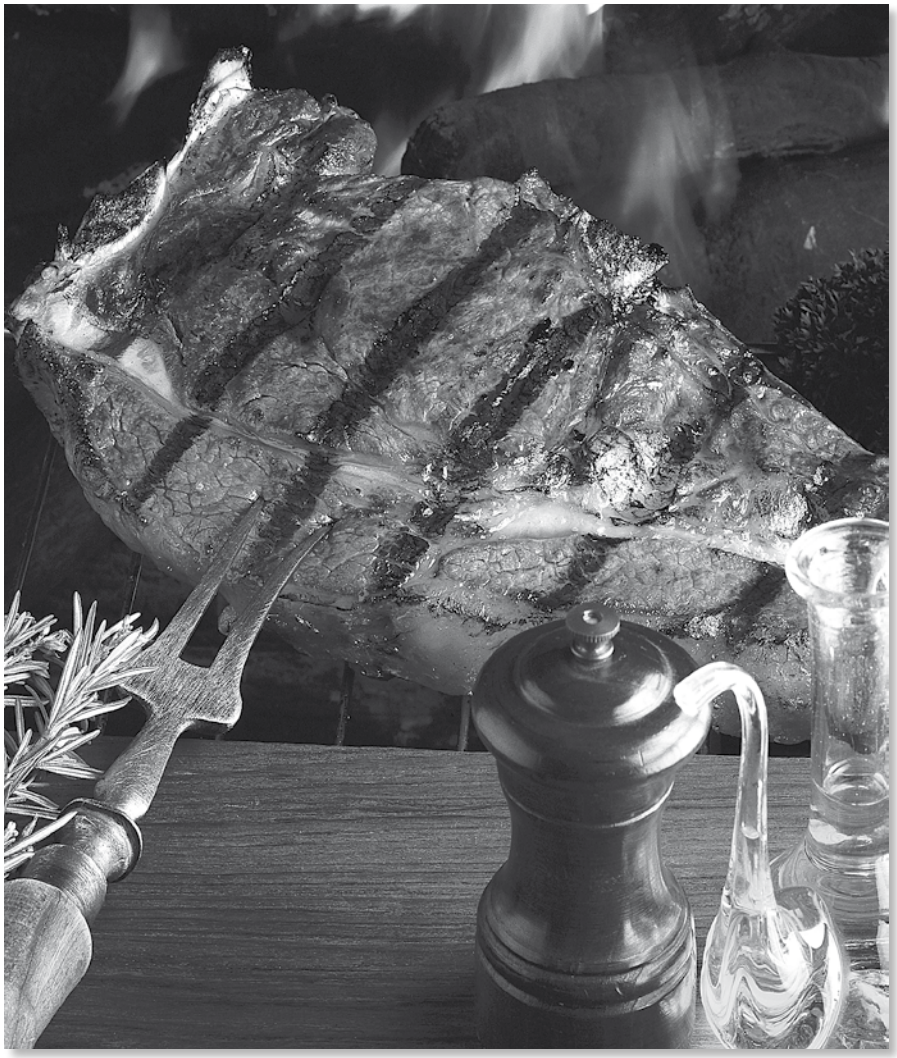
Trotz der damit verbundenen Umwelt-, Tierschutz- und Fehlernährungsprobleme und entsprechenden öffentlichen Kosten sind bereits ein Drittel der Schweinefleisch-, die Hälfte der Eier-, zwei Drittel der Milch-, und Dreiviertel der Hühnerfleischproduktion industrialisiert. Der internationale Handel mit Fleisch wächst rapide, und Brasilien ist seit 2006 Fleischexport-Weltmeister – wegen seiner billigen Arbeitskräfte und Kraftfutterproduktion. In den meisten Entwicklungsländern wird seit vielen Jahrzehnten die Einführung von Tiergenetik (Bruteier, Sperma, Embryonen, Zuchttiere) aus dem Norden subventioniert. Seuchenhygiene-Regelungen bevorzugen überall auf der Welt die industrielle Produktion, siehe Vogelgrippe. Viele Kleinbauern wollen ihre Produktionssysteme weiterentwickeln, haben aber dazu kaum Möglichkeiten. Sie gelten meist als zuwenig produktiv.

Produktivität ist Ansichtssache

Das Verständnis von Produktivität kann sehr unterschiedlich sein. Nutztierwissenschaftler errechnen die Produktivität des einzelnen Tieres. Milchmenge und Fettgehalt zählen, Umweltkosten werden externalisiert. In 40 Jahren Züchtung ist die Anzahl Eier pro Huhn um 30%, pro Tonne Kraftfutter um 80% gestiegen. Die Futterverwertung verbesserte sich um 43%. Kleinbauern rechnen anders: Der Kapitalertrag der kleinbäuerlichen Hühnerzucht in Vietnam wird mit 700% errechnet, auch wenn ein Huhn nur 70 Eier legt und davon die Hälfte von der Familie konsumiert wird. Kraftfutter wird nicht gekauft und auch nicht aus Brasilien herantransportiert. Urwälder werden dafür nicht gerodet. Es gibt vor Ort genug zu picken, die Hühner machen wenig Arbeit, kaum Kosten und vermehren sich von selbst, auch wenn die Hälfte der Küken aus verschiedenen Gründen eingeht. Fleisch und Eier lassen sich gut verkaufen. Mehr Untersuchungen aufgrund umfassender Produktivitätsansätze wären hilfreich.

Genetische Gleichförmigkeit – ein hohes Risiko

Die Gene für die gesamte Produktion einiger der in Industrieländern üblichen Schweine- und Rinderrassen



entsprechen rechnerisch („effectve population size“) einer Population von weit weniger als 100 Tieren. Die genetische Vielfalt innerhalb der Rassen ist alarmiert niedrig, die Folgen sind u.a. niedrige Lebensleistung und geringe Widerstandskraft gegenüber Krankheiten. Bei Geflügel ist die effektive Populationsgröße nicht bekannt, denn die genetischen Reserven der Hühnergenetikfirmen sind Betriebsgeheimnis. Das neue Tierzuchtgesetz in Deutschland hat die Tierzucht privatisiert, dem Staat bleibt die Rolle des „Monitoring“. Wie die genetische Vielfalt überwacht werden kann, wenn wichtige Teile davon Betriebsgeheimnisse sind, ist bislang völlig ungeklärt. Die Industrie selbst zeigt noch kaum Wege aus dem genetischen Engpass, Lösungen werden bei der Gentechnik gesucht. Das Klonen wird die Monokultur weiter verschärfen. Die biotechnologische Tierzucht-Forschung wird extrem hoch gefördert, einschließlich der privaten Patentanträge.

Die Menschheit verliert landwirtschaftliche Ressourcen

Laut FAO verliert die Welt im Durchschnitt jeden Monat eine von nur noch ca. 13.000 Rassen. Lokale Rassen sterben aus und deren Produkte geraten in Vergessenheit; bestenfalls werden sie in meist hochpreisige Nischenmärkte verdrängt, wie das Schwäbisch-Hällische und das Bunten Bentheimer Schwein; entsprechende Beispiele gibt es auch im Süden. Die Erhaltungsinitiativen im Norden (in Deutschland sind seit Jahrzehnten keine Rassen mehr ausgestorben) sind implizit das Modell, nachdem künftig auch die Rassen im Süden vor dem Aussterben bewahrt werden sollen. Hinzukommen einige staatliche und firmeneigene Genbanken – fast alle im Norden gelegen.

Interlaken – die verpasste Chance?

Eine Konferenz der FAO im schweizerischen Interlaken im September 2007 will sich mit dem Verlust der biologischen Vielfalt der Nutztierrassen befassen – zehn Jahre nach der Leipziger Konferenz über pflanzengenetische Ressourcen. Allerdings wird es keinen mit dem Pflanzen-Vertrag vergleichbaren Tier-Vertrag mit multilateralem Zugangs-System geben, denn es gibt keine internationalen Genbanken für Tiergenetik. Die Konvention über die biologische Vielfalt bestimmt die nationale Souveränität über die Genressourcen. Deren noch umstrittene Regelungen für den Zugang und den gerechten Vorteilsausgleich können Türöffner für Patentgesetze sein.

Nach dem TRIPS-Abkommen der WTO können Tiere von Patentregelungen ausgenommen werden. Allerdings schließen die USA, die EU, Australien und Kanada immer mehr bilaterale Handelsabkommen, in denen den Entwicklungsländern Patentgesetze aufgezwungen werden. Die Entwurfsdokumente für die Interlaken-Konferenz nehmen dazu nicht Stellung.

Die industrielle Tierproduktion wurde zwar als Hauptursache des Verlustes identifiziert, steht aber nicht als Thema der Konferenz zur Debatte – in Interlaken wird vor allem über konkrete Erhaltungsmaßnahmen in situ und in Genbanken gesprochen werden. Vorbild sind die privaten Erhaltungs-Initiativen und Züchtervereinigungen in Europa. Die extensive Tierproduktion und kleinbäuerliche Gemeinschaften im Süden werden in den Entwurfsdokumenten gewürdigt, aber dies ist von wenig konkreten Aktionsvorschlägen begleitet. Nachhaltige Nutzung ist ebenfalls ein Thema, die vorgeschlagenen Aktionen bleiben jedoch relativ unkonkret. Angesichts einer globalisierten Industrie wäre es für die internationale Staatengemeinschaft zwingend notwendig, sich auf internationaler Ebene mit der Industrie auseinanderzusetzen – hier versagt Interlaken.

Susanne Gura

Die Autorin arbeitet für die Liga für Hirtenvölker und Nachhaltige Viehwirtschaft und ist eine der Koordinatorinnen der AG Biologische Vielfalt im Forum Umwelt und Entwicklung.

Susanne Gura (2007): Livestock Genetics Companies. Concentration and proprietary strategies of an emerging power in the global food economy. League for Pastoral Peoples and Endogenous Livestock Development, Ober-Ramstadt, Germany - zum Downloaden unter: www.pastoralpeoples.org

Neues aus der AG Habitat

Leipziger Allerlei

Treffen der EU-Regionalminister

Am 24./25. Mai trafen sich in Leipzig die EU-Städtebau- und Regionalminister, um über eine besser abgestimmte europäische Raumordungs- und Stadtentwicklungspolitik zu beraten. Die AG Habitat in Forum und Entwicklung hatte bereits im Vorfeld die dafür vorbereiteten Dokumente als unzureichend kritisiert. Im Ergebnis hat das Ministertreffen kaum mehr als Allerweltsfloskeln zur Stadtentwicklung zusammengestellt.

Positiv ist immerhin, dass in einer „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt" Maßnahmen zur Vermeidung benachteiligter Stadtquartiere zusammengestellt werden und dass die große Bedeutung der Städte für die europäische Integration hervorgehoben wird. Eine schlüssige Nachhaltigkeitsstrategie für alle Städte bleibt die Charta aber schuldig. Der Zielkonflikt mit den Forderungen der Lissabon-Strategie nach Wirtschaftswachstum und Wettbewerbslogik wird eher übertüncht denn thematisiert.

Um auf die wachsenden ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu reagieren, wäre nach Ansicht der AG Habitat eine territoriale Strategie erforderlich, die sich nicht an der Integration in Wettbewerbstrukturen des Weltmarktes orientiert. Die AG Habitat meint, dass eine konsequente solidarische und nachhaltige Regionalentwicklung im Konflikt mit den Wettbewerbszielen der Lissabonstrategie und den entsprechenden Passagen in den EU-Verfassungsentwürfen steht. Deswegen muss sich europäische Regionalentwicklung auch rhetorisch von den Schlagworten der Lissabon-Strategie verabschieden. Im Mittelpunkt der EU-Regional- und Stadtentwicklungspolitik muss die nachhaltige Gewährleistung der lokalen sozialen Bedarfsdeckung unter drastischer Verringerung des Umweltverbrauchs bei Stärkung der demokratischen lokalen Selbstverwaltung stehen.

Dies wurde auch auf einer gut besuchten Veranstaltung am 21. Mai im Leipziger Volks-Haus so gesehen. Eine Demonstration mit 450 Teilnehmern forderte wenige Tage später vom Ministertreffen eine „Stadt für alle. Gegen Privatisierung, Ausgrenzung und Überwachung".

Die AG Habitat will das Thema weiter verfolgen.
Briefe der AG Habitat an Minister Tiefensee:
http://www.forum-ue.de/
Weitere Diskussionsbeiträge:
http://www.habitants.de/de/schwerpunkte/europa/

G8: Freiwillige Selbstkontrolle der Fonds gescheitert

Unter dem Stichwort „Investitionssicherheit" wollte Finanzminister Steinbrück bei den G8 erste Schritte zur Risiko-Minderung bei den hoch spekulativen Hedge-Fonds einleiten. Aber nicht einmal vagen Andeutungen für freiwillige Transparenzstandards der gigantischen Spekulationsbranche wollten die USA und Großbritannien zustimmen.

Hedge Fonds sind ein besonders spekulativer Teil der neuen, entkoppelten Finanzmarkt-Geschäfte, zu denen auch die Private-Equity-Fonds gehören. Diese haben in den letzten Jahren Hunderttausende von Wohnungen in Deutschland gekauft. Eine sehr hohe Kreditfinanzierung ist eines der wenigen Dinge, die man über die Fonds sicher weiß. Irgendwo und irgendwann muss der Berg von Schulden beglichen werden. Gerade weil sie super spekulativ sind, suchen die Fonds ein Stück verhältnismäßig sichere Rendite, z.B. im Wohnungssektor.

„Die G8 haben dem spekulativen Ausverkauf der Städte freie Bahn gelassen. Unter diesen Bedingungen sind schöne Worte über mehr Sozialstandards in der Globalisierung hohles Gerede", sagt Sebastian Müller von der AG Habitat.
Weitere Beiträge zur Fondisierung des Immobiliensektors:
www.habitants.de/de/schwerpunkte/fondisierung

Weltweit gegen Spekulation und Zwangsräumung

Mehrere internationale Netzwerke haben dazu aufgerufen, im Oktober eine weltweite Kampagne für das Recht auf Wohnen und gegen Zwangsräumungen sowie die Immobilienspekulation zu starten.

Bei einem Treffen städtischer Sozialbewegungen am Rande der G8-Proteste in Rostock einigten sich Organisationen aus verschiedenen Ländern, in der ersten Oktoberwoche parallele, öffentlichkeitswirksame Aktionen in mehreren europäischen und lateinamerikanischen Städten durchzuführen. Dabei sollen die Themen „Wohnungsnot und Ausgrenzung", „internationale Immobilienspekulation" und „Wiederaneignung ungenutzter Räume" verbunden werden. Denkbar sind auch „symbolische und wirkliche" Haus- und Landbesetzungen.

Der Grundstein für den Aufruf wurde bereits beim letzten Weltsozialforum im Januar gelegt. In Asien haben inzwischen mehrere internationale Netzwerke beschlossen, den UN-Welthabitattag am 1. Oktober mit Straßenaktionen zu begehen. Demonstrationen sind u.a. in fünf indischen Städten geplant. Ende Mai erweiterte der internationale Rat des Weltsozialforums bei seinem Treffen in Berlin den Aufruf. Die Kampagne soll von Oktober bis zum üblichen Termin des Weltsozialforums am 26. Januar fortgeführt werden.

Weitere Infos:
www.habitants.de
www.hic-net.org

US-Mieter fordern: Deutsche Bank soll Zwangsräumungen unterbinden

Der US-amerikanische Mieterbund NAHT hat am 4. Juni vor der Niederlassung der Deutschen Bank in Washington gegen die globale Immobilienspekulation und gegen Zwangsräumungen demonstriert. Die US-Mieter stellten ihren Protest in Zusammenhang mit den Aufkäufen deutscher Wohnungen durch US-Fonds und die Proteste beim G8 Gipfel in Rostock. Vor der Deutschen Bank-Niederlassung in Washington forderten 70 Mieterdelegierte aus verschiedenen Städten der USA die Deutsche Bank auf, ihren Einfluss als Anteilseigner beim Wohnungs-REIT AIMCO geltend zu machen und das Unternehmen zu veranlassen, sich an die Regeln sozialer Unternehmensverantwortung zu halten. AIMCO ist mit ca. 240.000 Mietwohnungen der größte Mietwohnungs-REIT der

USA. In den letzten Jahren hat das Unternehmen Hunderte von Mietern in Kalifornien und Massachusetts aus ihren Wohnungen geräumt, um die Miet- durch teure Eigentumswohnungen zu ersetzen. Die Deutsche Bank hält über 6 % der Anteile an AIMCO und ist damit deren drittgrößter Anteilseigner. Die Bank hat sich durch Unterzeichnung den UN Global Compact zum Respekt und Schutz der internationalen Menschenrechte verpflichtet.

Knut Unger

Der Autor ist Sprecher der AG Habitat und arbeitet beim Mieterforum Ruhr sowie der Habitat International Coalition.

Frauen als Airbags des Sozialabbaus

Klima der Gerechtigkeit aus feministischer Perspektive

Rund 2000 Menschen hatten sich vom 4. bis 6. Mai in der Technischen Universität von Berlin zum McPlanet.com 2007 eingefunden – soviele wie noch nie. Eine glänzende Stimmung herrschte auf dem Kongress unter dem Motto „Klima der Gerechtigkeit" und rappelvoll waren die meisten Veranstaltungen.

Illustre Namen aus der Umweltszene, GlobalisierungskritikerInnen, Aktivisten und Aktivistinnen und Interessierte aus vielen verschiedenen Ländern..., dazu eine bunte Mischung an Veranstaltungsformen. Die AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung gestaltete einen philosophischen Salon mit dem Titel „Diskurse zum öffentlichen Klima in feministischer Perspektive". Den beteiligten Frauen auf dem Podium – Uta von Winterfeld, Christa Wichterich, Gotelind Alber und Gertrud Dorsch – diente diese Perspektive als kritisch-analytische Herangehensweise an die Debatten, die sich um Klima(wandel) und Energieversorgung ranken, die öffentliche Daseinsvorsorge und die Privatisierung von Verantwortung aber oftmals vergessen. Kommentiert wurden die Inputs von Justus Rollin (Greenpeace) und Laura Ehling (BUNDjugend). Und diskutiert von einem regen Publikum, das den Saal fast vollständig füllte.

Klimapolitik ändert keine Herrschaftsverhältnisse

Gotelind Alber, Diplom-Physikerin und selbständige Politikberaterin im Bereich Klimaschutz, beschrieb in ihrem Input, dass es nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem zwischen Nord und Süd gibt. Auch im Norden gibt es Energiearmut wie im Süden einzelne große KonsumentInnen existieren. Frauen verdienen sowohl im Süden als auch im Norden weniger Geld. Allein ökonomische Instrumente anzuwenden und mit handelbaren aber verschenkten „Verschmutzungsrechten" (deren Verteilungslogik übrigens „grandfathering" genannt wird) die „Atmosphäre zu privatisieren" führe dazu, dass „wo Macht ist, noch mehr Macht hinkommt". In diesem Sinne könne man mit Klimapolitik die Herrschaftsverhältnisse nicht ändern. Eher verteuern sich die Energiepreise – ohne zusätzliche Maßnahmen auf Kosten von Geringverdienenden, im

Norden besonders alleinerziehender und älterer Frauen. Fragen nach der Energieversorgung und einer funktionierenden Infrastruktur und sozialen Maßnahmen würden gar nicht mehr gestellt.

Blick auf den Haushalt

Gertrud Dorsch, ehemalige Professorin für Arbeitswissenschaft mit den Schwerpunkten Privathaushalt und Personalwesen, bestätigte das mit Blick auf den Haushalt, der für die Versorgung mit allem Lebensnotwendigen und auch mit Energie zuständig ist und auf den sich jetzt immer mehr Verantwortung überträgt. Mit der Privatisierung von Energie wurde aus Energieversorgung ein Wettbewerb zwischen Konzernen. Der Haushalt werde dabei nur noch als „Black Box" gesehen, wo nur noch zählt, wie viel Energie konsumiert und anschließend bezahlt wird. Was früher beispielsweise in Nordrhein-Westfalen üblich war, nämlich Beratung zur Energienutzung anzubieten, wurde abgeschafft: 51 hauswirtschaftliche Energieberatungszentren wurden geschlossen. Mit Hannah Arendt (Sprechen und Handeln gehören zusammen) und Jürgen Habermas (kommunikatives Handeln) kritisierte Dorsch das vorherrschende Ökonomieverständnis als herrschaftlich und jeglichem haushaltswirtschaftlichem Denken abträglich.

TATA statt TINA

Kommentiert wurden diese beiden Statements vom 20-jährigen Justus Rollin, der sehr engagiert für mehr Bewusstheit in und mit der Sprache plädierte und in jedem Falle radikalere Lösungen gesellschaftlichen Zusammenlebens wünschte, das eben nicht nur von Männern in Machtpositionen bestimmt wird. Das vom Mainstream behauptete „there is no alternative" (TINA-)Prinzip könne so jedenfalls nicht hingenommen werden, weder von Männern noch von Frauen.

Der philosophische Salon war sich an dieser Stelle einig, dass die Antwort auf das TINA-Prinzip „TATA" sein müsse „there are thousand alternatives" – auch im Klimaschutz.

Organisierter Rückzug des Staates

Die Soziologin und Publizistin Christa Wichterich beschrieb in ihrem Beitrag die Verschiebung des „öffentlichen Klimas von sozialer Gerechtigkeit als Norm" hin zum neoliberalen Wirtschaftsmodell. Zwar habe der Sozialstaat durchaus diskriminierende Elemente (gehabt), aber zumindest gab es hinsichtlich der öffentlichen Güter (und somit auch des Klimas) eine Solidarität und das bürgerliche Recht, „das Recht auf etwas zu haben". Aus dem Sozialstaat sei inzwischen ein Sozialabbaustaat geworden, der die Verantwortung zur Versorgung immer mehr privatisiere. „Frauen machen unbezahlt die Airbags des Sozialabbaus", kritisierte Wichterich den „organisierten Rückzug des Staates". Die Bürgerinnen und Bürger hätten kein Recht auf Versorgung mehr, sondern nur noch das Recht auf Kaufkraft. Dies schaffe neue soziale Ungerechtigkeiten, worunter immer noch besonders Frauen litten. „Im neoliberalen Regime werden wir widersprüchlichen Anforderungen ausgesetzt", einerseits sollten alle Haushalte Energie sparen, auf der anderen Seite würden aufgrund der Marktlogik überall Überkapazitäten geplant. Christa Wichterich nannte als Beispiel, dass 40 neue Müllverbrennungsanlagen gebaut werden sollen, obwohl bereits mit den laufenden Anlagen Überkapazitäten vorhanden sind. Anders als in anderen Ländern müsse in Deutschland für die Baugenehmigung nicht der lokale Bedarf nachgewiesen, sondern nur die technischen Auflagen erfüllt werden. Der Import von Müll z.B. aus Australien zur Auslastung der Anlagen wird damit zur Normalität.

Soziales und Ökologie als kostbares Gut

Die Frage nach dem Sozialen beleuchtete Uta von Winterfeld, Politikwissenschaftlerin am Wuppertal Institut. Was ist das Soziale und was kann und soll es für uns sein - diese Frage galt es zu diskutieren. In jedem Falle werde das Soziale ähnlich schlecht behandelt wie das Ökologische - und für beide gebe es eine begrenzte Tragfähigkeit. Da aber das Soziale und das Ökologische die Gesellschaft zusammenhalte, seien beide als kostbares Gut zu behandeln. Darüber hinaus stelle sich die Frage nach Gerechtigkeit und der gerechten Verteilung. Niemand kenne den genauen Wert dieser Güter, was als eine Art „Schleier der Unwissenheit" bezeichnet werden könne. Diese Unwissenheit werde aber durchaus zu Ungunsten von Ökologie und Sozialem ausgenutzt. Wenn aber überhaupt Ungleichheit zulässig sei, dann nur, wenn sie den sozial Schwachen nutzt, so von Winterfeld abschließend.

Laura Ehling kommentierte, dass es in jedem Fall einen Ausgleich für die Ungleichheit geben müsse. Es dürfe nicht ein „Recht auf Verschmutzung" geben, sondern es müsse ein „Recht auf ein gutes Leben" geben. Ein ökologisch orientiertes Leben müsse leistbar sein, dennoch hätten alle eine Verantwortung auch für zukünftige Generationen - deshalb plädierte sie für eine vermehrte Einbeziehung der Jugendlichen.

Die anschließende Diskussion beleuchtete Streitthemen wie zu vermeidende geschlechtsspezifische Zuschreibungen, das Vergessen längst erreichter Standpunkte der Frauenbewegung, die schon einmal viel weiter war oder auch die Frage, ob Frauen mit hohem Status nicht ein ähnliche klimaschädliches Verhalten an den Tag legten wie Männer. Deutlich wurde, dass der philosophische Salon nur ein Anfang für eine vertiefte Debatte über feministische Perspektiven sein konnte, der Bedarf bei den Anwesenden nach „mehr" aber groß. Einig waren sich die TeilnehmerInnen jedenfalls in ihrer Kritik an einem Kongress mit dem Motto „Klima der Gerechtigkeit", der das Thema Geschlechtergerechtigkeit nicht durchweg und bereits in der Konzeption thematisiert. Gerechtigkeit und Klimaschutz müssten beide die Geschlechterfrage mit einbeziehen.

Juliane Grüning

Die Autorin ist eine der Koordinatorinnen der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung.

Öffentliche Güter

Kontroverse Debatte vor feministischem Hintergrund

„Veränderung von Staatlichkeit und öffentliche Güter. Voraussetzungen für Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung der Lebensgrundlagen (livelihood)" – Neues Arbeitspapier der AG Frauen wird in Kürze erscheinen

Die AG Frauen beschäftigt sich seit dem letzten Jahr mit dem Konzept (Globale) Öffentliche Güter: Im Zuge des zunehmenden Privatisierungsdrucks ist immer weniger gewährleistet, dass allen Menschen – unabhängig von sozioökonomischer Leistungsfähigkeit, Alter, Geschlecht, Herkunft und Hautfarbe – der Zugang und selbstbestimmte Umgang mit sogenannten (globalen) öffentlichen Gütern möglich ist.

Dabei ist das Konzept der (Globalen) Öffentlichen Güter keineswegs unumstritten: Während die Einen es als Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit sehen, befürchten Andere, dass das Konzept der Globalen Öffentliche Güter einen Beitrag zur Verrechtlichung neoliberaler Globalisierungspolitik liefere, indem die allein monetäre In-Wert-Setzung fortgeführt wird und politische Ziele wie Frieden, Biodiversität, Gerechtigkeit etc. zu Gütern im ökonomischen Sinne degradiert werden. Diese kontroverse Diskussion wurde von der AG Frauen aufgegriffen und vor dem Hintergrund feminisitscher Debatten konkretisiert und weitergeführt. Dabei wurde bald klar, dass eine solche Diskussion nur konstruktiv geführt werden kann, wenn damit das Ziel verfolgt wird, mit dem Konzept ein Gegenkonzept zu Markt und Privatem zu entwickelt bzw. eine Neubewertung der Aufgabenverteilung und Verantwortlichkeit zwischen Markt und Staat zu erreichen.

Ausgehend von ersten Ergebnissen und der Formulierung eines gemeinsamen Thesenpapiers, veranstaltete die AG Frauen am 1. November 2006 ein Fachgespräch mit dem Titel: „Veränderung von Staatlichkeit und öffentliche Güter. Voraussetzungen für Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung der Lebensgrundlagen (livelihood)".

Das Thesenpapier und die Beiträge dieser Veranstaltung sind – in überarbeiteter Form – dokumentiert und können ab Juli 2007 unter www.forumue.de als pdf-Dokument abgerufen werden:

- Daniela Gottschlich und Dagmar Vinz führen in das Konzept öffentliche Güter ein und zeigen auf, inwiefern das Thema relevant ist für Nachhaltigkeit und Geschlechterpolitik.
- Birgit Sauer fragt in ihrem Beitrag danach, wie im Zeitalter neoliberaler Globalisierungspolitik das Verhältnis zwischen (feministischer) „Staatskritik" und „Erhalt von (Sozial)Staat" aussieht. Und wie der Sozialstaat verändert werden muss, um in Zeiten der Individualisierung der Daseinsvorsorge diese Benachteiligungen nicht zu vertiefen, sondern (geschlechtsunspezifisch) einzuebnen.
- Uta von Winterfeld und Bettina Bahn-Walkowiak nähern sich dem Thema öffentliche Güter zunächst ideengeschichtlich und fragen anschließend nach den Eigentumsrechten am öffentlichen Gut Umwelt und der Bedeutung des Sozialstaates.
- Christa Wichterich reflektiert das Konzept Citzenship aus einer feministischen Perspektive und bettet die Debatte um öffentliche Güter dabei in einen globalen Kontext ein.
- Elisabeth Stiefel unterzieht öffentliche Güter einem Gender-Radar und leuchtet dabei insbesondere die Ansätze der feministischen Ökonomie aus.
- Meike Spitzner fokussiert in ihrem Beitrag das öffentliche Gut Infrastruktursysteme und hält offene Fragen u.a. zu Institutionen, Planungsverfahren, Raum, Zeit, Recht und Qualitäten fest.

Die AG Frauen hat mit dem Fachgespräch und seiner Aufarbeitung die Diskussion um (globale) öffentliche Güter aus einer feministischen Perspektive begonnen, jedoch keineswegs abgeschlossen. In den kommenden Monaten wird es darum gehen, die identifizierten Themenstränge zu vertiefen sowie Kritik und Visionen entlang von Beispielen zu konkretisieren. Themenstränge sollen dabei u. a. Androzentrismus und Gerechtigkeit sowie Biodiversität, Wald und Kommodifizierung sein.

Tanja Mölders/Daniela Gottschlich

Tanja Mölders koordiniert gemeinsam mit Juliane Grüning die AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung, Daniela Gottschlich ist Mitglied der AG Frauen.

Veranstaltungen / Termine

Der Grosse Ausverkauf

Dokumentarfilm
Ab 17. Mai 2007

Ein britischer Lokführer, eine philippinische Mutter, ein südafrikanischer Aktivist und die Bürger einer bolivianischen Stadt: Sie kämpfen bereits gegen das, was uns alle erwartet: den GROSSEN AUSVERKAUF. Mit dem Film DER GROSSE AUSVERKAUF möchte der Regisseur Florian Opitz zeigen, was hinter dem abstrakt klingenden Phänomen der Privatisierung öffentlicher Dienste steckt. Dabei geht es um die Sektoren des Wassers in Bolivien, der Elektrizität in Südafrika, des Gesundheitssystems auf den Philippinen und der Bahn in England. Was es für die Menschen bedeutet, die davon direkt betroffen sind. Was eine Gesellschaft verliert, die Konzernen die Verantwortung für ihre Grundversorgung überträgt. Die Protagonisten in DER GROSSE AUSVERKAUF haben zu spüren bekommen, was es heißt, wenn ihre Wasser- und Stromversorgung, Busse und Bahnen und sogar das Gesundheitswesen komplett privatisiert werden. Sie haben mit etwas zu kämpfen, das früher oder später alle betreffen könnte. Aber der Film zeigt auch, dass die Protagonisten keine passiven Opfer sind, sondern würdevolle und aktive Individuen, die in der Lage sind, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und die privatisierte Realität, in der sie leben, zu verändern. Und wenn es nötig ist - Widerstand zu leisten. Der Film möchte die Öffentlichkeit aufrütteln und auf eine schleichende und gefährliche Entwicklung aufmerksam machen, die letztendlich alle betrifft.

Informationen:
Majestic Filmverleih GmbH
Nicole Paschke
Bleibtreustr. 15
10623 Berlin
Tel.: 030-88714480
E-Mail: nicole.paschke@majestic.de
www.dergrosseausverkauf.de

Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Bundeskongress
02. Juli 2007
Berlin

Städte ändern sich heute sehr schnell – vielleicht so schnell wie nie zuvor. Chancen und Gefahren liegen oft dicht nebeneinander. Mal ist von der Renaissance der Städte die Rede, mal von segregierten Vorstädten. Einige Stadtteile wachsen, andere schrumpfen. Nur an Herausforderungen gibt es keinen Mangel: Klimawandel, Integration von Zuwanderern, Bewältigung des Stadtverkehrs, wohnungsnahe Versorgung etc. Auch wenn Visionen und Strategien für die städtische Entwicklung immer risikoreicher werden: Fest steht, dass die Städte und Gemeinden Engagement und Verantwortlichkeit brauchen. Von Bürgern und Unternehmen. Von Politik und Verwaltung. Und von allen zusammen. Die europäische Stadt als eine Verständigung darüber, wie die Menschen in Zukunft leben wollen, bleibt ein Gemeinschaftsprojekt. Das gilt auch für die Bundesebene. Wo steht die bundesdeutsche Diskussion über den Umgang mit Zuwanderern in der Stadt? Wie sieht der Beitrag der Städte gegen den Klimawandel aus? Was soll in Zukunft der Staat machen, was die Wirtschaft und was die Zivilgesellschaft? Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung möchte – zusammen mit den Ländern, Städten und Gemeinden, mit allen Interessierten – eine eigene Position zur Stadtentwicklung in Deutschland entwickeln. Eine Politik, die vor Ort eine nachhaltige Entwicklung unterstützt und eine Politik, die Deutschland in der internationalen Diskussion über die europäische Stadt positioniert. Herr Minister Tiefensee wird diesen Politikansatz – zusammen mit vielen anderen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft – in einem nationalen Kongress vorstellen. Konkret geht es um eine Neupositionierung im Bereich der Städtebauförderung, um Projekte mit dem Ziel Planen und Bauen zu einem öffentlichen Thema zu machen. Die Konferenz soll Plattform sein für neue Ideen und Impulse im Umgang mit Stadt und Stadtregion. Sie ist der Beginn vieler Projekte und Maßnahmen, die alle ein Ziel haben: den Willen zur Stadt.

Informationen:
IMORDE
Projekt- und
Kulturberatung GmbH
Schorlemerstr. 4
48143 Münster
Tel.: 0251-520930
Fax: 0251-5209333
E-Mail: info@imorde.de

II. Internationale Wasserkonferenz

12. – 14. September 2007
Berlin

Diese II. Internationale Wasserkonferenz findet im Rahmen der Asien Pazifik Wochen 2007 in Berlin zum Thema: „Wasserprobleme in urbanen Gebieten und Lösungsansätze unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit". Veranstalter der Konferenz sind der Berliner Senat und die BGZ Berliner Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit mbH. An der inhaltlichen Programmgestaltung sind neben der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen u.a. die TU Berlin, das Kompetenzzentrum Wasser Berlin (KWB) und WaterPN sowie das Asien-Pazifik-Forum e.V. beteiligt. Die Veranstalter legen großen Wert auf die Einbindung von NGOs, auf nationaler wie internationaler Ebene, die im Wasserbereich aktiv sind. Da die Konferenz im Rahmen der Asien Pazifik Wochen steht, wird der Großteil der internationalen Gäste diesmal aus dem asiatischen Raum erwartet.

Informationen:
BGZ Berlin International
Cooperation Agency GmbH
Christina Pätzold
Pohlstr. 67
10785 Berlin
Tel.: 030-80994122
Fax: 030-80994120
E-Mail: info@iwc-berlin.de
www.iwc-berlin.de

Netzwerk21-Kongress

Bundesweiter
Fortbildungs- und
Netzwerkkongress für lokale
Nachhaltigkeitsinitiativen 2007
17. – 18. September 2007
Berlin

Ein Jahrzehnt nach dem Start vieler lokaler Agenda-Prozesse stehen die lokalen Initiativen und Akteure vor schwierigen Fragen: Können mit den bisherigen Strategien und Handlungsmustern die kommunalen Probleme gelöst oder zumindest gelindert werden? Wie nehmen Außenstehende die Nachhaltigkeitsinitiativen wahr? Mit den Zielen den Stellenwert und die Wirksamkeit lokaler Nachhaltigkeitsprozesse zu verbessern, neue Formen der Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen und Initiativen vorzustellen und Strategien zur Verbesserung der Wahrnehmung des Themas und der Initiativen zu erarbeiten, findet am 17. und 18. September dieser bundesweite Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen statt. Die lokalen Initiativen werden aufgerufen, ihre eigenen Ide en und Anforderungen an einen solchen Kongress einzubringen. Durch den Kongress sollen hauptsächlich Vertreter/-innen von lokalen Agenda-Prozessen und anderen lokalen Initiativen mit thematischem Bezug zu nachhaltiger Entwicklung, Verwaltung und Politik angesprochen werden. Er ist Bestandteil einer Reihe von jährlichen Kongressen, die künftig an wechselnden Orten stattfinden werden.

Neben impulsgebenden Vorträgen und Diskussionsrunden bilden mehrere Workshops den Kern der Tagung. Themen sind beispielsweise Klimaschutz/Nachhaltige Stadtentwicklung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Nachhaltige Lebensstile, Regionale Wirtschaftsentwicklung, Kinder- und familienfreundliche Kommunen, Biodiversität und „Einer Welt". Daneben wird auch methodischen Fragen wie der Einbindung wichtiger Akteure, der Förderung von Bürgerengagement oder Instrumenten der Kommunikation ein breiter Raum eingeräumt. Die Verbesse-

rung der Wahrnehmung und Wirksamkeit von Nachhaltigkeitsinitiativen wird sich als roter Faden durch den Kongress ziehen.

Im Rahmen des Kongresses wird außerdem ein Preis mit mehreren Kategorien verliehen. Hierbei sollen insbesondere Personen und Initiativen geehrt werden, die es geschafft haben langfristig und sichtbar das Thema Nachhaltigkeit verständlich zu machen bzw. umzusetzen. Auf der u.a. Homepage werden Downloads zu den aktuellen Aufrufen und Abläufen zur Verfügung gestellt.

Informationen:
Stefan Richter
GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
Tel.: 030-4433910
Fax: 030-44339133
E-Mail: mail@
netzwerk21kongress.de
www.netzwerk21kongress.de

Tag der Regionen «regional & fair»

30. September 2007

Der Tag der Regionen am 30. September 2007 mit einem Aktionszeitraum vom 22.09 bis 7.10.2007 möchte unter dem Motto „regional & fair" vielfältige Beispiele für faires Konsumverhalten aufzeigen. Der bundesweite Aktionstag will Erlebnisse schaffen, die dem Verbraucher die Zusammenhänge zwischen persönlicher Kaufentscheidung und den Entwicklungschancen der eigenen Region bewusst machen. Er will anregen, Konsumgewohnheiten zu überdenken. Nach wie vor ist nur wenigen Verbrauchern bewusst, dass ihr Einkaufskorb die Funktion eines Stimmzettels erfüllt - für oder gegen ökologisch tragfähige Produkte, faire Vermarktungsmethoden oder gerechte Lebenschancen. Die Veranstaltungen sollen dazu anregen regionale Waren zu nutzen, lokale Dienstleister zu beauftragen und einheimische Rohstoffe zu verwenden.

Mit dem diesjährigen Motto setzt sich der Aktionstag außerdem für ein faires Miteinander der Menschen in der Region ein. Es steht für faires Konsumverhalten aus Fairness gegenüber den Erzeugern, der Natur, den uns anvertrauten Tieren und auch gegenüber unseren Nachkommen. Dieses Verhalten trägt entscheidend zur Stabilisierung regionaler Wirtschaftskreisläufe, zur Existenzsicherung ansässiger Handwerker, Landwirte und Dienstleister, zu einer intakten Umwelt, Natur und Landschaft und damit schließlich zur Belebung und Stabilisierung der Region bei. Faire Preise zwischen Händlern, Erzeugern, Verarbeitern und Konsumenten garantieren letztlich eine bessere Qualität der Produkte. Regionale Hersteller und Dienstleister garantieren mehr Transparenz ihrer Produkte und Angebote, ihrer Produktionsabläufe sowie ihrer Vermarktung.

Diese Zusammenhänge werden beim Tag der Regionen in vielen facettenreichen Veranstaltungen erlebbar gemacht. Bereits geplant ist zum Beispiel in Dortmund ein Aktionstag der Lokalen Agenda 21 unter dem Motto Bio, Fair und Regional oder ein Regiomarkt in Bad Kreuznach unter dem Slogan „SooNahe" is(s)t regional und fair.

Der Aktionstag findet dezentral in vielen Regionen Deutschlands statt. Erwartet werden wie in den letzten Jahren Hunderte von Veranstaltungen. Akteure können sich ab sofort in den beiden bundesweiten Koordinationsbüros oder online unter www.tag-der-regionen.de anmelden. Auf der Homepage gibt es viele Anregungen und Tipps zur Planung der Aktionen sowie Adressen der bundes- und landesweiten Koordinationsstellen. Der Motivations-Folder, der in den Koordinationsbüros bestellt werden kann, vermittelt kurz und knapp die Hintergründe und Ideen und regt zur Teilnahme an.

Informationen:
Aktionsbündnis Tag
der Regionen
Koordinationsbüro
Zur Specke 4
34434 Borgentreich
Fon 05643-94 85 37
Fax 05643-94 88 03
E-Mail: bund-nord@
tag-der-regionen.de
E-Mail: bund-sued@
tag-der-regionen.de
www.tag-der-regionen.de

Was ist die CBD und wie kommunizieren wir am besten „Biodiversität"?

Informationsveranstaltung und Medienworkshop
20. - 21. September 2007
Frankfurt

Zur Vorbereitung auf die 9. UN-Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über Biologische Vielfalt (Convention on Biodiversity - CBD) vom 19.-30. Mai 2008 in Bonn laden DNR und Forum Umwelt und Entwicklung zu einer gemeinsamen Tagung ein, die sich an die NGOs im Umwelt- und Entwicklungssektor richtet. Am ersten Tag erfahren die Mitgliedsverbände im DNR und die Organisationen im Forum U&E alles Wissenswerte über die „Biodiversitäts-Konvention": Ziele, Aufgaben, Gremien, Einflussmöglichkeiten und Beteiligungswege. Der zweite Tag ist der Medienarbeit im Vorfeld der Vertragsstaatenkonferenz gewidmet: es wird diskutiert, wie die Verbände den „Biodiversitätsgipfel" in Bonn möglichst effizient für ihre Medienarbeit nutzen können. Ziel soll eine gemeinsame Medienstrategie der NGOs zur Konferenz 2008 sein. Die BMU-Kampagne „Naturallianz" wird genauso präsentiert wie Beispiele der Öffentlichkeitsarbeit der Umweltverbände und entwicklungspolitischer Organisationen. Zentrale Informationsplattform der NGOs für die CBD ist die Seite www.biodiv-network.de. Die Veranstaltung wird vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des BMU finanziert.

Informationen:
Projektbüro zur CBD 2008
Bettina Lange (DNR-Info-Veranstaltung)
Günter Mitlacher (Forum-Medienworkshop)
DNR/Forum UE
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-92399353
Fax: 0228-92399356
E-Mail: Bettina.lange@dnr.de
E-Mail: mitlacher@forumue.de
www.biodiv-network.de

Vorankündigung

Plenum 2007 des Forums Umwelt & Entwicklung
Berlin, 26.-27.September 2007 – Beginn: 26.9. 18 Uhr

Schneller, höher, weiter – Auf der Suche nach der perfekten NGO

Professionell, kampagnenfähig, schlagkräftig, vielfach kooperationsfähig, international vernetzt, innovativ, ausreichend finanziert – das alles und noch viel mehr sollte die »perfekte NGO« sein. Aber nobody is perfect, das wissen wir auch. Wie perfekt kann die durchschnittliche NGO in Deutschland sein?

Die G8-Kampagne hat gezeigt, dass in Deutschland durchaus Massenmobilisierung und professionelle Lobbyarbeit für dieselben Ziele funktionieren können. Was bedeutet das für unsere weitere Arbeit? Welche Rolle spielt die Mobilisierung für Aktionen in nächster zeit? Was haben wir erreicht und sind wir mit unseren Ergebnissen zufrieden? Was sollten wir anders machen? Das Forums-Plenum ist auch dieses Jahr wieder eine Gelegenheit, konstruktiv und selbstkritisch eine Zwischenbilanz zu ziehen und neue Ideen mit nach Hause zu nehmen.

Eingeladen sind alle, die im **Forum Umwelt & Entwicklung** *und seinen Arbeitsgruppen aktiv sind. Detaillierteres Programm ab Mitte Juli auf* **www.forumue.de**

Veröffentlichungen

G8 Macht Politik – Wie die Welt beherrscht wird

Anliegen und Zielsetzung des Readers ist es, die G8-Politik als Hegemonie eines exklusiven Clubs und die Folgen solcher „Architektur" für die Weltgesellschaft transparent zu machen. Anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm im Juni 2007 unter deutscher Präsidentschaft versammelt der Band international renommierte Fachleute, engagierte Wissenschaftler und Aktivisten. Ihre Beiträge liefern solide Bestandsaufnahmen und begründete Standpunkte zum Führungsanspruch der G8 und den Folgen neoliberaler Strategien.

Einige der Autoren (wie auch die Herausgeber) haben am Weltsozialforum (WSF) in Nairobi im Januar 2007 teilgenommen und dort über Entwürfe und Protestformen der globalen Gegen-Bewegung mitdiskutiert. Ihre Analysen dazu finden in dem Band Berücksichtigung. Beiträge von Elmar Altvater, Walden Bello, Patrick Bond, Achim Brunnengräber, Nicola Bullard, Rudolf Buntzel, Thomas Fues, Susan George, Uwe Hoering, Stephan Klingebiel, Henning Melber, Pat Mooney, Franz Nuscheler, Wolfgang Sachs, Vadana Shiva, Kevin Smith, Peter Waterman, Christa Wichterich.

Bezug:
Brandes & Apsel Verlag,
Scheidswaldstr. 22,
60385 Frankfurt,
Tel.: 069-2729951711,
Fax: 069-2729951710,
E-Mail: presse@brandes-apsel-verlag.de,
www.brandes-apsel-verlag.de,
(24,90 €).

Wenn die Flüsse versiegen

Wasser - in vielen Regionen geht die Menschheit verschwenderisch mit dem kühlen Nass um. Doch angesichts des enormen Verbrauchs und der Klimaveränderungen droht in vielen Erdteilen akute Wassernot. Nicht der Klimawandel wird das Hauptproblem unseres Jahrhunderts werden, sondern die Wassernot. Auf diese provokative Kernaussage lässt sich das Buch des britischen Publizisten Fred Pearce verknappen. Der Autor hat gründlich recherchiert und die Fakten, die er zusammengetragen hat, sind in der Tat alarmierend. Weltweit trocknen Flüsse und Brunnen aus, drohen riesige Ökosysteme zugrunde zu gehen, weil ihnen Staudämme das Wasser abgraben, Jahrmillionenalte Grundwasserspeicher abgepumpt werden. An Beispielen fehlt es nicht. Fred Pearce hat sich weltweit umgesehen, mit Betroffenen und Verantwortlichen geredet, Experten befragt, Studien gelesen. Das Buch ist denn auch eine Mischung aus Reportage und Sachbericht, persönlichem Erlebnis und Fakten.

Es beginnt mit einer Bestandsaufnahme unseres Wasserverbrauchs. Im Schnitt laufen bei jedem von uns rund 150 Liter, beim Spitzenreiter USA sogar 400 Liter durch Dusche, Toilette und Wasserhahn. Ein Klecks verglichen mit den Mengen, die die Herstellung unserer Nahrung verschlingt. Für ein Kilo Reis oder einen Liter Milch benötigt man 2000 bis 5000 Liter Wasser und in einem Hamburger stecken sogar 11.000 Liter. Ein Mensch in der westlichen Welt isst tagtäglich rund das Hundertfache seines Körpergewichts an Wasser. Virtuelles Wasser nennt man das kühle Nass, das für die Nahrungsmittel- und Güterproduktion weltweit aufgewendet wird. Allein zwei Drittel davon fallen auf den Pflanzenanbau, ein Viertel auf Fleisch- und Milchprodukte. Kurzum: es ist die Landwirtschaft, die Flüsse und Brunnen zunehmend leert.

Dass sie sich wieder füllen, ist dem Regen zu verdanken. Doch der ist weltweit und jahreszeitlich sehr unterschiedlich verteilt. Während Nordamerika und Europa kaum unter Mangel klagen können, fehlt es im Süden allerorten an Nachschub. Dort ist man vor allem auf Flüsse, Seen und Grundwasserreservoirs angewiesen. Nur wird das knappe Gut in den meisten Regionen der Welt verschwendet. So werden in trockenen heißen Regionen oftmals besonders durstige Nutzpflanzen wie Reis, Zuckerrohr oder Baumwolle angebaut. In offenen Bewässerungskanälen und auf den Feldern verdunsten riesige Mengen Wasser, versalzen allmählich ganze Anbauregionen.

Wo es keine Flüsse gibt und nur selten Regen, zapft man die Grundwasserleiter an. Die werden allerdings rascher geleert, als sie sich wieder füllen. Resultat: in weiten Teilen Indiens und Pakistans müssen die Brunnen fast jedes Jahr einige Meter tiefer gegraben werden. Bald könnten die Grundwasserreservoirs gänzlich aufgebraucht sein. Besonders dramatisch ist der Raubbau am Wasser, wenn sich das Grundwasser nicht erneuern kann, weil man unterirdische Speicher abpumpt, die vor Millionen Jahren entstanden sind. Irgendwann sind diese Reservoirs ähnlich wie beim Öl erschöpft.

Nicht weniger dramatisch sieht die Situation an den großen Flussläufen der Welt aus, am Nil, am Ganges, am Gelben Fluss. Sie alle versorgen hunderte Millionen Menschen mit Wasser. Doch immer häufiger trocknen die Flussbetten aus, bevor sie das Meer erreichen, weil Staudämme und Bewässerungsprojekte am Oberlauf dem Fluss sein Wasser abgraben. Überhaupt haben sich Staudämme weltweit oftmals als Fehlkonstruktionen erwiesen.

Die zunehmende Wassernot ist politisch höchst brisant, wie sich im Nahen Osten sehen lässt. Der Klimawandel wird den bereits bestehenden Wassermangel in vielen Regionen noch erheblich verschlimmern. Der Autor belässt es aber nicht bei den Schreckensberichten über die rasch abnehmenden Wasserressourcen, er zeigt auch positive Beispiele, wie man Wasser sammeln und möglichst sparsam einsetzen kann. Heute erinnert man sich allerorten wieder an alte Traditionen. Es sind einfache lokale Maßnahmen, die sich mit wenig Aufwand und Kapital verwirklichen lassen. Ihnen gehört die Zukunft statt großtechnischer Lösungen wie Staudämmen oder auch kostspieligen Wasserentsalzungsanlagen.

Bezug:
Verlag Antje Kunstmann,
Georgenstr. 123,
80797 München,
Tel.: 089-1211930,
Fax: 089-12119320,
E-Mail: info@kunstmann.de,
www.kunstmann.de,
(24,90 €).

Skript Nr. 209: Schutz der Wälder – Nationale Verantwortung tragen und global Handeln

Die Rolle der Wälder als transpirierende „kühlende Haut" der Biosphäre und damit als ein Klimafaktor globaler Bedeutung findet in der Walddiskussion immer noch zu wenig Beachtung. Die derzeit überwiegend praktizierte Art und Weise der „Nutzung" der Wälder im globalen Maßstab hat mit „nachhaltiger Nutzung" wenig zu tun und ist meist auf den kurzzeitig zu erzielenden maximalen wirtschaftlichen Gewinn im internationalen Holz- und Agrarhandel ausgerichtet. Das neue BfN-Skript zeigt ein erschreckendes Bild des Zustandes und der Entwicklung der Biosphäre zu Beginn des 21. Jahrhun-

derts. Niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit sind die Wälder der Erde in so kurzer Zeit in solch einem dramatischen Ausmaß durch Menschen zerstört worden wie gegenwärtig. Derzeit erfolgt ein besorgniserregender Vormarsch global agierender Unternehmen der Agrar- und Holzindustrie sowie anderer Wirtschafts-

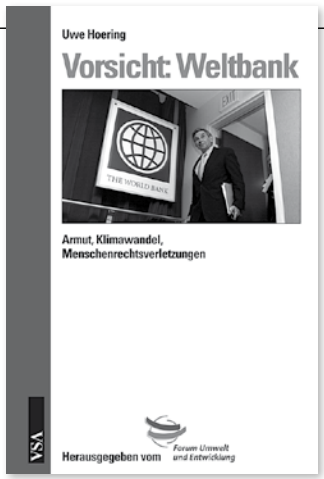
zweige auf bisher nicht erschlossene Waldgebiete, die in einem bisher nicht gekannten Ausmaß übernutzt und zerstört werden. Motor dieser verhängnisvollen Entwicklung sind Reichtum und Armut zugleich. Es sind zum einen die noch immer wachsenden Konsumansprüche (Holz, Papier, Energie, Futtermittel, Fleisch, zunehmend Biomasse etc.) der Industrie- und Schwellenländer und zum anderen das Bevölkerungswachstum und die daraus resultierende Not großer Teile der Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. In einzelnen Fällen wurde Waldzerstörung sogar durch sektoral agierende Entwicklungszusammenarbeit der Industrieländer ermöglicht oder gar gefördert.

Nationale und internationale Regelungen zum Schutz und zu einer nachhaltigen Nutzung von Wäldern werden durch den illegalen Handel mit Holz und anderen Waldprodukten unterlaufen. Nationale Rechtsinstrumente und Vollzugsorgane bleiben gegenüber international agierenden Netzwerken vielfach wirkungslos. Illegalen Praktiken global agierender Netzwerke kann nur mit verbindlichen internationalen Regelungen, einer effektiven Kontrolle sowie einer globalen Waldpolitik wirksam der Boden entzogen werden. Den Industrieländern, insbesondere den G 8-Staaten kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Einerseits zählen sie zu den Hauptkonsumenten von Holz- und Plantagenprodukten und damit zugleich zu den Hauptverursachern, aber auch zu den kurzzeitigen Profiteuren der Waldzerstörung. Andererseits werden sie von den Folgewirkungen globaler Waldzerstörung (Verschärfung des Klimawandels, Verlust an biologischer Vielfalt, wachsende Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern) ebenso betroffen wie Schwellen- und Entwicklungsländer. Und nur sie - die G 8-Staaten - verfügen über die wirtschaftliche Kraft und politische Macht, die notwendige globale Trendwende im Umgang mit den Wäldern unseres Planeten einzuleiten. Ein wirksamer Schutz der noch existierenden Urwälder der Erde ist überfällig und sollte von den G 8-Staaten gemeinsam beschlossen und, begleitet durch ein Finanzierungsinstrument, zügig umgesetzt werden.

Bezug:
Bundesamt für Naturschutz,
Konstantinstr. 110,
53179 Bonn,
Tel.: 0228-84914444,
Fax: 0228-84911039,
E-Mail: presse@bfn.de,
www.bfn.de

Vorsicht: Weltbank

Die Weltbank trägt zu Armut, Klimawandel und Menschenrechtsverletzungen bei – und Versuche, sie zu reformieren, sind bislang stets am Bollwerk massiver Eigeninteressen der Bank und ihrer Anteilseigner gescheitert. Nach außen hin strotzt die Weltbank vor Kraft, Selbstbewusstsein und guten Absichten – vor allem für die Verringerung der Armut. Ihr ganzes Streben, so der Eindruck, den sie gerne erweckt, sei nur darauf ausgerichtet, den Menschen zu helfen, die nicht genug zu essen haben, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, keine menschenwürdige Wohnung, keine Chancen auf Grund von Diskriminierung oder mangels Bildung, Geld und Arbeitsplätzen haben. Alles was sie tut, so



ihre Rechtfertigung, diene nur dieser ihrer „Mission". Doch der Wohltäter ist in der Krise. Die Weltbank, die weltweit wohl wichtigste, einflussreichste Entwicklungsinstitution, steht auf dem Prüfstand. Ihr mächtigster Anteilseigner, die USA, droht, ihren Aufgabenbereich zurückzuschneiden, die Regierungen von Großbritannien und Norwegen reduzieren Gelder, kleinere Mitgliedsländer, als Schuldner jahrzehntelang abhängig und bevormundet, entwickeln größeres Selbstbewusstsein und fordern mehr Mitsprache. Was steckt hinter dieser Entwicklung?

Mit dieser Bestandsaufnahme soll der Blick gelenkt werden auf die reale Weltbankpolitik hinter der schönen Rhetorik, auf Fehlentwicklungen und Widersprüche zwischen Rhetorik und Handeln - denn die gegenwärtige Weltbankpolitik ist, trotz aller bisherigen Reformen, das Gegenteil einer demokratischen, rechenschaftspflichtigen und wirksamen Entwicklungsstrategie.

Die Kapitel behandeln u.a. folgende Themenkomplexe: Eine „neue" Weltbank? „Geschäftsziel" Armutsminderung; Investitionsklima statt Umweltschutz; Wachstum, Privatwirtschaft – und die Menschenrechte? Lektionen ohne Lehren; Systemfehler der Weltbank-Politik; Deutsche Weltbank-Politik: Wunschdenken und Wirtschaftsförderung.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10,
53177 Bonn,
Tel.: 0228-359704,
Fax: 0228-92399356,
E-Mail: info@forumue.de,
www.forumue.de,
(10 Euro zzgl. VK).

China, Indien, Brasilien und Südafrika – Vom Nord-Süd- zum Arm-Reich-Gegensatz in Handels- und Finanzfragen

Der wirtschaftliche Aufstieg von China, Indien, Brasilien und Südafrika führt nicht notwendigerweise zu einer armutsorientierten Weltwirtschaftspolitik. Das ist das Ergebnis des 2. Teils einer Studie zu Anker- und Schwellenländern. Zwar nimmt die Dominanz der reichen Industrieländer bei der Welthandelsorganisation (WTO) und beim Internationalen Währungsfonds ab, die Interessen der Armen in den vier Schwellenländern sowie die der am wenigsten entwickelten Länder fallen im Welthandelssystem nach wie vor jedoch unter den Tisch.

Die Studie zeigt auf, wie sehr sich die Machtverhältnisse durch die offensive Wirtschaftspolitik der vier großen Schwellenländer verschoben haben. Alle vier Staaten sind nicht nur in ihren Regionen, sondern in vielen Sektoren weltweit zu Großmächten aufgestiegen. Die Entwicklungs- und Lobbyarbeit von Nichtregierungsorganisationen muss diesen neuen Entwicklungen Rechnung tragen und die Ärmsten der Armen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Nur ihre Lebensverhältnisse und Entwicklungschancen können Maßstab für eine armutsorientierte Wirtschafts- und Handelspolitik sein.

Allerdings verbessert sich das Leben der Kleinbauern, der Arbeiter und landlosen Menschen in China, Brasilien, Indien und Südafrika

auch bei guten Wirtschaftswachstum meist nicht, wie die Studie aufzeigt. Trotz des Aufschwungs nehme die Armut und Ausbeutung in diesen Staaten eher zu. Deshalb gelte es, künftig noch stärker mit der Zivilgesellschaft und den Nichtregierungsorganisationen in diesen Ländern zusammen zu arbeiten, um neue Strategien für einen wirklich gerechten Welthandel zu entwickeln.
Bezug:
Südwind e.V.,
Lindenstr. 58-60,
53721 Siegburg,
Tel.: 02241-536 17,
Fax: 02241-51308,
info@suedwind-institut.de,
www.suedwind-institut.de.

A Global Deal for a below 2°C Energy Vision

Dies ist das gemeinsame Strategiepapier als Ergebnis der Tagung "Coming to GRIPS with the Emerging Global Energy Policy", die vom 23. –25. März 2007 in Bonn vom Forum Umwelt & Entwicklung durchgeführt wurde. Der TeilnehmerInnenkreis bestand aus 40 Personen, die jeweils wichtige an der Klima- und Energiedebatte beteiligte NRO aus den 20 Ländern des Gleneagles Dialogue on Climate Change and Clean Energy repräsentierten. Lediglich Australien und Brasilien waren nicht vertreten. Im Vorfeld der Tagung wurden 5 Positionspapiere erstellt: Malte Meinshausen – Presentation on emission pathways, concentration levels and the 2 °C target; Jennifer Morgan - An Overview of the G8 and the Gleneagles Dialogue – and as additional input the result of the GLOBE legislators conference; Germana Canzi - Threats, opportunities and other questions for civil society organisations; Jennifer Morgan - The state of affairs at the UNFCCC and the Kyoto Protocol negotiations - and an accompanying flowchart; Kirsty Hamilton - Business, Investment and International Climate & Energy Regulation. Diese Papiere wurden präsentiert und stellten die Diskussionsbasis während der Tagung dar. Ferner wurden die anstehenden strategischen Entscheidungen in den Klimaverhandlungen, dem G8-Prozess und damit zusammenhängenden anderen Organisationen und Verhandlungsforen wie etwa Weltbank und CSD plenar in Arbeitsgruppen diskutiert. Ergebnis der Tagung ist das gemeinsame Strategiepapier, mit dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung in Gespräche mit ihren jeweiligen Regierungen treten wollen, um damit die positiven Erfolgsaussichten für die Gleneagles-Dialogue Ministerkonferenz im September zu verbessern.
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de

Global Europe – die neue handelspolitische Strategie der EU: Externe Wettbewerbsfähigkeit statt Armutsbekämpfung und Umweltschutz

Die derzeitige Phase der Welthandelspolitik ist die von einer Legitimationskrise und ungeklärten Verhandlungssituation in der Welthandelsorganisation (WTO), einer gesteigerten ökonomischen und politischen Macht von Schwellen- und Entwicklungsländern sowie einem fortgesetzten Drängen wirtschaftlicher Interessensgruppen und politischer Eliten in den Industrieländern auf neue ‚WTO-plus'-Abkommen in bilateralen und regionalen Kontexten gekennzeichnet. Am 4. Oktober 2006 wurde von EU-Handelskommissar Peter Mandelson in Brüssel die neue handelspolitische Strategie der EU mit dem Titel ‚Global Europe. Competing in the world' vorgestellt. Diese Strategie wird nicht erst im Falle fehlender Fortschritte in der WTO umgesetzt, sondern bildet bereits jetzt den konzeptionellen Rahmen für eine integrierte interne und externe EU-Strategie globaler Wettbewerbsfähigkeit. Sie begründet eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen- und Verhandlungspakete, die die EU seit längerem vorbereitet hat und die ab sofort – und auch bei einem eventuellen noch erfolgreichen Ende der Welthandelsrunde – auf jeden Fall umgesetzt werden sollen.

Dieses Diskussionspapier stellt Hintergründe und Kerninhalte der neuen EU-Strategie vor, weist auf wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und demokratiepolitische Gefahren hin und rundet mit politischen Handlungsempfehlungen die Bewertung der neuen EU-Strategie ab.
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de

Was verbirgt sich hinter der schönen Rhetorik der Weltbank?

Zu bestellen bei
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn,
Tel.: 0228/359704, Fax: 0228/92399356,
info@forumue.de,
Preis: 10,- € zzg. VK
Weitere Publikationen finden Sie unter www.forumue.de